Nr. 25 / 15. Jahrg. | Katowice, Mittwoch, den 25. Januar 1933 | Einzelpreis 0,30 Złoty

Ostdeutsche Morgenpost

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5.— Złoty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Rekameteil 1,20 Zl. bezw 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Benesch verwechselt Minderheiten-Beschwerden mit Landesverrat

Beginn der Abrüstungs-Konferenz

(Telegraphische Meldung)

Genf, 24. Januar. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat seine Arbeiten unter dem Vorsitz Hendersons wieder aufgenommen Als deutscher Vertreter nahm Botschafter Nadolny mit einigen Beratern an der Sitzung teil. Eine lebhafte Aussprache entwickelte sich über **die Frage der Immunität solcher Personen, die der Abrüstungskontrollkommission Mitteilungen über angebliche oder tatsächliche Verstöße ihrer Regierungen gegen die Bestimmungen der Abrüstungskonvention machen würden.** Der tschechoslowakische Außenminister Benesch setzte sich sehr entschieden für einen „Landesverräter-Paragraphen" ein. Er begrüßt dabei die Geschmacklosigkeiten; die Beschwerden der Minderheitenvertreter mit den Anzeigen und Denunziationen meist fragwürdiger Personen auf dieselbe Stufe zu setzen. Er verstieg sich zu der Behauptung, daß das Verhalten solcher Personen moralisch höher zu werten sei, als die Klage der Minderheitenvertreter. Botschafter Nadolny trat Benesch scharf entgegen und wies ihn darauf hin, daß hier ein grundsätzlicher Unterschied schon darin liege, daß die Minderheitenvertreter in ihren Beschwerden nur Wege einschlagen, die ihnen feierlichst in internationalen Minderheitenverträgen verbrieft worden sind.

Schließlich wurde beschlossen, daß der Berichterstatter des Ausschusses Bourquin (Belgien) mit dem Vizepräsidenten Politis nochmals versuchen soll, eine juristische Regelung der Frage zu suchen. Man ist im Büro der Abrüstungskonferenz weitgehend der Meinung, daß eine solche Formel nicht gefunden werden kann. **Eine Regelung dieser Frage im Sinne der Forderungen Beneschs wäre nach deutscher Auffassung eine Prämie auf Landesverrat.** Aus der heutigen Sitzung ist noch zu erwähnen, daß der Präsident die deutsche Delegation aufforderte, zu den Ausschußberatungen wieder ihre Vertretungen zu ernennen. Henderson hofft, daß die Arbeiten der Konferenz materiell bis Ostern abgeschlossen werden können, und daß **nach der Osterpause der Konventionsentwurf fertiggestellt und angenommen werden kann**, mit dem die erste Phase der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden soll.

Einzel-„Fälle" aus der Osthilfe

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 24. Januar. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Aussprache über die Osthilfe fort.

Reichsernährungsminister v. Braun

teilte aus den Veröffentlichungen des Deutschen Landwirtschaftsrates mit, daß die Reinerträge der Landwirtschaft in den Jahren 1924—1930 teilweise gestiegen, aber im allgemeinen geschwankt hätten. 1930/31 seien sie bereits erheblich zurückgegangen. Vor allem müsse aber berücksichtigt werden, daß der Reinertrag ohne Berücksichtigung der für Leihkapital zu zahlenden Zinsen berechnet werde. Das Verhältnis von Reinertrag und Zinsendienst habe sich von 1924/26 bis 1930/31 ständig verschlechtert, da sich der Zinsendienst stärker erhöhte als die Reinerträge. 1930/31 habe der Reinertrag abzüglich Zinsendienst bei den meisten Betrieben einen Fehlbetrag von 2 bis 49 Mk. je Hektar betragen. Entscheidend für die Lage der Landwirtschaft sei die Entwicklung der Preisschere.

Wenn behauptet worden sei, daß einige Gutsbesitzer Osthilfegelder erhalten hätten, um diese nachher an ihre Partei und andere Organisationen weiterzugeben, so wisse er nicht, wie das praktisch möglich sei, denn

die Gelder der Osthilfe bekomme nicht der Landwirt, sondern der Gläubiger des Landwirtes.

Wenn an der einen oder anderen Stelle ein Mißbrauch eingetreten sein sollte, so sei er bereit, jedem Fall nachzugehen.

Die laufenden Beiträge zur Sozialversicherung sind bevorzugt aus den Betriebseinnahmen zu bezahlen. Soweit einzelne Betriebe nicht in der Lage sind, die Lohnzahlungen vollständig zu leisten, ist in Aussicht genommen, die ausgefallenen Lohnforderungen aus Betriebsmittelsicherungen zu bezahlen. Soweit im einzelnen Fall der geforderte Grundstückspreis für den Siedler nicht tragbar ist, soll der Unterschied aus Reichsmitteln bezahlt werden.

Ministerialdirektor Reichard

gibt dann Auskunft über Einzelfälle, wobei er hinzufügt, daß er nähere Angaben nur im Unterausschuß machen wolle. Die Gattin des ehemaligen Kaisers befinde sich nicht im Entschuldungsverfahren; dagegen seien zwei Mitglieder der Familie Schönaich-Carolath im Entschuldungsverfahren, die mit der Gattin des ehemaligen Kaisers verwandt sind. In beiden Fällen sind aber die Entschuldungsverfahren noch nicht in Arbeit genommen. Zuständig sind die Landstellen Berlin und Breslau. Im Falle des Prinzen von Freiburg wird im Augenblick überlegt, ob mit Rücksicht auf die vorhandenen Vermögenswerte und auf die Persönlichkeit des Antragstellers überhaupt ein Entschuldungsverfahren durchgeführt wird. Für den Fall von Weiß-Plauen ist weder die Oststelle noch das Ostkommissariat in irgendeiner Weise verantwortlich. Dieser Betrieb ist im Jahre 1927/28 umgeschuldet worden, und zwar aus Mitteln, die auf privatem Wege beschafft worden sind und wofür Reich, Preußen und Provinz die Bürgschaft übernommen haben. Das gleiche gilt für den Fall von Kalkstein-Arnsberg, wo die Umschuldung ebenfalls durch die alte Ostpreußenhilfe erfolgte und Osthilfemittel nicht aufgewendet worden sind. Im Falle des Kammerherrn von Oldenburg-Januschau ist die Entschuldung abgeschlossen. Im Einvernehmen mit der Industriebank ist ein Entschuldungsdarlehen gegeben worden, das innerhalb der Zinsleistungsgrenze bleibt. In den Entschuldungsverhandlungen ist Herrn von Oldenburg-Januschau auferlegt worden, eines von den Gütern, Lichterfelde, zur Ansiedlung freizugeben und die Beträge, die daraus hereinkommen, unmittelbar zur Abdeckung des Entschuldungsdarlehens zu verwenden. Im Falle des Professors Dr. Ernst in Ferbitz ist das Sicherungsverfahren aufgehoben worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß er nicht im Hauptberuf Landwirt ist. Ueber den Entschuldungsfall des Landstellenleiters in Stettin, Freiherrn von Wolf, wird mitgeteilt, daß er nicht Besitzer des Gutes sei, sondern daß sich dieses im Besitze einer Erbgemeinschaft befinde. Es seien eine Entschuldungshypothek und ein Darlehen aus Betriebssicherungsmitteln gegeben worden. Beide hielten sich im Rahmen der Zinsleistungsgrenze. Die Entschuldung wurde von der Landstelle Berlin bearbeitet und ist von der Industriebank genehmigt. Der Fall des Landstellenleiters in Rostock, von Bremsart, wurde noch bearbeitet. Das Entschuldungsverfahren von Zitzewitz-Kottow läuft seit zwei Jahren, ist aber noch nicht weitergekommen. Dem Antragsteller wird aufgegeben werden, ein **Gut zur Besiedlung freizugeben, wozu er seine Zustimmung bereits erteilt hat.** Auch der Fall Wilhelm von Flügge ist noch nicht in Arbeit. Zu dem Entschuldungsverfahren des Präsidenten von Flemming wird mitgeteilt, daß es sich hier um mehrere Güter handele, daß das Verfahren noch nicht weitergekommen sei.

Auch hier sei innerhalb der Entschuldungsakten **ein Gut zur Ansiedlung vorgesehen, wozu die Zustimmung bereits vorliege.** Präsident von Flemming erhalte in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Industriebank keine Bezüge. Er bekomme auch als Präsident der Landwirtschaftskammer keine festen Bezüge, sondern lediglich eine Dienstaufwandsentschädigung. Die Behauptung, daß v. Flemming von der Industriebank eine Bietungskaution von 100 000 Mk. erhalten habe, sei unrichtig. Er habe eine Bietungskaution von 40 000 Mark stellen müssen, diese aber von Verwandten zur Verfügung gestellt erhalten. Im Falle Wilhelm Meißner, Zuckers, der in München ein Lichtspieltheater gekauft haben soll, handele es sich um eine Verwechselung. Der Regierungsvertreter bittet, etwaige weitere Fälle baldigst mitzuteilen, damit ihnen nachgegangen werden könne.

Abg. von Sybel (Nat.-Soz.): Wenn man die Siedlung als das A. und O. aller nationalpolitischen Bestrebungen ansehe, dann müsse man für eine Rentabilität der Landwirtschaft eintreten.

Abg. Kuhnke (Dnat.) begründet den Antrag seiner Fraktion, der die Reichsregierung ersuchen will, geeignete Maßnahmen in der Richtung zu ergreifen, daß die bei der Durchführung der Umschuldung im Osthilfegebiet dem Mittelstand (Handel, Handwerk, Gewerbe und Kommunalbanken) entstandenen Verluste von einem zu bildenden Institut übernommen werden. Es sei unerträglich, daß die Kreise des Mittelstandes, die die Landwirtschaft in Notzeiten mit über Wasser gehalten hätten, nun benachteiligt werden sollen. Die Landwirtschaft lehne dies ab, ein solches Verfahren zu billigen und sich nachher vorhalten zu lassen, daß sie allein Vorteile gehabt habe.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) betont, der Verpächterschutz sei nach wie vor mangelhaft Auch den Verpächtern sollte die Möglichkeit gegeben werden, Darlehen bei der Osthilfe aufzunehmen, da es unmöglich sei, Steuern und Abgaben aus Bankvorschüssen aufzubringen. **Der Apparat der Osthilfe sei zu groß.**

Abg. Ersing (Ztr.) wendet sich dagegen, daß Osthilfe auch in Fällen gewährt worden sei, wo der betreffende Landwirt noch andere Betriebe habe wie Fabriken usw. In einem solchen Fall, wie auch in den Fällen, wo Osthilfemittel zu Neuanschaffungen, Reisen usw. verwendet wurden, hätte die Landesstelle von vornherein sagen müssen, daß für derartige Zwecke die Osthilfe nicht da sei.

Abg. von Rostorff (Dnat.) weist die Angriffe, die dauernd auch in der Presse gegen von Oldenburg-Januschau erhoben würden, nochmals zurück. Die Erklärung der Regierung hätte erwiesen, daß auch der Fall Oldenburg durchaus korrekt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt sei.

Die neue Etappe des Abrüstungskampfes

Von

Dr. Ernst Rauschenplat

Mit einem Mißklang sind in Genf die Vorbereitungsarbeiten für die Abrüstungskonferenz, die unter Wiederteilnahme Deutschlands demnächst zusammentreten wird, aufgenommen worden. Das Präsidium hatte sich geschäftsordnungsmäßig mit der Frage der Kontrollkommission und im Zusammenhang damit mit Anträgen zu beschäftigen, wonach Personen, die der Kommission über Rüstungsmaßnahmen in ihrem eigenen Lande, die nach der zu vereinbarenden Konvention unstatthaft sind, Bericht erstatten, straffrei bleiben sollen. Diese Anträge, die dem Landesverrat Tür und Tor öffnen würden, sind von dem deutschen Vertreter, Botschafter Nadolny, selbstverständlich scharf bekämpft, von dem tschechischen Außenminister Benesch unter unerhörter Beleidigung der deutschen Minderheiten befürwortet worden. Da es sich nur um eine Geschäftsordnungsaussprache handelte, ist der Vorgang ohne erhebliche praktische Bedeutung. Er kennzeichnet aber die Stimmung, in der die große Auseinandersetzung über die allgemeine Abrüstung und über die praktische Gleichberechtigung Deutschlands und der übrigen abgerüsteten Staaten beginnt.

Die Grundlage für die neue Abrüstungskonferenz bildet die in den Fünfmächtebesprechungen

am 11. Dezember beschlossene Erklärung, die es Deutschland ermöglichte, sich an den weiteren Vorarbeiten zu beteiligen, weil ihm in ihr die grundsätzliche Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet feierlich zuerkannt worden ist. England, Frankreich und Italien erklärten, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen müsse, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit biete und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Konferenz betreffend Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen enthält, niedergelegt werden soll.

„Diese Erklärung", so hieß es in dem Text wörtlich, „schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird."

Unter Punkt 2 der Erklärung sprach Deutschland auf dieser Grundlage seine Bereitwilligkeit zur Wiederteilnahme an der Konferenzarbeit aus.

Abschnitt 3 der Erklärung enthält die Versicherung der genannten vier Staaten, daß sie, wie schon im Kelloggpakt festgelegt worden ist, unter keinen Umständen versuchen werden, jetzige oder künftige Streitfragen unter sich und mit allen anderen europäischen Staaten mit Gewalt zu lösen.

Im vierten Abschnitt endlich erklärten die genannten europäischen Regierungen und die Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie entschlossen seien, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen überarbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleich eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzungen vorsieht. Obgleich diese Erklärung keineswegs allen berechtigten Forderungen Deutschlands entspricht und obgleich sie verfängliche Klauseln enthält, ist sie doch ein erheblicher Fortschritt, den wir der energischen Arbeit unserer Diplomaten und auch der Unterstützung Englands und Italiens zu danken haben.

Die grundsätzliche Anerkennung der Gleichberechtigung ist die zweite Bresche in dem unfriedlichen Vertrag von Versailles, dessen fünfter Teil nun nicht mehr besteht und auch nicht wieder in Kraft gesetzt werden kann. Deutschland kann nicht in der einseitigen Entwaffnung festgehalten werden. Seine Abrüstung ist ein Teil des bevorstehenden Abrüstungsprogramms. Das bedeutet, daß alle Verbote von Waffengattungen, die Systeme usw. wegfallen, soweit sie nur Deutschland betreffen. Auch die Quantität der deutschen Rüstungen kann nur im Rahmen allgemein gültiger Bestimmungen geregelt werden.

Die politische Bedeutung der Erklärung liegt darin, daß die deutsche Gleichberechtigung die Grundlage, ja Voraussetzung für alle weiteren Konferenzarbeiten ist und daß sie nicht mehr, wie Frankreich es wollte, ein Gegenstand der Erörterung ist, der an den Schluß der neuen Konferenz hätte gesetzt und abgesetzt werden können.

Aber Frankreich hat sofort eine neue starke Stellung bezogen. Das ist die berüchtigte These von der „Sicherheit". Das Geschrei des waffenstarrenden, über hochgerüstete Vasallen gebietenden Frankreichs einem wehrlosen Deutschland gegenüber ist zwar längst zum Gespött der Welt geworden. Aber in einer allgemeinen Form ist die „Sicherheit" in die Erklärung hineingekommen, und Frankreich hat schon angekündigt, daß es ihr, in der künftigen Erörterung seinen engen Sinn wiedergeben will, um Deutschlands Wehrlosigkeit auf diese Weise zu verewigen. Es heißt in der Erklärung, Deutschlands Gleichberechtigung solle in einem System verwirklicht werden, das für alle Nationen Sicherheit bietet. Frankreich legt diesen Satz dahin aus, daß alle Nationen — und es selbst natürlich am meisten — gegen Deutschland gesichert werden müssen. Der wahre Sinn ist, daß alle Nationen mit Einschluß Deutschlands den gleichen Schutz, aber auch die gleichen Verpflichtungen haben sollen. Das geht schon aus dem im Abschnitt 3 vereinbarten neuen Nichtgewaltpakt hervor, der ziemlich überraschend auf englischen Wunsch in die Erklärung eingefügt worden ist. Er hat völkerrechtliche Mängel, ist aber jedenfalls geeignet, den Frieden und den Aufbau der zerütteten Weltwirtschaft weitgehend zu verbürgen. Voraussetzung ist natürlich, daß alle Staaten den von ihnen verlangten Verzicht auf Anwendung von Waffen auch ernst nehmen. Bei Deutschland versteht es sich von selbst.

Die Sicherheitsfrage, deren umfassender Erörterung durch die Erklärung vom 11. Dezember nicht vorgegriffen werden soll, wird also die eine große Streitfrage der Konferenz sein. Auf Grund seiner grundsätzlichen Gleichberechtigung kann Deutschland dieser Auseinandersetzung mit Ruhe entgegensehen Es wird alle Vorschläge ehrlich und unbefangen prüfen, allen französischen Knebelungsversuchen aber scharf entgegentreten und im übrigen in den Vordergrund rücken, daß die beste allgemeine Sicherheit die allgemeine Abrüstung sein wird.

Hier eröffnet sich das zweite große Kampffeld der Konferenz. Daß die Siegerstaaten nicht auf dem Stand der zwangsweisen Abrüstung freiwillig heruntergehen und daß sie ihre Rüstungsherabsetzung „auf das möglichst niedrige Maß" auch nur in Etappen vornehmen wollen, ist so oft und so eindeutig ausgesprochen worden, daß von Beschlüssen, die über diesen Rahmen hinausgehen, nichts erwartet werden kann, wenn man nicht an Wunder glauben will. Es muß deshalb das Ziel sein, die erste Etappe der Abrüstung der anderen schnell und gründlich zustande zu bringen. Daß Deutschland in seiner Rüstung noch weiter beschnitten wird, ist natürlich ausgeschlossen, im Gegenteil: Wenn das Maß der Abrüstung der anderen nicht den berechtigten Erwartungen entspricht, so wäre folgerichtig, daß Deutschland von seiner Gleichberechtigung Gebrauch macht und seinerseits seine Rüstungen so erhöht, daß praktisch von gleichem Recht gesprochen werden könnte.

Die Krise treibt zum „Staatsnotstand"

Deutschnationale Reichstagsfraktion gegen Schleicher

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 24. Januar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht eine Entschließung, deren wesentlicher Inhalt bereits am Sonnabend dem Reichskanzler von Schleicher bekannt gegeben worden ist.

Darin heißt es, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen erforderlich sei, um der Not zu steuern. Dazu müsse in erster Linie eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicher zu stellen.

All zu lange dauerten jetzt schon die mit dem Rücktritt des Kabinetts von Papen einsetzenden Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis im Volke zu finden. Die Politik des Hinhaltens und Zauderns stelle alle Ansätze einer Besserung in Frage. Die an sich schon großen Gegensätze im Lande vertieften sich immer weiter. Dazu trage auch die mangelnde Einheitlichkeit in den Anschauungen und Aeußerungen der einzelnen Ressortminister bei. Ohne ein Wiederanziehen der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft sei die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. Dieser entscheidende Gesichtspunkt trete weder in den Maßnahmen noch in den wirtschaftspolitischen Aeußerungen der Regierung hervor. Vielmehr werde in der Wirtschaftspolitik ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankengänge immer deutlicher. Eine besondere Gefahr bedeute es, wenn man Gegensätze zwischen groß und klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen lasse und durch die Gefahr eines Bolschewismus' auf dem flachen Lande hervorrufe. Ueberall tauche der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anderes bedeuten werde als die Liquidation des autoritären Gedankens, den der Reichspräsident mit der Berufung des Kabinetts Papen aufgestellt hatte. Das Versagen der Regierung habe steigende Enttäuschung und Gegnerschaft hervorgerufen. Die Fraktion bekenne erneut, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden könne.

*

Durch diese Erklärung ist die an sich schon genügend verworrene innerpolitische Lage noch undurchsichtiger geworden, und die Gerüchte von der **beabsichtigten Erklärung eines „Staatsnotstandes" und Ausschaltung des Reichstages für längere Frist** haben neue Nahrung gewonnen. Die Presse der Linken und des Zentrums ist durch die Notstandsgerüchte in eine hochgradige Nervosität versetzt worden. Die Regierung erklärt zwar heute, daß sie keine Erwägungen über einen etwaigen Staatsnotstand angestellt hätte und daß sie alles tun werde was zur Aufrechterhaltung der Verfassung notwendig sei. Aber schließlich ist die Verfassung nicht ihrer selbst willen da, sondern der Wohlfahrt des Staates und des deutschen Volkes wegen, und selbst der sozialdemokratische Reichstagspräsident Ebert hat einmal gesagt, daß an der Verfassung das deutsche Volk nicht zugrunde gehen dürfe.

Am Reichstag wird es jetzt liegen,

ob das Schreckgespenst des Notstandes festere Formen annimmt. Bisher ist nicht zu erkennen, ob und wie sich die Lage am Freitag klären soll. Es haben zwar neue Besprechungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten stattgefunden, aber zu festen Plänen scheinen Dr. Bell und Dr. Frick, die ihre Parteien vertraten, nicht gekommen zu sein. In politischen Kreisen hält man es aber für das Wahrscheinlichste, daß der

Reichstag sich am 31. Januar versammelt, die Regierungserklärung anhört, bespricht, aber keine Abstimmung vornimmt, sondern sich wieder vertagt.

Man glaubt auch, daß die Regierung sich trotz ihrer früheren Erklärung noch einmal damit einverstanden erklären wird, da eine grundlegende Kräfteverschiebung in Neuwahlen doch nicht erfolgen würde, und weil auch sie, die Regierung, Ruhe braucht, um ihr Programm durchzuführen, und die Arbeitsbeschaffung in Gang zu bringen. Man hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Regierung ihr Einverständnis zu einer weiteren Vertagung davon abhängig machen wird, daß der Reichstag ihr eine ausdrückliche Ermächtigung auf längere Zeit, zumindest den Sommer über, erteilt. Von den Nationalsozialisten ist die Zustimmung zu einer solchen Vollmacht allerdings schwerlich zu erwarten.

H. von Bismarck Staatssekretär

Neue Personalveränderungen in Preußen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 24. Januar. Die Kommissare des Reiches in Preußen haben folgende Personalveränderungen beschlossen: Der Landrat i. e. R. von Bismarck wird zum Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannt; der Regierungspräsident in Hannover, von Velsen, wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses, zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erklärt und mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten von Magdeburg beauftragt.

Die Landratsamtsverwalter Landrat i. e. R. Hamann im Kreise Schmalkalden (Reg.-Bez. Kassel), Landrat i. e. R. Dr. Brandes im Kreise Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau), Landrat i. e. R. Dr. Beckmann im Kreise Witzenhausen (Reg.-Bez. Kassel) und Regierungsrat Schröter im Kreise Reichenbach (Reg.-Bez. Breslau) werden in diesen Kreisen zu Landräten ernannt.

Landrat Dr. Robert Tarnow in Preußisch-Holland (Reg.-Bez. Königsberg) wird auf seinen Wunsch unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Seine Wiederverwendung an anderer Stelle ist in Aussicht genommen. Regierungsrat Koehler von der Regierung in Königsberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Preußisch-Holland beauftragt.

Das Ende des polnischen Siedlungs-Geschäftsführers

Der kommissarischen Preußischen Regierung, insbesondere dem Reichskommissar für das Preußische Landwirtschaftsministerium, ist nach langwierigen Bemühungen die Abstellung eines peinlichen Zustandes gelungen, der die preußischen Siedelungsbemühungen außerordentlich kompromittiert hatte. Es war vor kurzer Zeit öffentlich bekannt geworden, daß der Geschäftsführer der „Siedlungs- und Treuhandgesellschaft", an der auch Preußen beteiligt ist, polnischer Staatsangehöriger war. Dieser Geschäftsführer, namens Dyk, war bis 1918 österreichischer Staatsangehöriger, wurde dann durch die neue Grenzziehung polnischer Staatsangehöriger und bewies dadurch, daß er keinerlei Versuche machte, die deutsche Reichsangehörigkeit zu erlangen, daß er sich auch als polnischer Staatsangehöriger fühlte. Ungeachtet dieser Tatsache konnte er lange Jahre eine führende Stellung in einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Gesellschaft bekleiden, die allein den Zweck verfolgte, den deutschen Osten mit deutschen Menschen zu besiedeln. Entsprechend einem Antrag des preußischen Vertreters wurde jetzt beschlossen, daß Dyk am 10. Februar d. J. aus der Siedlungsgesellschaft ausscheiden soll.

5966000 Arbeitslose

Die Kurve fällt auf die des Vorjahres zurück

(Telegraphische Meldung)

Berlin 24. Januar. In der ersten Januarhälfte hat sich die Arbeitslosenkurve gegenüber dem Vorjahre weiter so verflacht, daß sie erstmals nach fünf Jahren mit der des Vorjahres zusammentrifft. Damit ist die Ueberlagerung, die seit 1928 in jedem Zeitpunkt gegenüber dem Vorjahr bestand und die Anfang Juni 1932 noch über 1½ Millionen betragen hat, zunächst überwunden. Nach einer Zunahme von rund 193 000 Arbeitslosen — in der ersten Januarhälfte des Vorjahres fast 300 000 — ergab sich für den Stichtag vom 15. 1. bei den Arbeitsämtern eine Zahl von rund 5 966 000 Arbeitslosen.

Gebrüder Schaie genannt Rotter

Haussuchung in der Villa Rotter

Ausdehnung der Untersuchung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 24. Januar. Das Ermittelungsverfahren gegen die Brüder Alfred und Fritz Schaie, genannt Rotter, das wegen Untreue, Konkursverbrechens und Anstiftung zur Unterlassung der Stellung eines Konkursantrages eingeleitet wurde, ist jetzt auf das Vorstandsmitglied der Firma Friedrichstraße 236 Grundstücks-AG., Direktor Apel, den Geschäftsführer der Rotter-Bühnen GmbH., Lüpschütz, das Vorstandsmitglied der Deutschen Schauspielbetriebs-AG. Hans Schuster und den Syndikus Glücksmann ausgedehnt worden. Alle Genannten sind verdächtig, auf Veranlassung der Brüder Schaie **die Stellung des Konkursantrages unterlassen zu haben.** Bislang ist der Staatsanwaltschaft auf den durch Funk in allen Ländern verbreiteten Steckbrief eine Nachricht noch nicht zugegangen. Fest steht, daß die Brüder Rotter zuerst ihrem Bankkonto in der Schweiz einen Besuch abgestattet haben. Da einer von ihnen in einem Schweizer Hotel vergessen hat, eine Zeche zu bezahlen, wird er in der Schweiz wegen Zechprellerei gesucht. Man rechnet in Berlin damit, daß die Gebrüder Schaie gen. Rotter sich über Italien nach Aegypten wenden werden.

In der Villa Rotter im Grunewald, wo sich gleichzeitig die Generalverwaltung der Rotter-Bühnen befindet, nahm die Staatsanwaltschaft am Montag eine

Haussuchung

vor. **Beschlagnahmt wurden die Bücher** der verschiedenen Rotter-Gesellschaften. Im Anschluß daran nahm die Staatsanwaltschaft bei verschiedenen Berliner Großbanken **Einsicht in die Konten der Brüder Rotter und ihrer Gesellschaften, um nachzuprüfen, wo der riesige Betrag von rund 5 Millionen Mark, um den es sich bei diesem Zusammenbruch des Bühnenkonzerns handelt, geblieben ist; d. h. um festzustellen, was von dieser Summe verwirtschaftet und was möglicherweise veruntreut worden ist.** Von einer Beschlagnahme der Konten wurde vorläufig Abstand genommen.

Deutscher Kriegsschiffsbesuch in England?

(Telegraphische Meldung)

London, 24. Januar. „Daily Telegraph" meldet. daß möglicherweise ein deutsches Geschwader im Laufe dieses Sommers England einen Besuch abstatten werde. Die deutschen Kriegsschiffe würden vielleicht während der Regatta-Woche von Cowes im August nach Spithead kommen. Ein Besuch des neuen Schiffes „Deutschland" in Spithead würde das größte Interesse (!) erwecken.

Die Fahne des dritten Garderegiments

(Telegraphische Meldung)

Paris, 24. Januar. Ueber die wiedergefundene Fahne des 3. Garde-Regiments, wegen deren Rückgabe an den Reichspräsidenten von Hindenburg ehemalige französische Frontkämpfer bei der französischen Regierung vorstellig geworden sind, berichtet „Echo de Paris", ein spanischer Arbeiter habe seinerzeit die Fahne bei Arbeiten am Eisenbahndamm entdeckt. Er habe sie Bauern übergeben, die nach Kriegsende nach Saint-Léonard zurückkehrten. Aus Versehen sei ein Teil der Fahne, und zwar eine Ecke in Größe eines Taschentuches, die ein Wappen mit einer Krone und die Initialen des Regiments zeigte, von den Bauern behalten worden. Nachdem sie jetzt durch die Zeitungen erfahren hätten, welche Bedeutung die Trophäe besitzt, hätten sie beschlossen, sie in Reims abzugeben. Sie werde an das Kriegsministerium weitergeleitet werden.

Im Sommer 1933 werden die Motorschnellschiffe des „Seedienst Ostpreußen" elfmal Travemünde und Lübeck anlaufen. Als Zwischenhäfen werden in beiden Richtungen Warnemünde bei Rostock und Binz auf Rügen angelaufen.

*

Etwa 5000 kommunistische Erwerbslose aus Hessen veranstalteten einen „Hungermarsch" nach Darmstadt. Der Aufmarsch ist ruhig verlaufen.

*

Staatssekretär Stimson hat die italienische Regierung eingeladen, eine Delegation zur Besprechung der Schuldenfrage nach Washington zu entsenden, wenn die Verhandlungen mit der britischen Delegation abgeschlossen sind.

Das Reich der Frau

Spieglein, Spieglein an der Wand

Menschen, die viel mit dem Spiegel verkehren, gelten im allgemeinen für eitel, doch ist das, in den meisten Fällen, ein falsches Urteil. Denn man kann doch nicht behaupten, daß der Spiegel ein Schmeichler wäre, — ganz im Gegenteil! Kein Freund sagt uns so die ungeschminkte Wahrheit wie er, er verschweigt nichts, aber auch gar nichts, weder von unseren äußeren noch von unserem inneren Wesen. Daß uns seine rücksichtslose Sprache immer erfreut, kann man nicht behaupten, und doch ist er ein Freund, denn er sagt uns nur die Wahrheit, wenn er gefragt wird, und plaudert auch nichts aus. Man kann nur jedem, dem an der Kultur der eigenen Persönlichkeit ein wenig gelegen ist, dringend raten, den Spiegel täglich und gründlich zu benutzen, erstens zur Kontrolle der Körperpflege und des Anzuges, und dann sollte man sich auch Gelegenheit geben, sich selbst kennen zu lernen. Das hat immer sein Gutes.

Glücklicherweise ist die Prüderei endlich überwunden, die in der Pflege des eigenen Körpers und in der Freude an ihm eine Unkeuschheit erblickte, und bei der Pflege unserer äußeren Kultur wird uns der Spiegel immer ein unentbehrlicher Helfer sein, daher verdient er es auch, daß wir uns einmal genauer nach seiner Entwickelungsgeschichte erkundigen.

Er ist sehr alt und hat die merkwürdigsten Dinge gesehen Bis ins klassische und orientalische Altertum läßt sich sein Stammbaum verfolgen. Wir kennen z. B. eine etruskische Spiegelrückengravierung von großer Feinheit und Anmut aus dem fünften Jahrhundert v. Chr. Semele und Dionysos, Apollo und Satyr sind darauf dargestellt. Auch China kannte schon in alten Zeiten Bronzespiegel, doch bestanden sie nur aus polierten Metallflächen, konnten daher kein sehr deutliches Bild zurückstrahlen. Die Erfindung des Glasspiegels ist viel späteren Datums. Im Mittelalter erst beim Meister Eckart lesen wir die Kunde: „so man an das Glas leit beine oder bli, so hat es einen widerflac, waz davor stat, das bildet sich dinne“. Diese ersten Glasspiegel treffen wir oft in den Interieurdarstellungen des fünfzehnten Jahrhunderts, wir sehen da, daß ihre Rahmen oft luxuriös ausgestattet waren. In der Regel waren die Spiegel des fünfzehnten Jahrhunderts in runde oder ovale Rahmen gefaßt, und als Kugelsegment, also Konvex, gebildet, daher hieß es damals: „Swer sich besieht im Spiegelglase, den dünket krump sin selbes nase“. Leider soll sich kein einziges Exemplar dieser Art erhalten haben.

Verdrängt wurden sie auch bald von den Planspiegeln, die seit dem Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts in großen Mengen in Murano bei Venedig angefertigt wurden und einen wichtigen Ausfuhrartikel bildeten. In der italienischen Renaissance wurde dieser Spiegel ein wirkungsvolles Schmuckstück der Wand. Die Spiegelfläche war aber nur klein, vielfach noch aus poliertem Metall hergestellt und wurde oft von einer bemalten Schiebetür verdeckt. In der Vorliebe für den Spiegel zeigte sich so recht die Daseinsfreudigkeit der Menschen in der damaligen Zeit.

Im sechzehnten Jahrhundert scheint Nürnberg die venetianische Spiegelindustrie bereits übertroffen zu haben. Eine ungeheure Ausdehnung bekam sie aber in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts in Frankreich, die zahllosen Spiegel in den Barockschlössern legen davon Zeugnis ab. Venedig wurde empfindlich dadurch geschädigt.

Im Jahre 1688 wurde dann der Spiegelglasguß erfunden, der die Herstellung größerer Spiegelscheiben ermöglichte. Bis dahin mußten größere Spiegelflächen aus kleinen quadratischen Scheiben zusammengesetzt werden. Diese Erfindung führte eine völlige Umgestaltung der Innenräume herbei. Hohe Spiegel, ja sogar ganze Spiegelwände, die eine scheinbare Erweiterung der Räume ermöglichten, wurden beliebt. Herrlich paßten solche Prunkräume zu der großen Pose des Barockmenschen.

Die Rokokozeit ist in der Verwendung des Spiegelglases für die Raumausgestaltung noch weiter gegangen. Ganze Kabinette, deren Wände, Decken und Fenster, wurden mit Spiegelglas verkleidet. Zierlich geschnitztes Rankwerk umrahmte die Scheiben. Die vom Architekten Knobelsdorf entworfene Bibliothek des Schlosses Sanssouci in Potsdam ist ein schönes Beispiel für die Verwendung des Spiegelglases in der Raumkunst.

Das Empire gab diese Dekorationsweise auf. Dafür kam der große, zwischen zwei Säulen balancierende Stellspiegel in Mode und der schlichte, schmale Spiegel im Goldrahmen. Für das neunzehnte Jahrhundert ist der große, auf einem Konsoltisch ruhende Wandspiegel charakteristisch. In unserer Zeit findet der Spiegel als dekorative Ausstattung der Räume fast keine Verwendung mehr. Wer im Besitz eines ererbten, großen Spiegels ist, freut sich wohl darüber und duldet ihn gern im Wohnzimmer, aber im allgemeinen ist nur noch im Schlafzimmer, in der Garderobe und im Badezimmer ein Spiegel zu finden. Und in den intimen Räumen verzichten wir ganz auf eine besonders kunstvolle Umrahmung, ein schlichter Holzrahmen entspricht wohl am besten seiner Bestimmung.

Ganz ohne den Spiegel werden wir nie mehr auskommen können, und daß er Menschen, die nicht schon eitel sind, eitel machen könnte, soll unsere geringste Sorge sein, — viel eher wird er die Eitlen bekehren. — F. L.

Hütet nasse Wäsche vor dem Gefrieren!

Das von unseren Großmüttern im Winter gern angewandte „Ausfrieren“ der Wäsche während des Trocknens zur Erzielung einer „blendenden Weiße“, hat sich nach neueren Forschungen als gewebeschädigend erwiesen. Die Wäschefaser wird durch den Frost brüchig und mürbe und die Haltbarkeit dadurch beeinträchtigt. Daher vermeide man das Gefrieren der Wäsche, indem man dem letzten Spülwasser etwa ½ Pfund Kochsalz beifügt Ist sie aber doch einmal gefroren, so vermeide man unbedingt das Abnehmen von der Leine, da sie durch das nachfolgende Zusammenlegen an den Bruchstellen wie Glas bricht.

Die Arbeitskleidung der Frau

Das Los einer Hausfrau von heute ist nicht beneidenswert, das können wir ruhig zugeben. Da nun aber von unserer guten Laune so unendlich viel für Mann und Kinder abhängt, müssen wir, die wir so gar nicht vom Leben verwöhnt werden, uns selber ein bißchen verwöhnen. Ein wenig Gymnastik und hübsche, zweckmäßige Berufskleidung werden erreichen, daß wir mit frohen Augen unser Spiegelbild betrachten.

Es ist von erheblicher Bedeutung, wie ein Mensch bei seiner Arbeit gekleidet ist. In allen Berufen. im Warenhaus, in der Fabrik hat sich die weiße, schwarze oder farbige Kleiderschürze eingebürgert. Jeder sieht darin jung und hübsch aus. Soll der Mann, wenn er nach Hause kommt, uns weniger adrett vorfinden, angeblich, weil wir zuviel zu tun haben, um an unser Aeußeres zu denken? Man kann im Gegenteil rascher und sauberer arbeiten, wenn man nicht durch Kleidung, die ihrer Bestimmung nach vielleicht für die Küche ganz unbrauchbar ist, behindert wird

Es ist am praktischsten, die Kleiderschürze ohne Aermel zu wählen. Im Sommer ersetzt sie das Kleid überhaupt, im Winter trägt man sie über Waschkleidern (Schwesterntracht), da man bekanntlich beim Wirtschaften im Hause nicht friert und etwas leicht gekleidet sein kann. Die Hände, die sehr unter Hausarbeit zu leiden haben, werden durch Gummihandschuhe (nicht zu klein!) geschützt, die Frisur durch ein Stirnband zusammengehalten, wie man es auch beim Tennisspiel benutzt.

Schon jetzt Uebergangskleider

Vor allem wird es sich bei den neuen Uebergangskleidern um praktische Anzüge für Beruf und Haus handeln und zweckmäßig um solche Schnittformen, die als alleinige Kleidung auch für die Straße in Vorfrühlingstagen in Frage kommen. Von den Modestoffen, die auch in den kommenden Monaten Geltung behalten werden, seien Afghalaine (der in sich gemusterte, gerippte, etwas trikotähnliche, leichte aber wärmende Wollstoff) und Woll-Jersey, der Liebling aller gern schlank Erscheinenden, erwähnt. Afghalaine ist einfarbig und glattwirkend geblieben, aber Jersey hat eine neue Trikotmusterung durch kleine gerade Lochreihen erhalten und an Farbenfreudigkeit — nicht zu seinen Ungunsten — eingebüßt. Man nennt ihn jetzt Jersey cotelé und trifft mit dieser Bezeichnung den neuen Charakter.

Beige, Marineblau, Dunkelrot, tabakfarben und Grau gelten sowohl für Afghalaine als auch für Jersey, und wer die passende Form für diese Farben wählt, hat die Gewähr, geschmackvoll und unauffällig modern gekleidet zu sein. Recht geeignet sind zweiteilige, sogenannte Kostümformen, die sich aus einem stoffknappen Rock und einer, die Hüften nur kurz bedeckenden Kasackbluse zusammensetzen. Der Rock wird fast immer mit originell geschnittener, knapper Hüftpasse, für die schräge, gerade oder senkrechte Fadenlagen verwendet werden können, versehen sein, denn die praktische Dame möchte später auch helle, sportliche Blusen dazu tragen können. Auch ein Ensemble läßt sich durch diese drei Teile erreichen und abwechslungsreich kombinieren.

Da beide Stoffarten einfarbig sind, belebt man die Modelle durch schmalkantig zusammengesteppte, biesenartig wirkende Teile und achtet auf Uebereinstimmung des so entstandenen Musters an Rock und Bluse Auch kragenlose Blusenformen werden gezeigt, die durch schräggeführte und mit hübschen Steinknöpfen ge-



Links: Beigefarbenes Jerseykleid mit versetzter Musterung und neuem kleinen Kragen.
Rechts: Tabakfarbenes Afghalainekleid mit Biesenstepperei und kleiner, weißer Halsblende.

schmückte Vorderteile persönlichen Schwung erhalten. Man kann einen schmalen, weißen Pikeestreifen am Halse einheften, der, wie wir schon an den kleinen bekannten Bubikragen erfahren haben, jugendliche Wirkung unterstreicht. Wird eine helle Bluse darunter getragen, dann legt man den Blusenkragen als Garnierung nach außen. Interessant sind wieder die Gürtel aus dem gleichen Stoff, die man, je nach der Figur, ganz glatt und schmal, durchgesteppt, oder sehr breit mit Stoffschnalle, oder den Vorderteil freilassend, und rückwärts gebunden, zur Verfügung hat. Raglanärmel, Kimonoärmel und eingesetzte, ganz schlanke, am Handgelenk durchgeknöpfte Aermel wechseln mit bescheidenen Puffärmeln und ganz schmaler, enger Handgelenkblende ab, so daß wir sicher das uns Zusagende mit Leichtigkeit treffen können. Allzu lang aber dürfen diese Kleider nicht sein, denn sie rechnen zur sportlichen Art.

mkk.

Bist Du der Richtige?

33) *Roman von Karl Hans Strobl*

Der Mexikaner sagte kein Vergelt's Gott und stelzte am Gartenzaun entlang dem Feldweg zu, Knollmeyer aber blieb auf seinem Lauerposten zurück.

Er brauchte gar nicht lange zu warten, da sah er Rina mit dem Landstürzer in den Garten kommen und auf Justus zugehen, gefolgt von Schuftl, der seine Nase an Besserls Fersen hielt, um gleich bei der Hand zu sein, wenn dem Fremden etwas Ungehöriges einfiele. Justus, der eben mit der Latte die Tiefe einer seiner Gruben maß, dreht sich um, als ihn Rina anrief.

Der Mexikaner war zwei Schritte von Justus stehengeblieben und sah ihn unverwandt an.

„Ein Kriegskamerad von dir ist da, Justus!“ sagte Rina.

So genau auch Knollmeyer aufpaßte, er konnte nichts weiter bemerken, als ein leises Beben der Latte, die Justus in der Hand hielt. Schon aber hatte sie Justus auf den Rasen gelegt und fragte zögernd: „Ein Kriegskamerad?“

„Ja, ja!“ bestätigte jetzt Besserl, „es hat uns beide bei Solferino erwischt. Weißt du noch, wir waren im selben Spital, ich hab' ein zerschmettertes Schlüsselbein gehabt und du den schweren Schuß im Schenkel. Besserl heiß ich.“

„Ja, freilich, freilich, der Besserl!“ sagte Justus mit einem fahlen, mühsamen Lächeln.

Jetzt sah Knollmeyer Rina an, sie hielt den Blick angstvoll auf Justus' Gesicht geheftet, und ihre Finger waren ineinander verklammert, so fest, daß die Knöchel ganz weiß wurden. Knollmeyer erriet, daß sie in einer fürchterlichen Unruhe war, o, ihm entging nichts, er hatte sich auf den Boden gehockt, nur ein paar Schritte von den Leuten im Garten. und eine Lücke im Gesträuch gestatteten ihm, alles zu sehen. Es war ihm gewiß, daß sich Justus in einer schweren Verlegenheit befand. und wenn sich auch Knollmeyer noch nicht im klaren war, wie alles dies zu deuten sei, so sagte ihm sein Haß, daß Justus den Boden unter sich wanken fühle. Hier bereite sich etwas vor, das Knollmeyers Sache nur Vorteil bringen konnte, wenn nicht noch mehr: Vernichtung seines Bedrängers.

Er wartete jetzt nur auf den Augenblick, da Besserl von dem Bein zu sprechen beginnen würde, das Justus eigentlich zu fehlen hätte.

Besserl aber sagte nichts dergleichen. Er hatte eine überaus vergnügte harmlose Miene aufgesetzt und meinte: „Es hat damals mit deinem Schenkelschuß recht schlimm ausgesehen, und ich glaube sogar, daß die Aerzte davon gesprochen haben, dir das Bein abzunehmen. Nun, ich freue mich, daß es so gut abgelaufen ist. Wenn man eine so hübsche junge Frau hat wie du und eine solche große Wirtschaft, dann sind zwei Beine gewiß nicht zuviel.

Besserl hatte sich genug in der Welt umgesehen, um bei sich zu denken, daß es unter Umständen besser ist, manche Dinge, um die man weiß, zu verschweigen als von ihnen zu sprechen. Wenn er vorhin Knollmeyer gesagt hatte, er könne es nicht beschwören, ob es Justus sei oder nicht, so hatte er sich damit nicht an die Wahrheit gehalten. Er wußte es sogleich beim ersten Blick, daß dieser Mann, so sehr er sonst Justus glich, den ihm seine Erinnerung nun wieder völlig lebendig gemacht hatte, sich doch von diesem dadurch unterschied, daß er eben das Bein besaß, das dem anderen fehlte. Aber was ging es ihn an, ob der Justus, den er da vor sich hatte, der richtige war oder ein anderer? Wie es sich damit auch verhielt, sein Ahnungsvermögen sagte ihm, daß sich eine kluge Zurückhaltung besser bezahlt machen würde als ungeschicktes Dareintappen.

Rina aber konnte sich nicht enthalten zu fragen: „Und warum weiß ich von alledem nichts? Warum hast du mir niemals etwas davon gesagt?“

„Ach, wozu hätte ich dich damit erschrecken sollen,“ erwiderte Justus liebevoll, „daß ich dir all das Fürchterliche erzähle, das ich mitgemacht habe? Ich mag selbst nicht gern daran denken. Na und du,“ wandte er sich herzlich zu Besserl, indem er ihm die Hand auf die Schulter legte, „wie geht's dir? Was treibst du jetzt?“

Da sagte Besserl sein Sprüchlein vom Kaiser von Mexiko, von dem weiten Weg dahin und von zerrissenen Schuhen, ein klägliches Bettlersprüchlein, so recht zum Erbarmen für jedermann und gar für einen ehemaligen Kriegskameraden, der Haus und Hof besaß und nicht auf die Landstraße hinaus mußte.

Justus verstand sogleich, worauf es dem Mexikaner ankam. „Ich freue mich,“ lächelte er, „daß du zu mir getroffen hast. Komm nur, du sollst nicht umsonst angeklopft haben.“

Sie gingen aus dem Garten dem Haus zu, und Knollmeyer erhob sich aus seinem Versteck, völlig betäubt von dem Neuen, das ihm die letzte Stunde gebracht hatte. Er war noch unfähig, es zu ordnen, seine Schlüsse daraus zu ziehen. Nur soviel konnte er schon jetzt daraus entnehmen, daß ihm eine Waffe in die Hand gegeben war, mit der er den Feind niederschmettern konnte.

Es umbrauste ihn wie ein Sturm, als er an Saltzenbrods Hoftor vorbeikam. Da saß der Rudolf auf der Steinbank und stierte vor sich hin.

Er konnte nicht anders, er mußte bei dem Knecht stehenbleiben und eine Frage an ihn richten: „Nun, was sagst du dazu, daß dein Herr ein Bein mehr hat, als er eigentlich haben sollte?“

Rudolf sah ihn mit verglasten Augen an Dann erhob er sich wankend und flüsterte heiser, während sich sein Mund vor wehem Ingrimm krümmte: „Das hab' ich längst gewußt, daß das nicht unser alter Justus ist, sondern ein anderer.“

„Warum hast du es dann nicht gejagt?“ fuhr ihn Knollmeyer an. Rudolf zuckte die Achseln und sank wieder stumpf auf die Bank zurück.

Knollmeyer lachte höhnisch auf und ging aus dem Dorf auf die Straße, die der Mexikaner nehmen mußte. Ja, er hatte noch einiges mit dem Landstreicher zu sprechen! Er spürte es gar nicht, daß er noch nicht zu Mittag gegessen hatte, oh, was er heute erfahren hatte, stand dafür, auch drei Tage lang zu hungern.

19.

Am Fenster neben der Nische mit dem heiligen Johannes von Nepomuk saß der ausgediente Briefträger Aschenbrenner, rauchte seine Pfeife und beobachtete die Dorfstraße mit den Augen eines Falken. Sie zog sich nahezu leer zwischen den Häusern hin, nur unbedeutend belebt durch einige Spatzen, die um Roßäpfel zankten, und die schienen selbst diesem gewissenhaftesten aller Statistiker nicht wichtig genug, um sie in seine Aufzeichnungen einzutragen. Für sein Register begann der Straßenverkehr mit den Hühnern und Haustauben, aber die wenigen Geschöpfe dieser Gattung, die sich eben in Aschenbrenners Blickbereich herumtrieben, waren bereits statistisch in ihre Rubriken untergebracht, und nun saß Aschenbrenner da und wartete auf weitere Beschäftigung.

Wenn er in seinem Buch zurückblätterte, so bemächtigte sich seiner kein geringer Stolz. Weiß Gott, auf den Seiten für gestern und vorgestern und vorvorgestern drängten sich ja die Striche in den Kolonnen für alle Arten von menschlichem Straßenleben. Gewiß hatte auch in Prag oder in Wien kein größeres Gedränge sein können als auf der Dorfstraße vor Aschenbrenners statistischem Ausguck. Sogar der Gemeindevorsteher war an jedem dieser Tage mehrere Male vorübergekommen. Er stand in der Rubrik: Besondere Erscheinungen Ja, da war es zugegangen wie in einem Ameisenhaufen, als die Nachricht gekommen war, die Oesterreicher hätten eine große Schlacht verloren bei Königgrätz. Hatte also der Mexikaner, der Besserl, doch mit dem Recht behalten, was er über den Ausgang des Krieges orakelt hatte, und übrigens hatte ja auch der Justus Saltzenbrod jedem, der es hören wollte, dasselbe gesagt. Ja, nun machte der Benedek, daß er schleunig nach Wien kam, und da zeigte sich wieder einmal, daß die großkopfeten Generale nicht allemal die Weisheit mit dem Schöpflöffel gefressen haben, sondern daß ein einfacher Mann bisweilen besser wußte, wo der Hase im Pfeffer liegt. Es ist eben ein Jammer, dachte Aschenbrenner, daß nicht immer die rechten Leute auf den rechten Platz gestellt sind. Der Besserl hätte neben den Benedek gehört, und was den Aschenbrenner anlangte, wie ganz anders stünde das österreichische Postwesen da, wenn man ihn zum Generalpostoberdirektor in Wien gemacht hätte.

Aber er wollte sich nicht ärgern und richtete seine Gedanken lieber auf die Frage, warum die Straße heute gar so einsam und öde dalag. Sicher war nach der Aufregung der letzten Tage eine Art Betäubung über das Dorf gekommen, vielleicht auch ein wenig Angst, weil es doch gestern abend geheißen hatte, nun könne man bald die Preußen erwarten. Ja, die Preußen, wenn die ins Dorf einmarschiert wären, was für ein wundersames Ereignis für Aschenbrenners Register, zumal für die Rubrik „Besondere Erscheinungen“, als welche man die Preußen doch füglich ansehen durfte.

(Fortsetzung folgt.)

Was leistet die Höhere Handelsschule im heutigen Wirtschaftskampf?

Die Höhere Handelsschule baut auf einer höheren Vorbildung auf; als solche ist im preußischen Ministerialerlaß vom 8. 4. 1916 bezeichnet:

1. Die Reife für Obersekunda einer höheren Knabenschule, einer Studienanstalt für Mädchen.
2. Das Schlußzeugnis des Lyzeums.
3. Das Schlußzeugnis einer anerkannten (preußischen 9klassigen) Mittelschule in Verbindung mit der Zeugnisnote „gut" in Deutsch und in einer Fremdsprache. Bei Fehlen dieser Vorbedingung ist der Nachweis einer gleichwertigen Ausbildung zu erbringen.

Die Höhere Handelsschule stellt in ihrem Lehrplan die Betriebswirtschaftslehre in den Vordergrund. Sie umfaßt den betriebswissenschaftlichen Stoff mit seinem volkswirtschaftlichen und rechtlichen Einschlag, aber auch das Verrechnungswesen als Buchhaltung, Kalkulation und Statistik, die Uebung im Schriftverkehr, in den Hilfstechniken der Kurzschrift, des Maschinenschreibens, der Maschinen- und Karteibedienung, Unterricht in Englisch und Französisch. Höchstziel der Höheren Handelsschule soll der wirtschaftlich-soziale Erziehungsgrundsatz sein: Höchstleistung des einzelnen im Betriebe. Für Beamtenstellen mit wirtschaftlichem Einschlag wie Reichsbahn, Reichspost, Steuerbehörden, Zollbehörden, Gericht, Finanzamt usw. sind die Absolventen der Höheren Handelsschule in hervorragender Weise geeignet, ist ihnen doch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit eingeprägt worden. Aus psychologischen Gründen kann die Höhere Handelsschule als ein moderner Schultyp bezeichnet werden, da er, auf Spranger-Kerschensteinerschen Ideen fußend, das Berufswissen und -Können in den Mittelpunkt der Bildung stellt. Im Wege unterscheidet sie sich von den anderen höheren Schulen, da sie die Bildungsgüter besonders aussucht: durch die Berufsbildung zum Kern der Allgemeinbildung (Spranger). Das allgemeine höhere Schulwesen kann den Nachwuchs nicht so gründlich wirtschaftlich schulen.

Eine Gegenüberstellung des gegenwärtigen Standes der höheren wirtschaftlichen Schulausbildung in den uns umgebenden Nachbarstaaten zeigt deutlich, auf welch' beneidenswerter Höhe die höhere wirtschaftliche Schulbildung in Ländern wie Oesterreich, Tschechoslowakei, Schweiz und Frankreich und Ungarn steht und wie die durch die Weltwirtschaftskrise besonders schwer getroffenen Staaten es verstanden haben, das höhere Handelsschulwesen auszubauen und zu vermehren. In Deutschland nimmt das Wirtschaftsbildungswesen noch lange nicht diejenige Stellung ein, deren es bedarf. Teilweise haben die Schulträger nicht das erforderliche Verständnis für die kaufmännischen Schulen. Erfreulicherweise besuchen in diesem Jahre viele Abiturienten, insgesamt über 700, die Höhere Handelsschule, bezw. die bei genügender Teilnehmerzahl laut Min.-Erl. der Hö. Ha. angegliederten Sonderkurse, weil sie erkannt haben, daß ihnen ohne höhere wirtschaftliche Schulbildung eine wesentliche Voraussetzung fehlt. Im Interesse der Jugend und der Wirtschaft muß es so weit kommen, daß derjenige, der in die Wirtschaft will, seinen Weg durch die Höhere Handelsschule nimmt, bevor er in die Lehre oder in den Betrieb eintritt. Der Bedeutung der Höheren Handelsschule müssen auch die Berechtigungen entsprechen. Der Absolvent einer Höheren Handelsschule kann an einer Handelshochschule immatrikuliert werden und das Diplom-Examen ablegen, wenn er vorher die Reifeprüfung bestanden hat. Von der Berufsschulpflicht ist er selbstverständlich befreit. Da dem hervorragend strebenden geistig und sittlich reifen Pflichtberufsschüler die Handelsschule und unter Umständen die Höhere Handelsschule erschlossen werden kann, ist ihm zugleich der Weg zur Hochschule geöffnet und die Forderung nach dem Aufstieg des Tüchtigen in einer Weise verwirklicht, die nicht nur einfach ist, sondern auch die Begabung nicht aus ihrer Bahn in fremde Kreise reißt, sie vielmehr ihrem Boden, dem Wirtschaftsleben, erhält.

Die Stadt Gleiwitz verfügt über eine gut ausgebaute zweijährige Höhere Handelsschule, in der Lehrpersonen unterrichten, die sich praktisch in der Wirtschaft betätigt haben und theoretisch an einer deutschen Handels-Hochschule bezw. den sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Köln oder Frankfurt für diesen Beruf vorgebildet sind. Es wäre nicht nur im Interesse von Industrie und Handel, sondern auch weiter Kreise der Bürgerschaft, daß diese wertvolle geistige Pflegstätte unseres kaufmännischen Nachwuchses in der Südostecke des Reiches als ein kulturelles Bollwerk unserer Stadt erhalten bliebe!

Handelsschuldirektor Vollhardt.

„Neue Hauswirtschaft". Ueber die richtige Ernährung und Kleidung beim Wintersport handelt ein aufschlußreicher illustrierter Artikel von Maria Kirchgeßner im Januarheft der nunmehr im 5. Jahrgang vorliegenden Monatsschrift „Neue Hauswirtschaft", herausgegeben von Frau Dr. Erna Meyer, München. Die Zeitschrift behandelt: praktische Wohnungs-Einrichtungen, neue Erfindungen für den Haushalt, zeitgemäßes Wohnen, Siedlungsfragen, Gesundheitspflege, Kindererziehung, Kochen und Handarbeiten. Vierteljährlich 2 Mark und 20 Pfennig Zustellgebühr.

Aus Oberschlesien und Schlesien

Die Lebensfragen der Grenzland-Wirtschaft

50 Jahre Industrie- und Handelskammer OS.

Die Geschichte der Kammer ist die Geschichte ihres Landes
Die nationalpolitische Sendung der Kammer

(Eigener Bericht)

J. S. **Oppeln**, 24. Januar.

Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien feierte heute ihr 50jähriges Bestehen. Die Zeit ihres Wirkens umfaßt die Hauptepoche des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Grenzprovinz, ihre Geschichte ist schlechtweg die Geschichte der oberschlesischen Wirtschaft überhaupt.

Die jetzige Kammer ist nicht die erste in Oberschlesien. Es gab bereits vor dem Jahre 1882 im Regierungsbezirk Oppeln eine Handelskammer, die im Jahre 1859 gegründet wurde und ihren Sitz in Gleiwitz hatte. Diese Handelskammer für die Kreise Gleiwitz, Beuthen, Lublinitz und Pleß bestand nur bis zum Jahre 1865. Bald darauf wurde eine zweite Handelskammer gegründet für die Kreise Gleiwitz, Pleß und Rybnik, die aber wenig Bedeutung gewann und ihr Scheindasein, das nur wenig wirtschaftsfördernd war, im Jahre 1879 beendete.

Geheimer Kommerzienrat Heinrich Doms in Ratibor nahm zielbewußt die Verhandlungen über die

Errichtung einer neuen Handelskammer

in die Hand, die möglichst den ganzen Regierungsbezirk umfassen sollte. Nach langwierigen, recht schwierigen Sitzungen und vorbereitenden Versammlungen konnte dem Ministerium für Handel und Gewerbe ein Entwurf und Antrag auf Errichtung einer Handelskammer in Oppeln eingereicht werden. Am 1. Dezember 1882 fand vormittag um 11½ Uhr im großen Sitzungssaale der Oppelner Regierung in Gegenwart von 38 Mitgliedern die feierliche Festsitzung der Handelskammer statt, die der Regierungspräsident, Graf von Zedlitz-Trützschler eröffnete. Kommerzienrat Doms, Ratibor, wurde einstimmig zum Präsidenten und Kommerzienrat Hegenscheidt, Gleiwitz, zu dessen Stellvertreter gewählt

Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien war ins Leben getreten

und bewies bereits in den ersten Sitzungen ihre Daseinsberechtigung. Ihr Aufgabenkreis war äußerst umfangreich. Sie hatte die Gesamtinteressen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und Gewerbes durch Anregungen, Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Neben dieser beratenden Tätigkeit zur Wahrung der Gesamtinteressen von Handel und Industrie ist die Handelskammer wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper mit öffentlich rechtlichen Befugnissen. Die Geschlossenheit des oberschlesischen Wirtschaftsgebietes, die Verflochtenheit aller Wirtschaftskreise, die bei den besonders gelagerten Verhältnissen im Grenzlande Oberschlesien in verkehrs- und handelspolitischer Hinsicht die gleichen Ziele verfolgen, machte es die Handelskammer von Anfang an insofern leicht, als sie ohne inneren Widerspruch, mit voller Unterstützung aller Kreise, die oberschlesischen Lebensfragen nachdrucksvoll vertreten konnte. So stehen im Hinblick auf die geographisch-politische Lage Oberschlesiens die Fragen der Erhaltung des alten Absatzgebietes und der

Erringung neuer Märkte

im Vordergrunde der Arbeit der Handelskammer.

Der leitende Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, Landgerichtsrat a. D. Dr. von Stoephasius, weist in der umfangreichen Denkschrift aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens ausdrücklich darauf hin, daß die dem **Ausbau des Verkehrs, der Eisenbahnen und Wasserstraßen, der Erstellung verkehrsfördernder Tarife und dem Abschluß günstiger Handelsverträge in den Nachbarstaaten gewidmete Arbeit der Kammer sich wie ein roter Faden durch die gesamten zurückliegenden fünfzig Jahre durchzieht.** Schon vor 50 Jahren drückten dieselben Schwierigkeiten auf die oberschlesische Wirtschaft, die heute in verstärktem Umfange die Wiedergesundung des oberschlesischen Wirtschaftslebens verhindern. Die Eisenbahnhauptstrecken waren damals bereits vorhanden. Es blieb der Initiative der Handelskammer vorbehalten, die notwendigen Zweig- und Verbindungslinien, die zur

Hebung der Industrie und Landwirtschaft

unentbehrlich waren, mit allem Nachdruck durchzuführen. Dieses Ziel zu erreichen war nicht leicht. Erst mit der Verstaatlichung der oberschlesischen Bahnen im Jahre 1884 boten sich neue Möglichkeiten, schrittwärts dem gesteckten Ziele näherzukommen und damit die wirtschaftliche Lage der an die großen Durchgangsbahnen angeschlossenen Gegenden zu verbessern. Die Kammer erstrebte auch, wie sie in der Begründung ihrer Anträge ausführte, die Industriegebiete ihres Bezirks mit den landwirtschaftlichen Kreisen in nähere Verbindung zu bringen, um einen leichteren Austausch der Industrieerzeugnisse gegen landschaftliche Produkte zu ermöglichen. So erreichte es die Kammer, daß im Laufe der nächsten Jahre eine Reihe Zweigbahnen ausgeführt wurde. Als zweite Aufgabe hatte sich die Kammer die Einführung ermäßigter Frachtsätze gesteckt, die neben der oberschlesischen Berg- und Hütteninduſtrie auch für die übrigen Industriezweige wie Kali, Zement, Glaswaren, Papier, Holz und verschiedene andere Artikel die Voraussetzung für einen weiteren Bestand waren. Daß die Kammer sich auch gleich der weiteren Ausgestaltung und

Verbesserung des Personenverkehrs

einsetzte, mag nur dankbar erwähnt werden.

Die große Entfernung des oberschlesischen Industriegebietes von den innerdeutschen Märkten veranlaßte die Kammer, als dringendste Aufgabe den

Ausbau der Oderwasserstraße

zu betreiben, und in ihren Akten können wir heute nachlesen, daß **bereits in den Jahren 1883 und 1884 in Oberschlesien das Gefühl der Zurücksetzung hinter anderen Landesteilen Deutschlands in bezug auf den Wasserstraßenausbau Platz gegriffen hatte.** Es gab harte Kämpfe zwischen der Handelskammer und dem Staatsministerium, wie aus einer Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums zu ersehen ist, der mit allem Nachdruck die Forderungen der Kammer unterstützt und auf den Wettbewerb der schlesischen und der rheinisch-westfälischen Montanindustrie auf dem Berliner Markt hinweist und fordert, daß der Staat, **wenn er durch den einen Kanalbau in diesem Verhältnis eine Verschiebung zu ungunsten Schlesiens herbeiführe, Oberschlesien unbedingt einen Ausgleich gewähren und die Parität wiederherstellen müsse.** 1893 tauchte auch der Plan des Donau-Oder-Kanals erneut auf und beschäftigte die Kammer, die daneben noch ein reiches Arbeitsgebiet in der Verbesserung der postalischen Verkehrsverhältnisse und Ueberwachung der Zoll- und Handelsvertragspolitik fand. Daß auch der Handel, die Neugestaltung des kaufmännischen Bildungswesens, Banken und Genossenschaften weitgehendste Unterstützung und Förderung durch die Kammer erfuhren, ist bei ihrer Zweckbestimmung selbstverständlich.

Während der Kriegsjahre

hat die Industrie- und Handelskammer durch ihre Tätigkeit ungeheuer viel dazu beigetragen, die deutsche Volkswirtschaft auch während dieser schweren Jahre in ihrem Gleichgewicht zu erhalten. Wie ungeheuer trostlos die Lage der oberschlesischen Wirtschaft durch den Zusammenbruch 1918 geworden war, zeigen die mannhaften Worte, die Geheimer Bergrat Dr.-Ing. Williger, der seit 1906 den Vorsitz der Industrie- und Handelskammer übernommen hatte, in der Sitzung vom 20. November 1919 sprach. Der Uebergang in die Friedenswirtschaft stellte die Industrie- und Handelskammer vor neue Aufgaben, deren Arbeit durch die folgenden Jahre der Unruhe fast zur Unfruchtbarkeit verurteilt war. Unerschrocken setzte sich die Kammer für das Deutschtum ein. Ihre Telegramme an den englischen und italienischen Premierminister im September 1921 haben historische Bedeutung erlangt. Die schweren Schäden, die die oberschlesische Wirtschaft durch die Grenzziehung erlitten hat, stellte die Kammer vor neue Fragen, die nur bei völliger Hingabe und Aufopferung für die hohen Ziele eine Lösung finden können. Der

Verlust großer Umsatzgebiete

machte es notwendiger denn je, neue Absatzmärkte zu erschließen, eine Aufgabe, der sich Generaldirektor Dr.-Ing. h. c. Hoffmann, der Vorsitzende der Kammer, von 1923 bis 1929 mit seiner ganzen Kraft widmete. Die Frage der Verkehrsverbesserungen und Frachtverbilligung war zur Lebensfrage der oberschlesischen Gesamtwirtschaft geworden. Leider fand die Kammer bei ihren berechtigten Bestrebungen nicht immer die notwendige Gegenliebe und das erforderliche Verständnis bei den Berliner Stellen. Mit den übrigen Wirtschafts-, Kommunal- und politischen Verbänden arbeitete die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien im Jahre 1926 ein

---

Landgerichtspräsident Schneider wird Oberlandesgerichtspräsident

Berlin, 24. Januar.

(Drahtmeldung uns. Berliner Redaktion)

Landgerichtspräsident Schneider, Beuthen, ist zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm ernannt worden.

Kunst und Wissenschaft

„Der Blaue Vogel"

Im Stadttheater Gleiwitz

Farbe, Rhythmus, Schwung, Melodie und Stimmung — die Attribute dieser hübschen, ansprechenden, in der Parodie besonders wirkungsvollen Kleinkunst. Schwer war wohl die Stimmung in den halbleer gähnenden Saal zu bringen, aber Jushny besorgt das mit ein paar Handbewegungen, mit ein paar freundlichen Worten. Stimmungsvoll taucht das Petersburg von 1825 auf, einzigartig in der traditionellen Szenerie mit den starren Brunnenfiguren und ihren lebenden Köpfen, köstlich die kleinen Szenen, die sich davor abspielen, alles von Romantik überladen, aber parodistisch gefärbt und darum von glänzender Wirkung. Dann die lustige Farbenkomposition in dem Bild vom Marktplatz, hierauf wieder nach Jushnys hervorragender und schmissiger Conference eine kleine Szene mit dem großen Zaren Peter und dann die spielerischen Figurinen in Jushnys Uhrensammlung. Hier besonders Rhythmus und Lied sehr fein abgestimmt. Elegisch leuchtet Szenerie und Klangfarbe im Chor das Abendscheins.

Dann eine überaus witzige Parodie aus Venedig, eine unvergleichliche süße Donna Lucia und überwältigend komische Gondilieri. Später gibt dann Polina Schuster ein wunderbar empfindungsvolles Geigenspiel, und man ist für das von den Don- und anderen Kosakenchören hinreißend popularisierte Wolgalied entschädigt. Lied, Tanz und bunte Bilder folgen einander immer in dieser skurrilen und farbenreichen Szenerie. Erfolgreich war auch das Leierkastentrio, dessen Parodie uns schon Dela Lipinskaja so sympathisch vorführte. Witzig auch die von Jushny bearbeitete zweite Rhapsodie, bei der sich der Abbé im Grabe umdrehen würde. Jushny dirigiert nicht nur seine Truppe, der übrigens auch das köstliche Doppelquartett nicht vergessen sei, sondern auch die stets dankbar applaudierende Hörerschaft, und so ist auch der rhythmenvolle Ausklang mit einem allseits mitgesummten russischen Lied stimmungsvoll.

F. A.

Stadttheater Kattowitz

Ludwig Zilahy: „Die Nacht zum 17. April"

Das Kriminalstück des ungarischen Autors Zilahy fand in Kattowitz ein gutbesuchtes Haus. Der Regieführer Bartelmus ließ die Handlung mit starken Spannungsmomenten flüssig abrollen. Die einzelnen Rollen des Stückes sind zumeist inhaltlich gut aufgebaut, zum Teil aber schwer spielbar, was in der Aufführung deutlich wurde. In erster Reihe ist Anne Marion zu nennen, die die große Partie der Frau von Heller mit der reichen Kunst ihres Darstellungsvermögens außerordentlich lebenswahr erfüllte. Als ihr Gatte konnte Fritz Hofbauer eine der stärksten Stützen der Handlung werden, dessen prächtiges Spiel immer überzeugend blieb. Als Marietta versah Eva Kühne mit bestem Erfolge eine Partie, die ihrer besonderen Begabung durchaus entsprach. Die Figur des Kriminalkommissars, (Alois Hermann), scharf umrissen in der Darstellung, hätte etwas mehr Belebung vertragen können. Hans Korngiebel, ein echter Bonvivant, überzeugte. Eine prächtige aus dem Leben gegriffene Type, stellt Florence Werner als Jolanthe auf die Bühne. Noch eine Reihe von Nebenrollen förderten nach besten Kräften die Handlung, die das Publikum bis zum Schluß in stärkster Spannung hielt. Reicher Beifall dankte der Aufführung.

L. Sch.

Dramatikerpreis. Der Dramatikerpreis des Bühnenvolksbundes, über dessen Verteilung soeben entschieden wurde, wurde zu gleichen Teilen zwei neuen dramatischen Werken zuerkannt. Je ein Preis von 1000 RM. entfielen auf Friedrich Grieses Drama „Mensch, aus Erde gemacht" und auf Max Mells dramatische Dichtung „Die Sieben gegen Theben".

Hochschulnachrichten

Berufung. Einen Lehrauftrag über die Organisation des Handelsschulwesens hat in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln Regierungsrat Dr. Esser in Köln erhalten.

73. Geburtstag des Kieler Theologen Otto Baumgarten. Am 29. Januar wird Prof. Dr. Dr. rer. pol. Otto Baumgarten 75 Jahre. Prof. Baumgarten, der seit 1926 entpflichtet ist, stammt aus München und hat sich 1890 in Berlin als Privatdozent niedergelassen. Noch im gleichen Jahre wurde er als a. o. Professor an die Universität Jena berufen, um 1894 dem Ruf nach Kiel zu folgen.

Goldenes Dozentenjubiläum. Der frühere langjährige Ordinarius für deutsche Geschichte, Sprache und Literatur an der Universität Göttingen, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. phil. Edward Schröder, hat am 24. Januar sein Goldenes Dozentenjubiläum begangen.

Bühnenvolksbund Beuthen. Am Freitag „Der 18. Oktober"; am Sonnabend Schwarzwaldmädel", Sonntag nachm. zu Schauspielpreisen „Die drei Musketiere".

Oberschlesisches Landestheater. Heute, 20,15 Uhr, in Beuthen „Die Nacht zum 17. April"; in Gleiwitz: „Mister Wu". Donnerstag in Beuthen: „Alle Wege führen zur Liebe".

Theater-Kundgebung. Bei der Kundgebung zur Erhaltung des Grenzland-Theaters am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 11 Uhr, wirken Kräfte der Oper, des Schauspiels, des Chors und des Balletts mit. Das Orchester beginnt unter der Leitung von Erich Peter mit der Ouvertüre zur Oper „Euryanthe", Fritz Hofbauer spricht den Vorspruch „Die Künstler" (Schiller), Theodor Heydorn singt „Prometheus Goethe-Schubert", Korngiebel trägt den „Monolog des Egmont" (Goethe) Musik von Beethoven, vor. Außerdem wird eine Szene aus dem 1. Akt aus Schillers „Räuber" gegeben. Lilo Engbarth wird einen Solotanz bringen, ebenso sind Darbietungen des Chors vorgesehen.

Der „Blaue Vogel" heute in Hindenburg. Jushnys deutsch-russisches Kabarett kommt am Mittwoch nach Hindenburg. Preise von 0,75 bis 3,— RM.

umfangreiches oberschlesisches Programm

aus, in dem die Nöte des oberschlesischen Bezirks ausführlich dargelegt wurden. In der Begründung heißt es:

„Die oberschlesische Bevölkerung, insbesondere die Flüchtlinge und verschiedene Wirtschaftskreise: Industrie, Handel, Landwirtschaft, das Handwerk und die Kommunalverbände, werden immer mehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Reich und Staat die Pflichten, die aus den besonderen katastrophalen weltpolitischen Ereignissen in Oberschlesien diesem Land gegenüber entstanden sind, nicht erfüllen. Großes Elend, große Not, außergewöhnliche wirtschaftliche Schwierigkeiten herrschen auf den verschiedensten Gebieten Oberschlesiens in viel höherem Maße als in den anderen Teilen Deutschlands . . . Große Enttäuschung herrscht darüber, daß die Versprechungen nicht erfüllt wurden. Diese Enttäuschung bekommt aber noch eine staatspolitisch besonders gefährliche Verschärfung dadurch, daß in weiten Kreisen bekannt geworden ist, in welcher Weise dem Westen von der Reichs- und Staatsregierung, insbesondere wirtschaftlich, geholfen worden ist und wird."

Eine schwere Zeit für die Industrie- und Handelskammer Oberschlesien begann. Mit verstärkten Kräften ging es an all die Probleme, die durch den ungeheuren Zustrom der Flüchtlinge auf wirtschaftlichem Gebiete entstanden waren und die durch die Grenzziehung sich immer mehr herausstellten. **Trotz aller Versprechungen konnte die Anerkennung für Oberschlesien als besonderes Notstandsgebiet nicht erreicht werden, sodaß die Frage Ausbau der Oder zu einer leistungsfähigen und zuverlässigen Großschiffahrtsstraße,**

eine alte Forderung, immer mehr in den Vordergrund gedrängt wurde

Als 1930 Generaldirektor Dr.-Ing. Brennecke zum Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer gewählt wurde, fand er ein reiches Arbeitsgebiet vor. Es ist seiner Tatkraft und seinem energischen Einschreiten zu verdanken, wenn der Verfall von Handel und Industrie aufgehalten werden konnte. Immer wieder hat er zum Ausdruck gebracht, daß nur ein beschleunigter Ausbau der Oder und nur die Herstellung eines frachtbilligen Anschlusses des Industriebezirkes an die Oder und die gleichzeitige Erklärung Oberschlesiens zu einem besonderen Notstandsgebiet und so seine tarifliche Gleichstellung mit den sonstigen Wirtschaftsgebieten im Reich noch Hilfe in letzter Minute bringen kann. Das Osthilfegesetz kann nicht als eine Lösung der schwierigen Fragen betrachtet werden.

Ist Vorschmied Smolarz der Täter?

Oppeln, 24. Januar.

Die weiteren Ermittlungen zum Raubmord Czajka haben dazu geführt, daß der bereits festgenommene Vorschmied Franz Smolarz aus Grudschütz dem Untersuchungsrichter aus dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden ist. Wie durch Zeugen einwandfrei festgestellt wurde, ist Smolarz am Mordtage, und zwar zur Tatzeit um 13,15 Uhr in dem Grundstück der Czajka gesehen worden, die ihn auch **mit aller Bestimmtheit wiedererkennt.** Es konnte weiterhin festgestellt werden, daß Smolarz **im Jahre 1928 ein Darlehen von 430 Mark von der Ermordeten erhalten hat.** Hiervon hatte er bisher nichts getilgt und auch die Zinsen in Höhe von 112 Mark nicht bezahlt. Smolarz hatte von der Frau Czajka ein Schreiben erhalten, nach dem er bis zum 28. Januar diese Zinsen zahlen sollte. Smolarz bestreitet jedoch weiterhin hartnäckig, am Donnerstag in dem Haus der Czajka gewesen zu sein. Er gibt an, sich während dieser Zeit im Eisenbahnausbesserungswerk aufgehalten zu haben. Die von ihm hierfür benannten Zeugen konnten jedoch nicht bekunden, daß er sich in der Zeit der Tat von 13 bis 14 Uhr in der Eisenbahnwerkstatt aufgehalten hat.

Wirtschaftspolitik in der Festsitzung

Frachtbillige Verbindung zur Oder um jeden Preis

In einer Festsitzung, anschließend an die Vollversammlung, gedachte die Industrie- und Handelskammer ihres 50jährigen Bestehens. Die reiche Zahl der Ehrengäste, unter denen sich die höchsten Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden befanden, gab rein äußerlich den Beweis für die große Bedeutung, die der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien heute im wirtschaftlichen Leben zukommt. Aus all den zahlreichen Reden klang neben der Freude über die große Arbeit, die die Kammer bisher geleistet hat, aber auch an diesem Festtage die Besorgnis durch, daß Oberschlesien trotz aller Zusagen in Berlin nicht das notwendige Verständnis findet.

Die Erklärung Oberschlesiens zum Notstandsgebiet, um ihm die erforderlichen Frachterleichterungen zuteil werden zu lassen, der beschleunigte Ausbau der Oder, der frachtbillige Anschluß des Industriegebiets an die Oder sind Lebensfragen, ohne deren Verwirklichung das gesamte Wirtschaftsleben zum Absterben verurteilt werde.

Die drohende Gefahr des Mittellandkanals fordert unaufschiebbar eine Verkehrsverbesserung für Oberschlesien, wenn das Grenzland im Osten nicht gegenüber dem Westen neue schwere Schädigungen erleiden soll. Es wird erwartet, daß noch in dieser Woche durch die Reichsregierung eine Entscheidung herbeigeführt wird und **der Plan einer frachtbilligen Verbindung des Industriegebietes mit der Oder zur Tat reift.** Aus der Befürchtung, daß Oberschlesien, wie so oft, auch diesmal bei dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm nur wenig Berücksichtigung findet, hat die Industrie- und Handelskammer die Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste frachtbillige Verbindung des Hauptwirtschaftszentrums mit der Hauptwasserstraße zurückgestellt und **fordert vom Reich, daß überhaupt etwas getan wird.** Die Industrie- und Handelskammer wird den Plan, den die Reichsregierung auserwählt, tatkräftig unterstützen, **wenn nur überhaupt etwas geschieht und es auch nicht diesmal wieder bei leeren Versprechungen bleibt.** Mit Recht fordert die Kammer als berufene Vertreterin der gesamten oberschlesischen Wirtschaft, daß Oberschlesien, das Notland, gleich behandelt wird dem Westen und daß die Reichsregierung sofort mit den Arbeiten beginnen wird, um die billigste zweckentsprechendste und günstigste frachtbillige Verbindung des Industriegebiets mit der Oder zu schaffen. Oberschlesien ist froh, wenn überhaupt etwas geschieht.

Unter den zahlreichen Ehrengästen, die der Festsitzung beiwohnten, sah man den früheren Kammerpräsidenten, Geheimer Bergrat Dr.-Ing. Williger, Oberpräsident Dr. Lukaschek, Erster Landesrat Hirschberg, Reichsbahndirektionspräsident Meinecke, Oberpostdirektionspräsident Wawrzik, Landesfinanzamtspräsident Michael, Oberst Schwarznecker, Oberbürgermeister Dr. Berger, Reichsbahndirektor Nieschling, Handwerkskammerpräsident Jurck und Syndikus Krüger, Regierungsdirektor Wehrmeister, Regierungsrat Spannagel, Landgerichtsdirektor Kunze, Hafendirektor Langosck und als Vertreter der Landwirtschaftskammer Oberförster Scheidemandel.

Kammerpräsident Generaldirektor Dr. Brennecke

eröffnete die Sitzung mit Begrüßung der Ehrengäste, Oberpräsident Dr. Lukaschek, Erster Landesrat Hirschberg als Vertreter der Provinzialverwaltung, denen er den Dank abstattete für das weitgehende Interesse, das sie den Wirtschaftsfragen Oberschlesiens entgegengebracht haben und für die stete Unterstützung der Kammer. Er begrüßte den Berghauptmann, die Präsidenten des Landesfinanzamtes, der Reichsbahn und der Oberpostdirektion, Oberbürgermeister Dr. Berger, Oberst Schwarznecker, den Präsidenten der Handwerkskammer und den Vertreter der Landwirtschaftskammer und gab anschließend einen Ueberblick über die Entwicklung der Industrie- und Handelskammer in den verflossenen 50 Jahren. Er gedachte besonders des Geh. Kommerzienrats Doms, dessen tatkräftiger Vorarbeit die Errichtung einer Handelskammer für den ganzen Regierungsbezirks am 8. Juni 1882 zu verdanken ist. Besondere Worte des Dankes hatte er für Geheimrat Dr. Williger, der in selbstloser unermüdlicher Arbeit lange Jahre die Geschicke der Handelskammer leitete und die Interessen des oberschlesischen Wirtschaftslebens auf allen Gebieten erfolgreich vertrat. Für ihre Mitarbeit an der Festschrift dankte er Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Direktor Bergassessor Pyrkosch, Dr. Damm, Gewerberat Dr. Tittler, Bergassessor Sabaß, Direktor Ebert, Direktor Bartsch und Brüning.

Im ersten Zeitabschnitt der Handelskammer,

den 32 Vorkriegsjahren, haben Handel und Industrie in Oberschlesien eine aufwärtssteigende Entwicklung genommen. Am 1. 12. 1880 betrug die Bevölkerung Oberschlesiens 1 441 296 Seelen, im Jahre 1910 2 207 981 Seelen. Im Jahre 1883 betrug die

Förderung im Kohlenbergbau

jährlich 11 796 305 Tonnen, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter 36 151. Im Jahre 1913 wurden jährlich 43 801 000 Tonnen Kohle gefördert; die Arbeiterzahl betrug 123 349. Bei der oberschlesischen Eisenindustrie insgesamt betrug die Jahresproduktion: im Jahre 1883 809 010 Tonnen, im Jahre 1913 2 604 546 Tonnen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter: im Jahre 1883 16 227, im Jahre 1913 45 644. In der Zink- und Bleiindustrie betrug die Jahresproduktion: im Jahre 1883 117 308 t, im Jahre 1913 529 074 t. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter: im Jahre 1883 6034, im Jahre 1913 13 092. In der Zementindustrie betrug der Versand im Jahre 1885 62 629 Tonnen, gegenüber einem Jahresversand von 706 501 Tonnen im Jahre 1913. In ähnlicher Weise haben sich auch alle anderen Industrien in diesem Zeitraum entwickelt.

Der Güterversand

überhaupt aus Oberschlesien hat im Jahre 1883 8 861 505 Tonnen betragen gegen 43 875 477 Tonnen im Jahre 1913.

In diese Entwicklung griff der

Ausbruch des Weltkrieges

ein. Der Kammer fiel ein reiches Arbeitsgebiet zu, da sie nach allen Seiten hin Auskunft erteilend, überall beratend und helfend eingreifen mußte, um der Wirtschaft insbesondere über die ersten Stockungen und Schwierigkeiten, die der Kriegsausbruch mit sich brachte, hinwegzuhelfen. Ausführlich behandelte Generaldirektor Dr. Brennecke die schweren Tage nach dem Zusammenbruch und der neuen Grenzziehung, einer Zeit, **in der sich die Handels- und Industriekammer neben ihren großen wirtschaftlichen Aufgaben vor allem auch ihrer nationalpolitischen Sendung bewußt war.** Er schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis auf die für Oberschlesien so wichtigen Verkehrsfragen, deren baldige Lösung unaufschiebbar ist, wenn die oberschlesische Wirtschaft nicht noch weiterem Rückgang preisgegeben werden soll. Der Kammer und damit Oberschlesiens Wirtschaft wünschte er, daß sie nach der schweren sorgenvollen Zeit der letzten vierzehn Jahre endlich wieder besseren Tagen entgegengehe, in denen die deutsche Arbeit auch wieder ihres Lohnes wert und der Weg für unser Vaterland wieder aufwärts führen wird zur völligen Freiheit und allmählich wieder zu eigenem Wohlstand.

Den Reigen der Glückwunschansprachen eröffnete **Oberpräsident Dr. Lukaschek,** der die besten Wünsche der Reichs- und Preußischen Staatsregierung überreichte. Die Geschichte der Kammer sei die Geschichte des Landes. Er dankte der Industrie- und Handelskammer für das, was sie auf dem Gebiete der Wirtschaft und auch in nationalpolitischer Hinsicht geleistet hat. Was Graf von Zedlitz-Trützschler als die Aufgaben der Kammer bei ihrer Eröffnung kennzeichnete, habe heute noch Geltung.

Jahrelang habe Oberschlesien um seine nationale Existenz gerungen. Heute kämpfe es um seine wirtschaftliche Existenz.

Die Oder sei Oberschlesiens Hauptverkehrsstraße; immer wieder müsse man daran denken, sie auch auszubauen, daß man sie als Straße benützen könne. Alle müssen zusammen an diesem Ziele arbeiten.

Erster Landesrat Hirschberg erinnerte an die schweren Wunden, die der Handelskammer durch die Grenzziehung geschlagen wurden. Die Bestrebungen der Kammer, der Industrie und Wirtschaft zu helfen, insbesondere ihre Arbeit auf dem Gebiete der Frachtverbilligung und Lösung der Verkehrsfrage, seien von der Provinz stets unterstützt worden. Er hoffe auf weitere treue Zusammenarbeit. **Reichsbahndirektionspräsident Meinecke** wies auf die engen Verbindungen zwischen Handel, Industrie und dem Verkehr hin, die unlösbar zusammenhängen. Die Kammer habe der Reichsbahn stets größtes Verständnis entgegengebracht. **Oberpostdirektionspräsident Wawrzik** überbrachte die Grüße des Reichspostministers und gab seiner Freude über das gute Verhältnis zwischen Handelskammer und der Post Ausdruck.

Die Post sei immer bestrebt gewesen, sich den Bedürfnissen des Handels anzupassen

und werde auch weiter in diesem Sinne mit ihr zusammenarbeiten. **Landesfinanzamtspräsident Michael** überbrachte die Glückwünsche des Reichsministers der Finanzen. Er betonte, daß die Kammer besonderen Anteil daran habe, wenn in den schweren Nachkriegsjahren die oberschlesische Wirtschaft nicht vollständig zusammengebrochen sei. Trotzdem die Interessen der Reichsfinanzen und die des Handels sehr oft diametral gegenüberstehen, sei das Verhältnis recht gut gewesen. **Oberbürgermeister Dr. Berger** gab seinr Freude darüber Ausduck, daß die Jubilarin ihre 50 Jahre in den Mauern der Stadt Oppeln verlebt hat. Aufgabe der Kammer sei es, die insulare Lage Oberschlesiens zu verbessern. Wenn ihr dies gelinge, dann helfe sie damit der gesamten deutschen Wirtschaft.

Generaldirektor Dr. Euling überbrachte die Glückwünsche des Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Die oberschlesische Bergwerks- und Hütteninindustrie hatte sich eine Berufsvertretung in Kattowitz geschaffen. Bei der Gründung der Kammer stellte sich der Verein in ihren Dienst. Die Zusammenarbeit zwischen dem Verein und der Kammer sei stets ausgezeichnet gewesen. Geheimrat Dr. Williger sei auch gleichzeitig Vorsitzender beider Wirtschaftsvertretungen gewesen. Er dankte Generaldirektor Hoffmann für all das, was er für die oberschlesische Wirtschaft geleistet hat. Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, der derzeitige Geschäftsführer, habe stets volles Verständnis für die Fragen der Industrie gehabt. In den letzten vierzehn Jahren habe die Tätigkeit der Kammer vielfach in der

Abwehr von Maßnahmen der Regierung

bestanden. Er hoffe, daß in Zukunft weniger Mahnungen und Warnungen erforderlich seien, und dafür mehr positive Arbeit geleistet werde. Man dürfe nicht verzagen und müsse mit Optimismus an die Arbeit gehen. Wahlspruch für die Arbeit der nächsten Jahre müsse sein „Nimmer werde das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu".

Nachdem der Präsident der Handwerkskammer, Jurck, die Glückwünsche der Landwirtschaftskammer und Handwerkskammer überbracht und Dr. Reinhardt den Wünschen der Presse Ausdruck verliehen hatte, wurde eine Reihe von Glückwunschschreiben verlesen, u. a. vom Reichswirtschaftsminister Warmbold, Minister Dr. Ernst, Ministerialdirektor Prof. Dr. Hedding, Reichsbahndirektionspräsident Meier und Landeshauptmann Thaer.

Anschließend hielt Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, der Leitende Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, einen tiefschürfenden Vortrag über

die verkehrs- und handelspolitischen Fragen.

Er ging von der Hauptaufgabe der Kammer aus, die man darin erblicken müsse, **im Hinblick auf die geographisch-politische Lage Oberschlesiens an der südöstlichen Spitze des Reiches für den oberschlesischen Bezirk Verkehrserleichterungen zu erlangen, um auf den Märkten, besonders in Deutschland, konkurrenzfähig zu bleiben.** Während der Westen über ein weit ausgebreitetes Eisenbahn- u. Kanalnetz verfügt, müsse der Osten noch dieselben Verkehrsfragen behandeln wie vor 40 und 50 Jahren. Auch heute befindet sich die Oder in einem undenkbar traurigen Zustande. Für Oberschlesien drohen die Verhältnisse sich immer kritischer zu gestalten, da der Mittellandkanal im Wege des Arbeitsbeschaffungsprogramms schon bis 1935 fertiggestellt werden soll.

Oberschlesien habe zwar von der Reichsregierung und von der Preußischen Regierung die Zusicherung, daß durch den Ausbau der Oder und sonstige Maßnahmen dafür gesorgt werden soll, daß auch nach Fertigstellung des Mittellandkanals die bisherige Frachtparität in Berlin erhalten bleiben soll. Diese Zusicherung setze aber die rechtzeitige Herstellung des Oderausbaues und der Staubecken voraus. Ebenso dringend sei auch die Frage des frachtbilligen Anschlusses des Industriebezirkes an die Oder.

Er streifte die Lage der Reichsbahn, deren Einnahmenrückgang durch die Wirtschaftskrise bedingt sei. Die Kammer lehne die Bestrebungen der Reichsbahn nach einer Monopolisierung des gesamten Autoverkehrs ab und widersetze sich mit aller Schärfe einer Einbeziehung des Nahverkehrs bis 50 Kilometer und des sogenannten Bergverkehrs in das Monopol. Die Wiedergesundung der Finanzen der Reichsbahn hänge von der Wiedergesundung der gesamten Wirtschaft ab, aus der sie die Einnahmen beziehe.

Landgerichtsrat Stoephasius behandelte von hochstehender Warte die

Frage einer deutschen Autarkie,

in deren Zusammenhang er die großen handelspolitischen Probleme aufwarf. Während Deutschland 1928 mit seinem Anteil an der Weltproduktion an zweiter Stelle stand, nach den Vereinigten Staaten von Amerika, steht es jetzt an vierter Stelle, weil es von Rußland und England überholt worden ist. Die Ursache sei in dem Niedergang der deutschen Wirtschaft und dem Rückgang der deutschen Kaufkraft zu suchen. Besonders einschneidend für die deutsche Ausfuhr sei der Uebergang Englands zum Schutzzoll gewesen. Von gleicher nachteiliger Wirkung für die deutsche Ausfuhr sei das Verlassen des Goldstandards seitens Englands. Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark seien dem Beispiel Englands in der Zollerhöhung gefolgt. Einfuhrverbote haben nur wenige Länder erlassen. Die deutsche Landwirtschaft fordere nun ebenfalls, soweit die landwirtschaftliche Produktion in Frage komme, den Erlaß von Einfuhrverboten, zumindest eine Kontingentierung der Einfuhr. **Wenn man auch anerkennen müsse, daß die Landwirtschaft heute noch nicht rentabel geworden sei, so müsse man doch den Erfolg solcher Maßnahmen verneinen. Man müsse beachten, daß heute der Teil unserer Ausfuhr, der uns noch verblieben ist, ein besonders wertvoller, aber auch besonders empfindlicher Beschäftigungsrest ist,** der sehr viele industrielle Betriebe über Wasser hält.

Der Ausfall an Beschäftigung und damit an Kaufkraft wäre aber noch größer als der Exportverlust und würde am Schluß wieder die Landwirtschaft treffen.

3 Millionen Menschen arbeiten gegenwärtig für die Ausfuhr, von denen nur 300 000 durch eine weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zur vollen Selbstversorgung Deutschlands in der Landwirtschaft untergebracht werden können.

Die übrigen würden durch einen Rückgang unserer Exportindustrie brotlos werden. Die deutsche Handelspolitik muß daher in der Zeit der Kapitalerschöpfung, der übermäßigen Verschuldung und der so ungeheuren Arbeitslosigkeit mehr denn je im Interesse der Hebung der Kaufkraft zugunsten der Landwirtschaft auf die Interessen der Exportindustrie Rücksicht nehmen. Man müsse alle Maßnahmen unterlassen, die unserer Wirtschaft den Wiederanschluß an den allgemeinen Welthandel erschweren.

Die Vollversammlung der Kammer

Der Festsitzung ging eine Vollversammlung der Kammer voraus, die der Präsident, Generaldirektor Dr. Brennecke, eröffnete. Generaldirektor Bergrat Drescher, Beuthen, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt in der Kammer niedergelegt. Im Vordergrund der Tagesordnung stand ein Rückblick des Kammerpräsidenten auf das Wirtschaftsjahr 1932.

Landgerichtsrat a. D. Syndikus von Stoephasius berichtete über das Ergebnis der Ersatz- und Ergänzungswahlen der neu- bzw. wiedergewählten Kammermitglieder. Erstmalig fanden die Wahlen nach der neuen Wahlordnung statt. In allen Wahlkreisen konnte eine Einigung erzielt werden, so daß die vorgeschlagenen Mitglieder als gewählt zu betrachten waren. Die neu- bzw. wiedergewählten Mitglieder begrüßte der Präsident mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Interesse der oberschlesischen Wirtschaft.

Die Vollversammlung hatte sich diesmal auch mit der

Neuwahl des Präsidenten

und seiner beiden Stellvertreter zu beschäftigen. Ehrenpräsident Generaldirektor Dr. Hoffmann, Oppeln, sprach dem Präsidenten, Generaldirektor Dr. Brennecke, sowie dem weiteren Vorstand und der Geschäftsführung, an der Spitze Landgerichtsrat a. D. Syndikus v. Stoephasius, den Dank der Kammer für die geleistete Arbeit aus. Dieser Dank wurde auch durch die einstimmige Wiederwahl zum Ausdruck gebracht. Es wurden gewählt:

Präsident Generaldirektor Dr. Brennecke, Gleiwitz,

1. Stellvertreter Generaldirektor Mälzig, Oppeln,

2. Stellvertreter Stadtrat Theodor Hanel, Neustadt.

Als Sachverständiger für feuerfeste Erzeugnisse wurde Direktor Max Kergel, Gleiwitz, als Sachverständiger für Zement, Kalk und andere Baumaterialien sowie für Kohle und Brennstoffe wurde Betriebsdirektor i. R. Hermann Fuhrmann, Oppeln, als Handelsmakler beim oberschlesischen Produktenmarkt Kaufmann Felix Wiener, Gleiwitz, vereidigt. Als Handelsgerichtsräte für das Landgericht Beuthen wurden Direktor Johannes Robert in Beuthen und Kaufmann Georg Reichmann, Beuthen, und als Handelsrichter Kaufmann Müller, Beuthen, und Kaufmann Guttmann, Beuthen, gewählt.

Ferner war die Amtszeit der neugewählten Kammermitglieder: Kommerzienrats Niedt, Breslau, Kommerzienrats Pinkus, Neustadt, und des Ehrenpräsidenten Generaldirektors Dr. Hoffmann, Oppeln, abgelaufen. Die Versammlung wählte diese Mitglieder wieder.

Den Rechenschaftsbericht für 1931/32 erstattete Landgerichtsrat a. D. Syndikus von Stoephasius. Durch höhere Einnahmen sowie Einsparungen konnte ein Ueberschuß von 91 000 Mk. erzielt werden, von denen 90 000 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Als Kassenkurator wurde Dr.-Ing. Rosenstein, Neiße, und als Rechnungsprüfer Direktor Gumpert, Ziegenhals, und Kaufmann Konietzko, Oppeln, wiedergewählt.

Generaldirektor Dr. Brennecke zur Wirtschaftslage

In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer gab Kammerpräsident Generaldirektor Dr. Brennecke einen Rückblick auf die Wirtschaftslage im vergangenen Jahr und führte hierbei aus, daß es wiederum ein Jahr schwerster Depressionen der deutschen Wirtschaft gewesen ist, daß es aber doch in seiner zweiten Hälfte eine Reihe von Anzeichen hat erkennen lassen, die mindestens auf einen Tendenzumschwung hindeuten. **So ist die ständige Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die bis etwa 1932 festzustellen war, seitdem einer leichten Entlastung gewichen;** die industrielle Erzeugung hat sich im letzten Vierteljahr, wenn auch nicht stark, so doch etwas gehoben, und

der Geldmarkt

zeigte eine beginnende Verflüssigung, ebenso wie auch am Kapitalsmarkt eine gewisse Konsolidierung eingetreten ist. Auch die Insolvenzziffern sind gegenüber 1931 zurückgegangen. Eine ähnliche, aber schon früher und stärker einsetzende Entwicklung ist im letzten Jahre auch in der gesamten Weltwirtschaft bemerkbar gewesen. Die Ursachen für diese leichte Besserung sind in erster Linie auf das Lausanner Reparationsabkommen 1932 zurückzuführen. Immer wieder mußten wir in den letzten Jahren bei einer Betrachtung unserer Wirtschaftsentwicklung die Reparationszahlungen als die letzte Ursache unserer Nöte erkennen, denn auch in der Form des Young-Planes waren diese Tribute für die Wirtschaft untragbar und konnten nur durch die ausländischen Kredite verschleiert werden. Der durch die Zurückziehung der Kredite sodann ausgelöste Ansturm auf die deutschen Banken, den wir 1931 erlebt haben, zeigte dann die wirtschaftliche Unvernunft der Reparationen sowie ihre Bedeutung als Störungszentrum, nicht nur für die deutsche, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft, deutlich aller Welt. So fiel dem Jahre 1932 als vordringlichste Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik

die Lösung der Reparationsfrage

zu. Wenn auch das im Juli 1932 abgeschlossene Lausanner Abkommen hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist, so ist doch immerhin ein erheblicher Fortschritt in finanzieller Hinsicht erreicht worden. **Wichtiger noch ist jedoch, daß der Lausanner Vertrag ausgesprochenermaßen mit einer Abschlußzahlung die Reparationen vollständig beenden soll. Die ganze Welt ist sich darüber klar, daß von Deutschland irgendwelche Reparationszahlungen auch in Zukunft nicht mehr gezahlt werden.**

Durch das Lausanner Abkommen sind zweifellos auch in Deutschland gewisse psychologische Antriebe zu der wirtschaftlichen Besserung ausgelöst worden, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gezeigt haben. **Diese Antriebe sind von der Regierung von Papen dazu benutzt worden, die privatwirtschaftlichen Kräfte zu entlasten und zu stärken. Da bei der überaus schlechten finanziellen Lage des Reiches eine unmittelbare Steuersenkung nicht möglich war, wurden die Steuergutscheine für Steuerzahlungen und Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern geschaffen, um**

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute früh mein geliebter, guter Mann, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel der

Kaufmann

Elias Simenauer

im 69. Lebensjahre.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an

Rosa Simenauer, geb. Riesenfeld
Else Wachsner, geb. Simenauer
Lutz Wachsner und
2 Enkelsöhne.

Breslau, den 24. Januar 1933.
Moritzstr. 14

Beerdigung Donnerstag, den 26. Januar 1933, 1½ Uhr, vom Friedhof Cosel.

*Es ist beabsichtigt, beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die **Eröffnung einer »Höheren Technischen Staatslehranstalt für Maschinenwesen in Gleiwitz«** zu beantragen, falls hierfür genügend Besucher zu erwarten sind. Anmeldungen künftiger Besucher an den Oberstudien-Direktor der Technischen Staatslehranstalt für Maschinen- und Hüttenwesen in Gleiwitz umgehend erbeten. — Nähere Erläuterungen enthält der redaktionelle Teil dieser Zeitung.*

Der Magistrat der Stadt Gleiwitz

Am 22. d. Mts. verstarb in Gleiwitz, wo er im Ruhestande lebte, im 69. Lebensjahre unser langjähriger Registrator

Herr Büro-Oberinspektor

Franz Geron

Der Verstorbene gehörte unserer Gesellschaft von 1883 bis 1927 an und hat sich während dieser langen Dienstzeit durch Pflichttreue und Arbeitsamkeit in hohem Maße die Anerkennung seiner Vorgesetzten und den Dank der Gesellschaft erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Lipiny, den 23. Januar 1933.

Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb.



Arbeitsbeschaffungsprogramm (Sofortprogramm) Provinzialstraßen.

Für Herstellung von Innentränkungen, Steinbahnverbreiterungen, Beton-, Teerbeton- und Pflasterdecken sowie Anfuhr der Materialien auf den Provinzialstraßen können etwa ab 26. 1. 1933 Angebotsunterlagen, solange der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Unkosten von den Landesbauämtern Ratibor, Gleiwitz und Oppeln bezogen werden.

Die Eröffnung der abgegebenen Angebote findet beim
Landesbauamt Oppeln am 2. 2. 1933 um 9 Uhr,
Landesbauamt Gleiwitz am 2. 2. 1933 um 12½ Uhr,
Landesbauamt Ratibor am 2. 2. 1933 um 16 Uhr
statt.

Ratibor, den 24. Januar 1933.

Der Landeshauptmann von Oberschlesien.

Unübersichtliche Zuschläge für die Einkommenbesteuerung

Oppeln, 24. Januar.

Da die geltende Einkommenbesteuerung infolge der vielen verschiedenartigen Zuschläge überaus unübersichtlich geworden ist, setzte sich die Industrie- und Handelskammer für eine Vereinfachung ein, die ohne Mehrbelastung der Steuerpflichtigen durchzuführen ist. Weiterhin trat auch die Kammer den Bestrebungen auf Einführung eines Verbots des Abzuges von Konjunkturverlusten sofort entgegen, da eine derartige Regelung einen völligen Umsturz in der Besteuerung der gewerblichen Betriebe aus rein fiskalischen Gesichtspunkten bringen würde. Die Weiterverfolgung dieses Gedankens ist auch unterblieben. Zur Festsetzung der Richtsätze für die Einkommensteuer der nichtbuchführenden Gewerbetreibenden setzte sich die Industrie- und Handelskammer für eine durchgreifende Senkung dieser Sätze ein und wies auf den zweifelhaften Wert derartiger Richtlinien bei der Entwickelung der Wirtschaftslage der vergangenen Jahre hin. Sie begründete es damit, daß die Umsätze sowohl wert- wie mengenmäßig zurückgegangen seien, während die Unkosten sich nicht entsprechend herabdrücken ließen. Die somit relativ zunehmende Kostenbelastung würde daher neben anderen Gründen wie Verlusten an Lagerbeständen, starken Ausfällen bei den Außenständen usw. in vielen Betrieben einen Gewinn ausgeschlossen haben, sodaß die Richtsätze kein zutreffendes Bild ergeben und das Schwergewicht in erster Linie auf die individuelle Veranlagung zu legen sei.

---

der Wirtschaft mit neuen Mitteln neue Kraft zum Aufstieg zu geben und zugleich die künftige Steuersenkung vorzubereiten, die eine Wirtschaftsbesserung und das von ihr abhängige Wiederansteigen der steuerlichen Einkünfte zur Voraussetzung hat. Zur Wiederbelebung sind auch die öffentlichen Arbeiten bestimmt, die gleichfalls das Papen-Programm vorgesehen hat.

Die deutsche Wirtschaft, die ein Glied der Weltwirtschaft ist, hat ein lebenswichtiges Interesse an einer Bereinigung aller dieser Probleme, mit denen sich die für 1933 in Aussicht genommene Weltwirtschaftskonferenz zu befassen haben wird. Die Weltwirtschaftskonferenz soll auch zu einem Abbau der auf dem Gebiete der Handelspolitik geschaffenen Hemmungen des zwischenstaatlichen Verkehrs, der Zölle, Einfuhrverbote, Kontingentierungen und ähnlicher Maßnahmen die Wege weisen. Im Mittelpunkt der inneren Wirtschaftspolitik steht nach wie vor die

Ordnung der öffentlichen Finanzen.

Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung den in sie gesetzten Erwartungen auf den kommenden Wiederaufstieg entsprechen wird, wird nicht verzichtet werden dürfen, durch strengste Sparsamkeit auf eine weitere Beschränkung der Ausgaben hinzuwirken und jedenfalls neuen Belastungen vorzubeugen. Zu diesem Zweck wird auch

die Verwaltungsreform

fortzusetzen sein, wobei auch die kommunalen Finanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und durch die beschleunigte Regelung des Finanzausgleichs zu sanieren sind. Die Aufgabe der Kammer wird es sein, nach Kräften an der Lösung der zahlreichen schwierigen Aufgaben mitzuarbeiten. **Daneben wird sich die Kammer mit besonderem Nachdruck für Verbesserung der Existenzbedingungen unserer oberschlesischen Wirtschaft einsetzen.** Bisher hat Oberschlesien den aufsteigenden deutschen Entwicklungen nur in einem bald größeren, bald kleineren Abstand folgen können. Dagegen haben sich wirtschaftliche Notzeiten bei uns stets besonders ausgeprägt. So ist denn auch das Jahr 1932 für unsere Provinz ein Jahr schwersten wirtschaftlichen Drucks gewesen, und die Anzeichen einer künftigen Erholung sind, wenn sie auch in unserer Wirtschaft nicht ausgeblieben sind, im ganzen recht begrenzt geblieben. Im Auslandsabsatz unserer Industrien sind außer den Hemmungen des internationalen Verkehrs wiederum die weiten Entfernungen zu den deutschen Seehäfen verschlechternd in Erscheinung getreten.

Im Absatz nach Deutschland haben die hohen Frachtkosten das bei der schwachen Nachfrage schwere Geschäft noch schwieriger gestaltet.

Die schlechte Lage der Industrie und die vielleicht noch schlechtere der Landwirtschaft führten zu einem ständigen Absinken der Kaufkraft der Bevölkerung, sodaß auch der Einzelhandel über ein stets schrumpfendes Geschäft bei sinkenden Preisen zu klagen hatte. Besonders bedrängt war die Lage der oberschlesischen Eisenindustrie. Unter den Auswirkungen dieser Einstellung, aber auch infolge der allgemeinen Ungunst der Wirtschaftslage der vergangenen Jahres weist die Produktionsstatistik der Eisenindustrie wiederum stärkste Einbußen auf. Kaum günstiger lagen die Verhältnisse in Zink- und Bleierzgruben und Steinkohlenbergbau, wobei seit 1929 eine rückläufige Bewegung der Förderung zu verzeichnen ist.

In dieser Lage erscheint eine besondere Berücksichtigung Oberschlesiens bei den nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu vergebenden Arbeiten von größter Bedeutung.

Dabei werden auch die oberschlesischen Firmen noch mehr, als dies in der Vergangenheit bei Vergebung der öffentlichen Aufträge zu erreichen war, berücksichtigt werden müssen. Ueberblicken wir noch die Auswirkungen des Osthilfegesetzes von 1931, so hat im vergangenen Jahre bei uns wie im ganzen deutschen Osten

die Kleinbetriebe so vergrößert werden, daß sie selbständige Ackernahrung liefern könnten.

---

die landwirtschaftliche Um- und Entschuldungsaktion zu lebhaften und begründeten Klagen Anlaß gegeben.

Sie ist in der Form, die sie in der Sicherungsverordnung vom November 1931 erhalten hat, zu einer einseitigen schweren Belastung der Gläubiger geworden, da die ursprünglich vorgesehene Barabfindung der Gläubiger auf geringe Bruchteile ihrer Forderungen zusammengeschrumpft ist. Es muß daher verlangt werden, daß **die Forderungen des Handels und der Industrie ebenso von Reichs wegen abgelöst werden, wie es für die Genossenschaftsforderungen bereits geschehen ist.** So wenig wir die angespannte Lage der Reichsfinanzen verkennen, so sollte doch nichts unversucht gelassen werden, um die Kredithilfe auch für den nichtlandwirtschaftlichen Teil der oberschlesischen Wirtschaft zu vergrößern.

Mit einer Fülle von Wünschen gehen wir in das Jahr 1933. Möge es der jetzigen Regierung gelingen, das Ziel einer Besserung zu erreichen, dann dürfen wir auf einen wenn auch allmählichen Wiederaufstieg hoffen.

Das ethische Ziel des Siedlungsgedankens

Abschluß der Siedlungstagung katholischer Geistlicher

(Eigener Bericht)

Beuthen, 24. Januar.

Auch der zweite Tag der Siedlungskonferenz katholischer Geistlicher brachte in der Oeffentlichen Arbeitsgemeinschaft eine ganze Serie von Vorträgen, die sich mit der Siedlungsfrage auseinandersetzten und sich für ihre Verwirklichung aus religiösen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt nationalen Gründen aussprachen. Ueber den **katholischen Siedlungsdienst und seine Organisation** unterrichtete der erste Vortrag von Dr. Wizinger, Berlin, der eingehend den Aufbau und die praktische Tätigkeit des Verbandes „Wohnbau und Siedlung" schilderte. Im Sinne der Caritas als Dienst am Menschen setze sich die katholische Kirche für die Siedlungsbewegung ein, mit deren Hilfe ein gesunder Entproletarisierungsprozeß eingeleitet werden solle. Nach seiner Ueberzeugung könnten in Deutschland

etwa 300 000 bis 400 000 Siedlerstellen

geschaffen werden, von denen allerdings 190 000 den Landarbeitern im Siedlungsgebiet zugewiesen werden müßten. Sehr beachtlich waren auch die Ausführungen des Redners über die Berufsnot der deutschen Jugend, die gewisse gesellschaftliche Vorurteile aufgeben und sich dem Siedlungsgedanken zuwenden müsse. Höchstes sittliches Ziel dieser Bewegung sei, die materielle und seelische Not lindern zu helfen.

Das für unser oberschlesisches Industriegebiet wohl wichtigste Problem, die **städtische Siedlungsfrage in ihren verschiedenen Formen,** behandelte der Geschäftsführer der Wohnungsfürsorgegesellschaft für Oberschlesien, Dr. Immenkötter, Oppeln, in seinem Vortrage über

Stadtrandsiedlung und die Nebenerwerbssiedlung

Er ging davon aus, daß bis 1930 in Oberschlesien 62 000 Wohnungsbauten — 60 Prozent davon als Flachbauten und vielfach als Reichsheimstätten — erstellt werden konnten, in denen etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung der Provinz, nämlich ungefähr 240 000 Menschen, untergebracht werden konnten. Die durch die Notverordnung vom Oktober 1931 angeordnete Form der Stadtrandsiedlung mit Landzulage solle nur Erwerbslosen zugute kommen, die Aussicht auf Wiederbeschäftigung haben, also der öffentlichen Fürsorge nicht ständig zur Last fallen. **Insgesamt wurden in Oberschlesien bis jetzt 717 dieser Siedlungen mit einer Ausgabe von 2 500 Reichsmark für jede angelegt. Beuthen-Stadt führt dabei mit 160 Stadtrandsiedlungen.** Im Landkreis Beuthen und Gleiwitz konnte noch dazu je eine Schule für diese Siedlungen errichtet werden.

Dr. Immenkötter erörterte dann an zwei Grundrissen die Anlage der Beuthener Siedlungen. Er bejahte auch die Schaffung der neuen Nebenerwerbs- oder Halbschicht-Siedlungen für unser Industriegebiet. Durch die Einführung von Kurz- bezw. Halbschichten soll in den Betrieben die doppelte Anzahl von Erwerbslosen eingestellt werden. Der Lohnausfall soll durch die Bodenerträgnisse der Nebenberufssiedlung und durch das billige eigene Wohnen ausgeglichen werden. Die Siedlung müsse etwa 3—5 Morgen bestellbares Land umfassen, je nach der Güte des Bodens. Die für die Betriebe durch die Doppeleinstellung entstehenden Nachteile würden durch die bessere Qualität des Arbeiterstammes, der auch nicht mehr allen Konjunkturschwankungen schutzlos preisgegeben sei, aufgehoben werden. Die Herstellungskosten für eine derartige Nebenerwerbssiedlung würden ungefähr 6 000 bis 7 000 RM. betragen. In Berlin seien Beratungen über diese neueste Siedlungsform, die die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen könnte, im Gange, — eine Denkschrift sei vorbereitet. Auf der anderen Seite müßten auf dem Gebiete der ländlichen Siedlung

die Kleinbetriebe so vergrößert werden, daß sie selbständige Ackernahrung liefern könnten.

Wie wichtig dieser Ausbau wäre, gehe daraus hervor, daß in Oberschlesien **immerhin noch 10 000 ländliche Familienväter die industriellen Arbeitsstätten aufsuchen.** Für die Erweiterung der Landarbeiterheime, von denen in Oberschlesien bereits 3 500 bestehen, seien die Mittel schon zur Verfügung gestellt. Das bevölkerungspolitische Ziel aller Maßnahmen müsse eine

starke Bevölkerungsvermehrung auf dem Lande

anstreben, um die Arbeitslosigkeit in den Städten abzudämmen.

Im letzten Vormittags-Vortrage gab Dr. Theiß, Freiburg i. Br., nochmals einen interessanten **Einblick in die erste kath. Jugendgemeinschaftssiedlung in Brasilien.** Die Idee der Jugendgemeinschaftsbildung habe Kaplan Beil bewogen, das Experiment zu wagen; die durchaus günstigen Erfahrungen haben diesen Versuch gerechtfertigt. Die körperliche und geistig-seelische Auswahl sei für diese „Soldaten des Spatens" sehr streng, nur die Elite sei geeignet. Unter straffer Führung werde der Vorbereitungsdienst durchgeführt. Drüben in Brasilien, in der Siedlung „Heimat" in Timbo bei Blumenau, in der bereits von 600 000 Deutschen bewohnten Provinz Santa Catharina, würde unter der Anleitung erfahrener und landeskundiger Kolonisten gesiedelt. Vom ersten Tage an würden die jungen Siedler sorgsam betreut. Fern von der Heimat, die ihnen zu diesen günstigen Bedingungen keinen Raum geben könne, würden auch diese jungen Pioniere, deren Gemeinschaft nach 2 Jahren in eine Genossenschaft übergeführt werde, das Deutschtum stärken und auffrischen helfen. Am künftigen großen Aufstieg Südamerikas könnten so auch deutsche Kräfte zum Wohle des Vaterlandes mitarbeiten!

Die wieder sehr zahlreichen Hörer und Hörerinnen spendeten allen 3 Rednern starken Beifall. In der Aussprache wurde noch diese und jene Einzelheit geklärt. Der Theorie schloß sich die Praxis mit einer Besichtigung der Beuthener Stadtrandsiedlung an.

Freiwilliger Arbeitsdienst und Siedlung

Der Nachmittag brachte dann den Abschluß der Arbeitstagung, die die Bedeutung des Siedlungswesens als deutsche Schicksalsfrage eindringlich herausgestaltete und nach allen Seiten hin beleuchtete, mit den letzten drei Vorträgen, die die wichtige **Beziehung zwischen Freiwilligem Arbeitsdienst und Siedlung** behandelten.

Dr. Konrad Theiß sprach über den von ihm organisierten katholischen FAD. in Baden und über das tiefe Erlebnis der Kameradschaft, das die jungen Menschen zusammenbindet. Wesentlich sei aber die Schaffung eines guten Arbeitslagers unter einem vorzüglichen Führer. Neben der gemeinsamen körperlichen Arbeit und der geistigen Schulung durch Kurse usw. sei die seelische Erfassung besonders wertvoll. Mit einem neuen inneren Fundus konnten die Kameraden wieder entlassen werden. Das ganze Lager wurde jeweils in Gruppen zu 25 Mann aufgeteilt. Der Andrang von Freiwilligen ist so stark, daß wir keine Arbeitsdienstpflicht mehr brauchen. Der Geschäftsführer des kath. Arbeitswerkes in Baden schloß mit einem Einblick in das Organisatorische und mit werbenden Worten für den Film „Kameraden im Arbeitsdienst" aus den kath. Arbeitslagern.

Assessor Speer, Ratibor, wies im folgenden Vortrag auf die moralische Verpflichtung hin,

für die Arbeitsfreiwilligen nach ihrer Entlassung aus dem Lager zu sorgen.

Leider habe sich die ländliche Bevölkerung in Oberschlesien vom FAD. ziemlich zurückgehalten. Die Kameraden müßten zunächst bei landwirtschaftlichen Spezialarbeiten eingesetzt werden, landwirtschaftliche Unterführer in den Lagern und eine Siedlerschule die jungen Menschen vorbereiten.

Etwa 5 Prozent des Menschenmaterials seien für die Siedlung geeignet.

In Oberschlesien hätten sich die kath. Kreise leider zu spät mit dem FAD. befaßt. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß der FAD. in Oberschlesien als Massendienst aufgezogen werden mußte. Bis zum Frühjahr dürfte jedoch die Organisation eingerichtet sein. Die Führerfrage mache gleichfalls noch Sorgen. Die besten Lagerführer bisher waren Techniker. Besonders schwierig liegen die Dinge aber bei den oberschlesischen Arbeitskameraden selbst, da unsere Arbeiterjugend geistig eine zu gedrückte Einstellung hat. Nicht zuletzt erweckt die Zweisprachigkeit Minderwertigkeitsgefühle. Jede Disziplin wird als Militarismus, als Zwang angesehen. Alles in allem müsse die Arbeit hier etwas massiver als anderswo sein und von der Bevölkerung mehr gestützt werden.

In der von Pater Dietz, der auch diese Vortragsreihe umsichtig leitete, eröffneten

Aussprache

wurden ohne Beschönigung die oberschlesischen Schwierigkeiten, die sich aus dem Bevölkerungscharakter ergeben, noch näher gekennzeichnet und die Notwendigkeit des autoritären Auftretens betont.

Da Bezirkspräses Krettek, der über seine Erfahrungen in den Arbeitslagern Leobschütz berichten wollte, durch einen Autounfall verhindert wurde, klang die Tagung mit pädagogisch anregungsvollen Darlegungen von Dr. Schäfer, Breslau, über Siedlungsschulung, Umschulung und Bildung des Siedlungswillens aus.

Beuthen

Drei Angeklagte im Gerichtssaal verhaftet

Hart an versuchten Totschlag grenzt die Tat, wegen der am Dienstag die noch im jugendlichen Alter sich befindlichen Grubenarbeiter Anton Wieschalla, Stanislaus Jelen und Alfred Kostorz aus Bobrek vom Einzelrichter des Beuthener Amtsgerichts zur Verantwortung gezogen wurden. Der Angeklagte Jelen hatte am 1. November v. J. mit dem Zimmermann Münzer eine Auseinandersetzung, die auf dem Wege der Privatklage ihre Erledigung finden sollte. Weil Jelen dazu kein Geld hatte, so glaubte er sich sein vermeintliches Recht selbst verschaffen zu müssen. Er und die Mitangeklagten Wieschalla und Kostorz lauerten dem Münzer auf der Schalschastraße in Bobrek auf. Als Münzer der drei Angeklagten ansichtig wurde, ergriff er schleunigst die Flucht. Die drei Angeklagten waren aber sofort hinter ihm her, und Wieschalla, der ihn zuerst erreichte, sprang ihm auf den Rücken und hielt ihn so lange fest, bis Jelen hinzukam und ihm mit dem verkehrten Krückstock einen solchen wuchtigen Schlag auf den Hinterkopf versetzte, daß Münzer sofort bewußtlos zu Boden stürzte. Darauf versetzten alle drei dem am Boden Liegenden Fußtritte. Nach den Feststellungen des Arztes hätte der Verletzte durch die in das Gesicht erhaltenen Fußtritte beinahe das Augenlicht verloren. Für die an den Tag gelegte Bestialität muß jetzt jeder der drei Angeklagten neun Monate ins Gefängnis. Die Höhe der erkannten Strafe rechtfertigte auch den Beschluß, die Angeklagten, die sich noch auf freiem Fuß befanden, sofort in Untersuchungshaft zu nehmen.

*

* **Führungen durch die Ausstellung „Reichtum der Jugend".** Für die Lehrpersonen des Stadt- und Landkreises Beuthen finden an folgenden Tagen, um 16 Uhr, bei freiem Eintritt, Führungen durch die Ausstellung „Reichtum der Jugend im Oberschlesischen Landesmuseum statt: Am **26. 1.** durch Oberzeichenlehrer Boenisch; am **27. 1.** durch Oberzeichenlehrer Hoffmann; am **31. 1.** durch Oberzeichenlehrer Reginek; am **3. 2.** durch Oberzeichenlehrer Karguth. Im Anschluß an diese Führungen wird Professor Schmialek eine Sonderführung durch die Abteilung „Volksschule und vorschulpflichtiges Kind" übernehmen. Ferner wird auf den Vortrag von Dr. Abramowski, Breslau, über „Schöpferisches Gestalten im Leben des Kindes" am Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, im Lesesaal der Stadtbücherei, hingewiesen.

* **Evangelischer Handwerker- und Arbeiterverein.** Der Verein hielt seine Generalversammlung ab, in der der 2. Vorsitzende, Pastor Heidenreich, die zahlreich erschienenen Mitglieder herzlich begrüßte. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß es im Verein trotz der Wirtschaftskrise vorwärts gegangen ist. Alterspräside Trzeba leitete die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Pastor Heidenreich, 2. Vorsitzender Niewalde, 1. Schriftführer Tyroll, 2. Schriftführer L. Krüger, 1. Kassierer Loeckel, 2. Kassierer Schubert. Beisitzer: Dingethal, Janz, Wandrey, Mischok, Liebeherr, König und Polaske. Es wurde noch auf den am 12. Februar, abends 7 Uhr, stattfindenden Familienabend hingewiesen. Den Abschluß der Generalversammlung bildete, wie immer, ein gemütliches Beisammensein.

* **Grenzland in Not.** Heute, 20 Uhr, im Konzerthaus vaterländische Kundgebung unter Mitwirkung von Konzertsänger Kaufmann, Hindenburg, und der Bergkapelle der Karsten-Centrum-Grube. Es sprechen Frau Maria Lowack, Gleiwitz und Dr. Kleiner, MdR. (Siehe Inserat!)

* **Filmvortrag des ADAC.** Am heutigen Mittwoch gelangt um 20,30 Uhr im Saale des Hotels „Kaiserhof" im Rahmen eines öffentlichen ADAC.-Werbeabends der erfolgreiche Film von der ADAC.-Auslandstourenfahrt zur Vorführung. Dieser spannende Film führt die Zuschauer durch die schönsten Gegenden Bayerns, Tirols, der Schweiz und Italiens und zeigt schöne Naturaufnahmen, die sonnige Mittelmeerküste von Genua, Monte Carlo und Nizza. Die sportlichen Leistungen der 800 Teilnehmer an dieser Fahrt, die rasch wechselnden Eindrücke von Land und Leuten, der Gegensatz zwischen tiefverschneiten Bergpässen in der Schweiz und der sonnigen Blütenpracht an der Riviera geben dem Film einen besonderen Reiz. Ein weiterer Film, „Das stählerne Pferd", führt im raschen Tempo den Werdegang des Motorrades und interessante Rennszenen vor. Ferner läuft ein dritter Film, „ADAC.-Berg-Rekord", vom Freiburger Bergrennen. Der Eintritt ist kostenlos.

* **Elternabend.** Die Handels- und Höhere Handelsschule veranstaltet am Donnerstag, dem 2. Februar, 19.45 Uhr, im Schützenhaussaal einen Elternabend. Ehemalige Schüler, Bekannte und Freunde sind eingeladen.

* **Männergesangverein „Liedertafel".** Der Verein hielt im Vereinslokal Konzerthaus seine fällige Jahreshauptversammlung ab. Nach der Berichterstattung des Schriftführers, Notenwarts, der Kassierer gab Chormeister Ullmann eine kurze Jahresrückschau. Nach Entlastung des Vorstandes übernahm als Alterspräside Sangesbruder Langer die Führung und Einleitung der Neuwahl. Aus dieser gingen hervor: Steinsetzmeister Kucharczyk 1. Vorsitzender, Lehrer Ullmann 1. Chormeister, Buchdrucker Herm.

Reichsgründungskommers des Breslauer CV.

Breslau, 24. Januar.

Unter Leitung der vorsitzenden Verbindung Greiffenstein fand zum ersten Male ein gemeinsamer Reichsgründungskommers des gesamten Breslauer CV. im großen Saale des St.-Vinzenz-Hauses statt Der Leiter des Kommerses, med. Friedrich, konnte als Gäste Vertreter der Universität, der Regierung, des Polizeipräsidiums, des KV., des UV. und des RKDB. begrüßen und gab bekannt, daß dieser Kommers fortan Tradition für den Br. CV. sein werde. AH.-Universitätsprofessor Dr. Dürken trat in seiner Rede als Vertreter der Universität in warmen Worten für den vielfach angefeindeten Rektor ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Studentenschaft und Dozentenschaft in gemeinsamer Arbeit wieder zueinander finden möchten. Der Festredner, AH.-Landesassessor Dr. Tyczka, Greiffenstein, hatte seine Rede unter das zeitgemäße Motto „Burschen heraus" gestellt und wies als Kenner ostoberschlesischer Verhältnisse **auf das stille Heldentum der Auslandsdeutschen hin, die den leider nur zu oft uneinigen Reichsdeutschen in ihrem Glauben an Deutschland Vorbild sein können. Des Deutschlandliedes letzte Strophe „Und im Unglück nun erst recht" und ein donnernder Salamander auf Deutschland waren Ausdruck der unbedingten Hingabe an das Vaterland.** Der Kommers nahm weiter einen würdigen Verlauf und schloß unter den erhebenden Klängen des Flaggenliedes.

Poleska 2. Chormeister, Tapezierer Steier 1. Kassierer, Verw.-Beamte Knappe 2. Kassierer, Tischlermeister K. Paul Geselligkeitswart. Als Archivare Vogel und Klose, als Beisitzer Markowski, Pogrzeba, Grabka, Jenczmyk und Chromik. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden als größere Unternehmungen für das kommende Jahr festgelegt: Schon am 11. Februar ein Winterfest im Schützenhaus, ein Familienabend am 7. Mai, ein Ausflug zur 75-Jahr-Feier der deutschen Sänger nach Jägerndorf.

* **Jung-KKV.** Mi. (20) Ringabend mit Lichtbildervortrag: „Aus dem Beuthener Lande". Referent: W. Nawrath.

* **Sudeten-Gebirgsverein.** Mi. (20,15) Sitzung im Stadtkeller.

* **Grün-Gold, Skiabteilung.** Mi. u. Do. Abfahrt Trinitatiskirche (2,15).

* **Beuthen 09.** Mi. (Schule 5, Kurfürstenstraße) 18,30 Hallentraining für die Jugend, 20,00 Hallentraining für die Senioren. Do. (Konzerthaus) 19,30 Mannschaftsabend für die Jugend, 20,30 Mannschaftsabend für die Senioren.

Mikultschütz

* **Schlesische Bühne.** Zu einem einmaligen Gastspiel trifft am 2. Februar die „Schlesische Bühne" ein. Zur Aufführung gelangt „Bargeld lacht" von Obermeyer und Cammerlohr.

* **Marineverein.** Der Verein hielt im Schlesierhaus seine diesjährige Generalversammlung ab Kamerad Foltis wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt. Im übrigen erfuhr die Zusammensetzung des Vorstandes keine Aenderung.

* **Stenographen-Verein.** Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß der Verein auch im vergangenen Vereinsjahr reich an Erfolgen war. In 91 Uebungsabenden übten und bildeten sich die Mitglieder fort und erwarben wiederholt Lob und Anerkennung. Der neugewählte Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Paul Hermann, 2. Vorsitzender und technischer Leiter Hans Mzyk, 1. Kassierer H. Tichauer, 2. Kassierer und 2. Schriftführer W. Kubitzki, 1. Schriftführer A. Maciol, 1. Uebungsleiter G. Schiewietz, 2. Uebungsleiter K. Schikora, Jugendleiterin Marta Rembatz, Jugendleiter V. Platlik, Beisitzer: Raimund und Agnes Wlochowitz, Mory, Gidziella und Jendryssek. Nach Aufnahme zweier neuer Mitglieder wurde die Abhaltung eines Wintervergnügens am 25. Februar beschlossen.

Bobrek-Karf

* **Reichsgründungsfeier des Kriegervereins.** Der erste Monatsappell im neuen Jahr war der 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages gewidmet. Es war eine Weihestunde, stark besucht von Kameraden und Jungmännern des Kriegervereins, von Mitgliedern des Turn-, Gesang-, Haus- und Grundbesitzervereins, der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, der Ortsgruppe der Kb. und Kh. des DRKB. „Kyffhäuser" und der Ortsgruppe des Landesschützenverbandes Oberschlesiens, die mit ihren Fahnen den Festsaal im „Tivoli" schmückten. Die Gemeinde war durch ihren Bürgermeister, Oberregierungsrat Dr. Wichmann, vertreten. Nach einem von Frl. Scholz vorgetragenen Prolog ergriff der 1. Vereinsvorsitzende, Bergverwalter Schmidt, das Wort zu einer ergreifenden Festrede, in der ein anschauliches Bild von dem Aufstieg Deutschlands nach 1871 bis 1914 wiedergegeben wurde. Ganz besondere Worte widmete der Vereinsleiter den Jungmännern. Er betonte, daß die Jugend dazu berufen ist, die Lücken in den Kriegervereinen auszufüllen und dafür zu sorgen hat, daß unser Vaterland in der Welt wieder eine machtvolle Stellung einnimmt. Mit der Parole, in Gesinnung und Wollen zum Vaterland stark, deutsch und treu zu bleiben, der unerschütterliche Soldatenglaube an die Zukunft des deutschen Volkes und seiner Nation auch im Jahre 1933 der Leitstern des Kriegervereins sein soll und die alten Soldatentugenden, Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung, weiter die Richtschnur unseres Handels bleiben, schloß die mit Beifall aufgenommene, eindrucksvolle Festrede mit einem Gruß und Treugelöbnis an das deutsche Volk, an Deutschland, unser Vaterland, für das wir leiden, worauf das Deutschlandlied ausklang.

Sodann wurden den Kameraden Franz Arndt und Robert Stroba, die sich um das Kriegervereinswesen verdient gemacht haben, das Kriegervereins-Ehrenkreuz 2. Klasse verliehen. Ein sehr abwechslungsreiches Programm, Gesangsvorträge vom Gesangverein Karf, unter Leitung von Lehrer Glauer, flotte Armeemärsche, gespielt vom Trommler- und Pfeiferkorps, sorgte für beste Unterhaltung.

---

2. Tag des Hansabank-Prozesses

Wie Pinoli 1300000 Mark erhielt

Wußten Aufsichtsratsmitglieder von diesem Kredit?

„Das ist ein faules Geschäft"

(Eigener Bericht)

Oppeln, 24. Januar.

Am zweiten Verhandlungstage im Hansabank-Prozeß wurde Morawietz über den Pinoli-Kredit vernommen. Der frühere Bankdirektor der Hansabank verteidigt sich damit, daß der Pinoli-Kredit, der am Schluß 1 300 000 Mark betrug, ein Beuthener Geschäft gewesen sei, für das ausschließlich Bankdirektor Chmielus **zuständig war. Der Aufsichtsratsvorsitzende Kaluza habe übrigens von diesem Kredit gewußt. Es kommt zu abwechslungsreichen Wortspielen zwischen dem Vorsitzenden, dem Staatsanwalt und Morawietz,** in das sich auch die Verteidiger und die angeklagten Aufsichtsratsmitglieder einschalten. Besonders der Aufsichtsratsvorsitzende Kaluza macht immer wieder geltend, daß ihm vor der denkwürdigen Aufsichtsratssitzung nichts über die Höhe des Pinoli-Kredites bekannt gewesen sei, was andererseits wieder Morawietz, der sich einen geschickten Verteidigungsplan zurechtgelegt hat, ebenso energisch zurückweist und zu widerlegen versucht. Es blieben viele Zweifelsfragen, die erst durch die Zeugenvernehmungen in den nächsten Tagen geklärt werden.

Das Interesse am Hansabank-Prozeß, der sich in äußerst ruhiger und sachlicher Form abwickelt, war am zweiten Tag etwas stärker geworden. Man darf wohl mit großem Andrang im Zuhörerraum an den Hauptverhandlungstagen rechnen, wenn es zu Gegenüberstellungen der Angeklagten mit den Zeugen kommt.

Verhandlungsbericht

Vors.: Warum haben Sie in der Bilanz das Inventar nicht genügend abgeschrieben?

Morawietz: Es sind immer die notwendigen Abschreibungen vorgenommen worden.

Staatsanwalt: Gegenstände wie die Schreibmaschinen hätten in ganz anderem Maße abgeschrieben werden müssen.

Morawietz: Darüber, ob zu wenig oder zu viel abgeschrieben wurde, kann man streiten.

Das Gericht wandte sich dann der Vernehmung zum Kredit an Pinoli zu.

Vors.: Sie sind beschuldigt, Morawietz, in der Aufsichtsratssitzung

das Konto Pinoli

falsch dargestellt zu haben. Sie sollen gefragt worden sein, wieviel Pinoli schuldig sei und ob es richtig sei, daß Sie einen Kredit nach Polen gegeben haben. Sie sollen gesagt haben, es sei richtig, Sie hätten einen Kredit von 750 000 Mark gegeben. Tatsächlich hat Pinoli noch 500 000 Mark Wechselschulden gehabt. Das haben Sie verschwiegen.

Morawietz: Ich habe das nicht absichtlich verschwiegen. Vor der Sitzung kam Chmielus und sagte, Kaluza ließe mir mitteilen, er würde versuchen, die Angelegenheit Pinoli nicht zur Sprache zu bringen, und er ließe mich bitten, von mir aus ebenfalls das Konto Pinoli nicht zur Sprache zu bringen. Darauf habe ich Chmielus gesagt, das Konto Pinoli gehört zum Beuthener Geschäft. Ich habe an sich mit der Berichterstattung nichts zu tun. Wenn ich aber gefragt werden sollte, werde ich nicht ausweichen und das Konto zur Sprache bringen. In der Sitzung hat Herr Sadlo den Pinoli-Kredit nach dem Eisner-Geschäft angeschnitten. Ich hätte nicht geantwortet, wenn Chmielus im Saale gewesen wäre. Er war aber nicht, sondern kam später. Die Herren vom Aufsichtsrat verlangten Auskunft. Ich sagte, ich könnte darüber bis in die Einzelheiten keine Auskunft geben, weil es eine Beuthener Angelegenheit sei, die nicht zu meinem direkten Arbeitsbereich gehöre. Ich müßte die Akten zur Hand haben.

Ich gab nur an, daß der Kredit nicht 250 000 Mark, sondern 750 000 Mark ausmache.

Inzwischen war Chmielus gekommen. Er wurde nach den Akten geschickt und kam nach einer Weile ohne den Band zurück. Der Aufsichtsrat wollte einen Bericht ohne Akten nicht haben. Die Sitzung wurde abgebrochen und um acht Tage vertagt. Zur Wechselschuld Pinolis sagte Morawietz: „Es bestand leider in der Hansabank der Brauch, daß bei Nennung des Standes eines Kunden die Wechselschuld nicht angegeben wurde. In der Aufsichtsratssitzung am 1. April 1931 hat Chmielus dann über den Pinoli-Kredit berichtet. Ich war an der Berichterstattung nicht beteiligt. Ich war aber in der Sitzung. Das Protokoll über diese Sitzung hat folgenden Schlußsatz:

Der Aufsichtsrat hat von dem Darlehn Pinoli Kenntnis genommen, ohne die Darlehnsgebung zu genehmigen.

Vors. zu Morawietz: Wann hat der Aufsichtsrat von den 500 000 Mark Wechselschulden Pinolis erfahren?

Morawietz: Das weiß ich nicht. Ganz genauer Bericht über das Konto Pinoli wurde erst später, am 23. April oder 1. Mai, gegeben.

Kaluza antwortet auf Morawietz' Angaben, ich habe mit Chmielus darüber überhaupt nicht gesprochen. Kurz vor dem 23. März wurde mir darüber etwas auf der Straße gesagt. Ich habe das sofort Czaja mitgeteilt. In der Sitzung kam dann die Anfrage von Sadlo.

Morawietz: Ich muß der Darstellung des Angeklagten Kaluza widersprechen, daß er erst kurz vor der Sitzung von dem Pinoli-Kredit erfahren haben soll.

Ich habe selbst mit Kaluza darüber gesprochen. Auch hat er mit Chmielus darüber verhandelt.

Ich habe bereits Ende Dezember 1929 oder Anfang Januar 1930 mit Kaluza darüber gesprochen. Kaluza kam zu mir. Ich habe ihm damals schon den Kredit mit 750 000 Mark beziffert. Chmielus war damals im Augenblick nicht da, und ich habe Kaluza gesagt, er sollte einen Augenblick warten.

Kaluza weist die Aussage Morawietz' zurück.

Morawietz: Herr Knuth wird das bestätigen können, daß die Unterredung im Jahre 1930 stattgefunden hat.

Vors.: Um den Fall Eisner haben Sie sich gekümmert?

Morawietz: Das war ein Filialgeschäft, nach der Dienstanweisung also mein Ressort.

Vors.:

„Wovon lebte Pinoli?"

Morawietz: Wahrscheinlich von dem Gelde, das er von der Hansabank erhalten hat. Von der Jagd, die er im Kreise Leobschütz besaß, hatte er sogar einen Ueberschuß herausgewirtschaftet.

Vors.: Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß Pinoli mehr Geld verlangte als er verbrauchen konnte?

Morawietz: Chmielus hat sich wiederholt Lohnlisten u. a. zeigen lassen.

Morawietz' Anleiheverhandlungen hatten zum Ziele, Geldgeber **für das Werk** zu interessieren. Er hatte, wie er sagt, keine Bedenken, in einen Vertragsentwurf für seine gutachtliche Tätigkeit als Bankmann bei der Beschaffung von Geld 500 Pfund jährlich zu fordern. Daß er die Verhandlungen mit einem Herrn Teidelbaum als Privatmensch führte, haben seinen Grund darin, daß er Teidelbaum nicht mit der Hansabank offiziell in Verbindung bringen lassen wollte. Die Reise nach Wiesbaden zu Herrn T. sei eine große Anstrengung für ihn gewesen, da er innerhalb drei Tagen zurück war. Warum mit den Spesen der Wiesbaden-Reise nicht Pinoli belastet worden sei, wisse er nicht.

Morawietz: Die Aufsichtsratsmitglieder sind meines Wissens über die Sicherheiten von Palombini unterrichtet worden.

Staatsanwalt: Merkwürdigerweise sind die Uebereignungsverträge erst jetzt gefunden worden.

Vors.: Haben Sie eine Aeußerung getan, daß sie eine Versteigerung der Sachen nicht zugelassen haben?

Morawietz: Wir haben allerdings einen Teil der Sicherheiten Palombinis freigegeben, wie beispielsweise das Vieh.

Vors.: Warum haben Sie sich die Uebereignung so spät machen lassen?

Morawietz: Wir haben erst später eingesehen, daß es ein Unsinn ist.

Aufsichtsratsmitglieder zu den Stimmscheinen

Palluch: Wir haben uns zur Ausübung des Stimmrechts berechtigt gefühlt, nachdem Syndikus und Vorstand es gut geheißen haben. Ich weiß nicht, ob ich den Stimmschein einmal in der Hand gehabt habe, noch weniger, ob ich ihn gelesen habe.

Die anderen Aufsichtsratmitglieder machen ähnliche Aussagen. Morawietz bekundet, daß die Stimmkarten in die Hand gegeben worden sind.

Kaluza sagt aus, daß derjenige, der das Stimmrecht auf Grund der Namensaktien jeweils ausübte, nicht in besonderen Besprechungen benannt wurde.

Rechtsanwalt Wolff erkennt in der Handhabung der Stimmscheine auch dadurch eine reine Formalität, daß meist, infolge Einstimmigkeit, keine Abstimmungen stattfanden.

Das Gericht und die Verteidigung haben andere Ansichten über Blanko-Stimmscheine. Das Gericht stützt sich auf ein bei den Akten liegendes Gutachten der Industrie- und Handelskammer Berlin, die die Ausstellung von Blanko-Stimmscheinen nach irgendeinem Bankdepot für die betreffende Gesellschaft für unzulässig hält. Die Anwälte berufen sich auf den Brauch.

Wie Pinoli 1300000 Mark erhielt

Die Anklage wirft Morawietz vor, daß er hier absichtlich zum Schaden der Hansabank gehandelt habe. Er hatte keine Zustimmung des Aufsichtsrates zur Gewährung des Kredits. Morawietz erklärt zunächst, daß das wohl nicht versucht worden wäre, wenn wir geahnt hätten, daß das Geschäft einen solchen Umfang angenommen hat. Das Kreditgeschäft ist durch den Pinoli-Kredit nicht belastet worden. Die Hansabank erhielt damals gute Spargelder. Morawietz hat zu Beginn der geschäftlichen Beziehungen mit Pinoli, wie er sagt, gegenüber Chmielus geäußert, nach Ostoberschlesien Geld zu geben. Chmielus widersprach. **Die Sache wurde dem Verwaltungsrat vorgetragen, der den Blankokredit von 30 000 Mark genehmigt.** Die 30 000 Mark sollten der Vorfinanzierung des Bergwerksgeschäfts überhaupt und der Herbeischaffung eines Kredits des polnischen Staates dienen. Ueber Pinoli wurden der Bank günstige Auskünfte gegeben, erklärt Morawietz. Die Grube und das Erzvorkommen kamen in Sachverständigen-Gutachten gut weg. Im April 1931 hat Morawietz mit dem Aufsichtsrat über eine gemeinsame Fahrt nach Warschau gesprochen.

Vors.: Die Herren vom Aufsichtsrat sagen, daß Sie (zu Morawietz) das Visum nicht besorgt haben.

Morawietz: Das Visum war besorgt. Das Datum der Reise sollte Rechtsanwalt Bernstein, Warschau, mitteilen. Wie das Geld investiert wurde, müßte Pinoli mitteilen.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Morawietz wurde auch

der an seine Frau gewährte Kredit

behandelt. Morawietz erklärte hierzu, daß bei der Parzellierung von Broslawitz seine Frau ein Grundstück von etwa 5 Morgen gekauft habe, um dort ein Wochenendhaus zu bauen. Als im Jahre 1931 der Restbetrag für diesen Kauf gezahlt werden sollte, mußte seine Frau einen Kredit von 5 000 Mark aufnehmen. Diesen Kredit wollte er aus seinen Einnahmen abdecken. Effektengeschäfte habe er für sich nicht getätigt, nur für seine Frau, doch waren diese zumeist Verlustgeschäfte.

Längere Zeit nahm sodann die Verlesung der von Morawietz angefertigten Aktennotizen in Anspruch, die zu der Gewährung des 1 300 000 Mark betragenden Kredites an Pinoli geführt haben. Pinoli sprach anfänglich bei der Hansabank wegen eines Kredites von 10 000 Mark vor, und erklärte, daß er seine Beziehungen mit der Diskontogesellschaft gelöst und auch einen von derselben gewährten Kredit von 75 000 Mark abgedeckt habe. Dies war jedoch nicht der Fall, und Morawietz war dies auch bekannt. Morawietz wurde sodann vorgehalten, daß er, trotzdem der Aufsichtsrat im Dezember 1931 bereits Bedenken gegen den hohen Kredit für Pinoli geäußert habe, auch weiterhin einen Kredit von 8 000 Mark an Pinoli gezahlt habe. Hierzu erklärte Morawietz, daß dieses Geld zur Lohnzahlung gegeben wurde, um weiter in der Grube arbeiten zu können.

Mitte 1929 war der Kredit auf 700 000 Mark angewachsen. Morawietz wurde hierbei vorgehalten, ob er denn nicht erkannt habe, daß man es mit einem faulen Geschäft zu tun hatte. Morawietz erklärte hierzu, daß ihm bei der Beuthener Verhandlung diese Aktennotizen nicht vorgelegt worden sind. Durch diese Vorlesungen sei er erst zu der Ueberzeugung gekommen, wie faul das Geschäft gewesen sei.

Schließlich wurde auch der

Abschiedsbrief von Direktor Chmielus

an den Aufsichtsratsvorsitzenden Kaluza verlesen, in dem Chmielus mitteilt, daß er wie der ganze Aufsichtsrat das Opfer eines Gewaltmenschen geworden sei. Hiergegen verwahrte sich Morawietz und weist auch den Vorwurf, etwaige Schmiergelder erhalten zu haben, wie in Beuthen angenommen worden ist, zurück.

Gleiwitz

Eine Höhere Technische Staatslehranstalt für Maschinenwesen?

Es ist von verschiedenen Seiten, und besonders in der letzten Zeit, wiederholt der Wunsch geäußert worden, der Gleiwitzer Technischen Staatslehranstalt für Maschinen- und Hüttenwesen eine höhere Abteilung anzugliedern, deren Absolventen gewisse Berechtigungen erhalten, z. B. in den gehobenen mittleren technischen Dienst bei Reichsbahn und Reichspost eintreten können. Die Höhere Technische Lehranstalt für Maschinenwesen soll ihren Besuchern eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Berufsausbildung gewähren, die sie befähigt, in der Planung, Fertigung und Ueberwachung von technischen Betrieben, wie Maschinenfabriken, Berg- und Hüttenwerken u. ä. als Ingenieure erfolgreich tätig zu sein. Zur Aufnahme sind die Reife für die Obersekunda einer neunklassigen allgemeinbildenden höheren Lehranstalt (bezw. die mittlere Reife einer hierfür anerkannten Lehranstalt) und eine mindestens zweijährige praktische Werkstattstätigkeit **oder** das Bestehen einer förmlichen Aufnahmeprüfung und eine mindestens dreijährige praktische Werkstattstätigkeit erforderlich. Die anschließende Ausbildung auf der Höheren Technischen Lehranstalt dauert bei regelmäßigem Fortschreiten fünf Halbjahre. Der Magistrat der Stadt Gleiwitz beabsichtigt, beim Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die Angliederung einer höheren Abteilung für Maschinenwesen an die bereits bestehende Technische Staatslehranstalt für Maschinen- und Hüttenwesen in Gleiwitz zu beantragen, falls mit einer ausreichenden Besucherzahl einer solchen Anstalt zu rechnen ist. Um einen Ueberblick über den voraussichtlichen Besuch einer Höheren Technischen Staatslehranstalt für Maschinenwesen zu gewinnen, bittet der Magistrat Anmeldungen (die zunächst unverbindlich sind) für das am 7. März 1933 beginnende neue Schulhalbjahr oder für

Fahnenübergabe an die Kyffhäuserjugend in Bobrek

(Eigener Bericht)

Bobrek-Karf, 24. Januar.

In der Generalversammlung des Kriegervereins sprach der 1. Vorsitzende, Kassendirektor Bernhardt, in seiner Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß das neue Jahr in viele Hütten und Familien den Segen der Arbeit und damit Brot und Zufriedenheit, dem Vaterlande den wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch die Gleichberechtigung vor allen Nationen bringen möge. Er sprach weiter seine Freude darüber aus, daß auch der neue Gemeindevorsteher sein Interesse am Kriegervereinswesen durch seinen Beitritt und sein Erscheinen bekundet.

Unter dem Fahnenpräsentiermarsch hielten die beiden Fahnen des Vereins Einzug.

Es war ein erhebender Augenblick, als der Vereinsvorsitzende die dem Kyffhäuserkorps Bobrek zugedachte Fahne dem Führer der Jugend mit den Worten: „Alles für das Vaterland“ überreichte. Jugendführer Pawlick nahm die Fahne zu treuen Händen. Die Fahne wurde den Jungmannen persönlich von Oberst Schwerk für das vorbildliche Aufwärtsstreben des jetzt 160 Jungmannen zählenden Kyffhäuserkorps Bobrek zuerkannt. Während die Musikkapelle das Kameradenlied spielte, senkten sich die Fahnen zur Ehrung der Vereinstoten und der im Weltkriege gefallenen Vereinsmitglieder. Der aus der Gemeinde geschiedene Bürgermeister Trzeciok wurde zum Ehrenmitglied für seine Verdienste im Vereinswesen und um die Erstehung des Kriegergefallenen-Ehrenmals ernannt. Die Geschäftsberichte, die von Michallik für den Vereinsgeschäftsgang und von Jugendunterführer Winiarski für die Kyffhäuserjugend verlesen wurden, brachten ein anschauliches Bild äußerst reger Tätigkeit. Besonderer Dank galt dem Schriftführer Michallik, den Jugendführern Pawlick und Plischke, dem Trommler- und Pfeiferkorps, der Verwaltung der Julienhütte und der Gräfin-Johanna-Schachtanlage für die stete Hilfsbereitschaft.

Nach Entlastung des Vorstandes leitete Direktor Eichler den Wahlgang des 1. Vorsitzenden. Einstimmig wurde Kassendirektor Bernhardt in Anerkennung seiner vielen Verdienste um den Verein zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der weitere Vorstand setzt sich zusammen: Stellvertretende Vorsitzende Chefarzt Dr. Mazurek, Berginspektor Scholz. Schriftführer Michallik, Wengel, Pressewart Wollnitzek, Bruno, Kassierer Wesselski, Mikuda; Vereinsführer Gordalla; Kassenprüfer Rother I und Sowa; Beisitzer: Hüter, Dinter, Dettinger, Dr. Wichmann, Gornik, Frenzel, Kochmann, Kaller, Pawletta, Leineweber, Niemczyk, Blokisch, Kringler, Klose. Die Gründung der KB.- und KH.-Gruppe wurde bis zum Februar-Appell zurückgestellt. Der Februar-Appell ist auf den 17. Februar gelegt worden. Im März findet eine öffentliche Heldenehrung statt, zu der die Ortsvereine geladen werden sollen. Der März-Appell findet an einem Sonntag mit Damen statt. Am 22. April soll das traditionelle Erbsenessen stattfinden. Zur Ehrung der Frontkämpfer wird bei verstorbenen Frontkämpfern ein Stahlhelm auf den Sarg gelegt. In Kürze veranstaltet das Kyffhäuserkorps einen Theaterabend, der die Kasse der Jugend stärken soll.

Eifersuchtstragödie bei Zawada?

Mordversuch an der Frau des Arbeitgebers

Vom Knecht besinnungslos geschlagen und beinahe erwürgt

Pleß, 24. Januar.

Heute morgen gegen 5 Uhr fuhr der Knecht Edmund Banczyk mit der Frau seines Arbeitgebers Grabarzyk aus Krzysowitz bei Pleß auf den Markt nach Schwientochlowitz, um dort Hafer zu verkaufen. Bei Zawada hielt er das Fuhrwerk an und tat so, als ob er das Geschirr etwas verbessern wollte. Dabei nahm er einen schweren Eichenknüppel und schlug auf die Frau seines Dienstgebers ein, sodaß sie die Besinnung verlor. Dann zog er die Besinnungslose vom Wagen, warf sie auf die Erde vor das Gespann und wollte sie mit dem Wagen überfahren, um auf diese Art einen Unfall vorzutäuschen. Die Pferde scheuten aber und gingen um die auf dem Boden Liegende herum, überfuhren sie also nicht. Als der Knecht Bangzyk sah, daß ihm sein Vorhaben nicht gelungen war, warf er sich auf die Frau, schlug sie mit dem Knüppel, würgte sie am Hals und band ihr mit einem Tuch die Kehle zu, um sie zu erwürgen. Dann ließ er die Pferde stehen, die Besinnungslose liegen und floh in den Wald. Später konnte sich die Ueberfallene, als sie wieder zu sich gekommen war, selbst befreien, und begab sich in die nächste Ortschaft Zawada, von wo sie unmittelbar nach dem Spital Belk gebracht wurde. Der Polizeiposten in Orzesche hat das Fuhrwerk abgeholt und die Untersuchung eingeleitet. Der Grund zu dieser Tat ist noch nicht festgestellt, man nimmt an, daß eventuell Eifersuchtsgründe in Betracht kommen könnten.

Gegen Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes und der Wohnungsämter

Hauptversammlung der Beuthener Mieter

(Eigener Bericht)

Beuthen, 24. Januar.

Der Mieterverein legte in der Hauptversammlung am Montag abend Rechenschaft über sein 14. Geschäftsjahr ab. Der Ehrenvorsitzende, Druckereibesitzer Bialas, gab einen Ueberblick über die umfangreiche Tätigkeit des Vereins, der in mehreren Versammlungen und regelmäßigen Vorstandssitzungen zu den

wichtigsten mieterpolitischen und wohnrechtlichen Fragen

Stellung nahm, besonders zu den Notverordnungen, zum Hauszinssteuererlaß und zu den Fragen der Miet- und Gebührensenkung. Die Herausnahme der größeren Wohnungen aus der gebundenen Wohnwirtschaft schränkte die Zahl der schutzbedürftigen Mieter ein. Der Geschäftsbericht zeigte das Bild einer umfangreichen beratenden Tätigkeit an vier Nachmittagen jeder Woche. Tätigkeits- und Kassenbericht gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Es wurde Entlastung erteilt. Regierungsbaumeister Studienrat Heitmann wurde als Vorsitzender, Lehrer und Stadtverordneter Harnoth, als Geschäftsführender Vorsitzender, Kaufmann Joschkowitz als Schriftführer und Prozeßvertreter, Schneidermeister Turek als Kassenführer gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt die Hausfrauen Jendrollik, Kaul, Ziel, Freier sowie die Mitglieder Woitaschek, Schirmer, Trutwin, als Kassenprüfer Nowak, Gowik und Parker.

Stadtverordneter Diepold, Hindenburg, hielt einen bedeutsamen Vortrag über „Die miet- und wohnrechtliche Lage“. Trotz der leerstehenden Großwohnungen **gebe es ein großes Wohnungselend im dichtbevölkerten und kinderreichen Oberschlesien.** Der Redner stellte fest, daß die Mieten unbedingt im Verhältnis zu der Verminderung des Einkommens gesenkt werden müssen. Die Mietsenkungsbewegung in den Parlamenten der oberschlesischen Großstädte sei zu begrüßen. Wenn auch die großen Schutzgesetze wieder verlängert werden, so sei weiter ein dauerndes Wohnwirtschaftsgesetz und eine straffere Durchführung der Heimstättenbildung zu fordern. Wenn im Zeichen der Wohnungsnot etwa das Wohnungsmangelgesetz aufgehoben werden sollte, so wäre dies unverständlich. Es sei besonders nicht zu verstehen, daß in oberschlesischen Kommunen, wie man höre, die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes Zustimmung findet. **Der Mangel an Kleinwohnungen und das Wohnungselend erfordern eine kommunale Hauptstelle zur Verteilung freiwerdender Kleinwohnungen.** Bemerkenswert bleibe die Tatsache, daß zur Ankurbelung der Wirtschaft 100 Millionen Mark zur Instandsetzung von Häusern hergegeben wurden, obgleich in der die Friedensmiete übersteigenden jetzigen Miete der erhebliche Satz von über 30 Prozent für Instandsetzungen enthalten sei. Die Versammlung faßte eine Entschließung, die sich **gegen die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes und der vermittelnden Wohnungsämter wendet.** Es wurde bekannt gegeben, daß der berühmte Bodenreformer Dr. Adolf Damaschke am 5. Februar (15,30 Uhr) im Schützenhause über wichtige Fragen sprechen werde.

Was der Film Neues bringt

Beuthen

„Der Sprung ins Nichts“ in den Thalia-Lichtspielen

Der Tonfilm „Sprung ins Nichts“ behandelt das Zirkus-Milieu. Er bringt einen Zweiklang von Luftakrobatik und junger Liebe. Dazwischen steht die leidenschaftliche, maßlose Eifersucht, die den Rivalen eines jungen Artisten während einer gefährlichen Trapezvorführung zum Mörder werden läßt. Ein zweiter Mordplan wird vereitelt. Der Schuldige sieht seine Sache als verloren an. Er will die Truppe verlassen, wird aber vorher verhaftet. Zwei Glückliche bleiben zurück. Die jugendliche, sportgeübte Hauptdarstellerin Cilly Feindt, eine angenehme Erscheinung, gibt dem Film ein besonderes Gepräge. Auch in den anderen Hauptrollen wirken gute Kräfte, wie Aribert Mog, Sigurd Lohde und Marguerite Roma. Das reiche Beiprogramm enthält den Kriminalfilm „Stimmen aus dem Jenseits“, das Lustspiel „Wenn man 100 000 Mark ...“ mit Anni Ondra und den Kulturfilm „Mittenwald, das Geigendorf im bayerischen Bergwald“.

„Der Storch streikt“ im Palast-Theater

Dieser Film bringt auf köstlichste Art eine Fülle von seltsamen Irrungen und Wirrungen. Die Sache beginnt mit der bevorstehenden Pleite eines Säuglings-Ausstattungsgeschäftes, denn in der jetzigen Zeit haben auch die Kinder ihr Kommen eingestellt. Der Chef möchte gern seine hübsche Tochter verheiraten, weil ihr an ihrem Hochzeitstage viel Geld von einem Onkel aus Amerika ausgezahlt werden soll. Der Angestellte Sebaldus (Siegfried Arno) ist der Retter. Leider bringt ihn der Alkohol in die übelsten Lagen. Durch Zufall wird er Matrose. Was nun geschieht, ist erschütternd komisch. Arno reißt alles mit. Fritz Schulz und Ursula Grabley spielen die anderen Hauptrollen. Gut unterhaltend ist auch das reiche Beiprogramm.

„Madame Satan“ im Capitol

So gefährlich wie der Titel klingt, ist die Handlung dieses Filmes nicht. In einer reizvoll spannenden Handlung erteilt eine hübsche, blonde, ihren amüsierlustigen Ehemann zu kühl erscheinende Ehefrau eine nette Lektion. Sie spannt ihn buchstäblich wieder seiner heißblütigen Tänzerin aus. Und das geschieht auf einem Maskenball an Bord eines Zeppelins. Man sieht dabei fabelhaft Revueszenen und wundervolle Maskenkostüme. Das Frauchen selbst läßt als Madame Satan alle Verführungskünste spielen. Den Höhepunkt der Handlung bildet die Brandszene mit den Fallschirmabsprüngen. Wenn uns auch vieles zu amerikanisch anmutet, so vermag dieser musikalisch gut unterhaltende Film doch restlos zu fesseln. Helle Heiterkeit durchhallt das Capitol bei den tollen Szenen, die Dick und Dof, zwei nahe Verwandte von Pat und Patachon, hinter Schloß und Riegel aufführen, bis sie sich durch eine groteske Heldentat die Freiheit verdienen. Wie dem ersten Film das Ballett, gibt diesem zweiten der Niggersong die amerikanische Note. Die Fox-Wochenschau bereichert das Programm.

---

spätere Halbjahre möglichst umgehend dem Oberstudiendirektor der Technischen Staatslehranstalt für Maschinen- und Hüttenwesen in Gleiwitz zugehen zu lassen, der jede gewünschte Auskunft erteilt. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich betont, daß die Anstalt in der bisherigen Form mit zweijähriger Ausbildungsdauer (Aufnahme mit guter Volksschulbildung und mindestens vierjähriger Werkstattspraxis oder mit mittlerer Reife und mindestens dreijähriger Werkstattspraxis) weitergeführt wird und auch hierfür Anmeldungen nach wie vor entgegengenommen werden.

* **Städtische Umorganisation in Sosnitza.** Auf Grund vieler Anfragen aus dem Ortsteil Sosnitza wird amtlicherseits dahin Stellung genommen, daß nach der gegenwärtigen Lage weder eine Aufhebung der dortigen Verwaltungsstelle als Nebenstelle der Steuerkasse noch eine Einziehung des Standesamts in Frage kommen. Beabsichtigt ist lediglich eine räumliche Zusammenlegung der Verwaltungsstelle mit der Nebenstelle der Stadtsparkasse dergestalt, daß sämtliche Kassierergeschäfte in der Nebenstelle der Stadtsparkasse vereinigt werden, wie es bereits in der Hauptstelle durch Auflösung der Stadthauptkasse und Uebertragung der Kassierergeschäfte auf die Stadtsparkasse mit Erfolg geschehen ist.

* **Schaukasten aufgebrochen.** In der Nacht zum Dienstag brachen Unbekannte den Schaukasten des Uhrengeschäftes Kolbe, Wilhelmstraße, auf und entwendeten 12 Uhren im Werte von 70 Mark.

* **Bürooberinspektor Franz Geron †.** Am Sonntag verstarb in Gleiwitz, wo er im Ruhestand lebte, der Registrator Büro-Oberinspektor Franz Geron, der lange Jahre der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb in Lipine als treuer Mitarbeiter angehört hatte.

Hindenburg

Reichsgründungsfeier des Kriegerverbandes

Die Kriegervereine Hindenburgs, soweit sie dem Kyffhäuser-Verbande angeschlossen sind, der Stahlhelm, die Landesschützen, der Reichsverband vaterländischer Arbeiter und andere Verbände versammelten sich auf dem Reitzensteinplatz und zogen mit klingendem Spiel ins Hüttenkasino. Die zahlreichen Fahnen wurde auf der Bühne aufgestellt, wo die Büste Kaiser Wilhelms I., umgeben von Lorbeergrün, stand. Nach einem Marsch der Kyffhäuserkapelle sprach Divisionspfarrer Meier: Deutschland hat keinen Feiertag zum Gedächtnis seiner Geschichte, der von allen Bevölkerungsschichten wie bei anderen Völkern gemeinsam begangen wird. Anderwärts knüpfen große nationale Ideen an die Vergangenheit an. Aus dem heutigen Elend kann sich Deutschland nicht herausreden oder herausdenken, sondern nur herausarbeiten und heraustrotzen. Nach einem geschichtlichen Rückblick erinnerte der Redner daran, daß **Frankreich seine deutschfeindliche Rheinlandpolitik wie vor Jahrhunderten zielbewußt mit allen Mitteln fortsetze.** Der Einigkeitstraum aller Deutschen war der Kaisertraum. Nicht auf dem Wege moralischer Eroberung, sondern auf dem Wege der Opferbereitschaft und des Blutes wurde dieser Traum verwirklicht. Wohl sind Einigkeit und Recht und Freiheit des Glückes Unterpfand, doch nur wenn sie von der Macht garantiert werden. **Bismarcks Werk ist noch nicht verloren.** Die Erringung der wirklichen Gleichberechtigung ist dringendstes Nahziel. In Genf muß Deutschland bei den Abrüstungsverhandlungen fest bleiben. Die Gleichberechtigung ist nur aus eigener Kraft und Geschlossenheit zu erringen. Pfarrer Meier schloß mit einem Hoch auf das Vaterland, dem das gemeinsam gesungene Deutschlandlied folgte.

* **Hohes Alter.** Der Pensionär Paul Kolodziej, Borsigwerk, Ernststraße 2, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

* **Bestandenes Examen.** Das Assessorexamen bestand in Berlin Dr. jur. Josef Groß, Sohn des verstorbenen Großschlächtermeisters Paul Groß.

* **Auszeichnung eines verdienten Nothelfers.** In einer Versammlung der Führer und Stabsmitglieder der Ortsgruppe Hindenburg im Nothelferheim Hindenburg der Technischen Nothilfe überreichte der Landesleiter von Schlesien, Direktor Berger aus Breslau, dem Leiter der Ortsgruppe Hindenburg, Uhrmachermeister Rudolf Goiny, mit Worten dankbarer Anerkennung für die geleisteten Arbeiten die höchste Auszeichnung der Technischen Nothilfe, das Goldene Abzeichen mit Kranz und Urkunde.

* **Stadttheater.** Freitag Erstaufführung der Operette „Schwarzwaldmädel“. Kartenvorverkauf bei Czech.

* **Volkshochschule.** Am Mittwoch dem 25. Januar, 20.15 Uhr, spricht Universitätsprofessor Dr. Merker in der Aula der Mittelschule, Florianstraße, über „Gerhart Hauptmanns dichterische Entwickelung“.

Neustadt

* **Reichsgründungsfeier des „Stahlhelms“ und „Bund Königin Luise“.** Gemeinsam mit dem „Bund Königin Luise“ und dem „Scharnhorstbund“ veranstaltete der „Stahlhelm“ Schnellewalde am Sonntag die Reichsgründungsfeier. Im Gasthaus Werner fanden sich dazu zahlreiche Bewohner von Schnellewalde ein. Besonders stark waren die Stahlhelmkameraden der Umgegend vertreten. Folgende Ortsgruppen waren außer Schnellewalde mit den Fahnen zur Stelle: Neustadt, Dittmannsdorf, Oberglogau, Ziegenhals und Klodnitz. Die Festansprache hielt Kam. Dr. Praatsch, der Führer des oberschlesischen Stahlhelms.

Kreuzburg

* **Kaufmann Wanielik †.** Einer der bekanntesten Bürger Konstadts, Kaufmann Wanielik, ist nach kurzer Krankheit gestorben. Kaufmann Wanielik war über 17 Jahre Mitglied des Magistrats und Patronatsherr der evangelischen Gemeinde. Zugleich war der Verstorbene Begründer des Kaufmännischen Vereins. In seiner segensreichen Tätigkeit hat Kaufmann Wanielik sich besondere Wertschätzung der Konstädter Bürgerschaft erworben.

* **Arbeitslosenziffer steigt.** Auch in der vergangenen Berichtszeit ist wieder ein Ansteigen der Arbeitslosenziffer festzustellen. Die Arbeitsuchendenziffer ist um 358 gestiegen. Insgesamt wurden 12 888 Arbeitsuchende gezählt.

* **Verein Jäger und Schützen.** Der Verein Jäger und Schützen hielt seine Hauptversammlung ab, die guten Besuch aufzuweisen hatte. Nach der Erstattung des Kassen- und Jahresberichtes wurde der Vorstand gewählt. Aus der Wahl schritten hervor: Lange, 1. Vorsitzender, Görlich 2. Vorsitzender, Schriftführer Konrad und Kassierer Wyrwich.

Cosel

* **Neue Zugverbindung.** Ab 25. Januar wird werktags N 9612 von Cosel bis Groß-Neukirch zur Personenbeförderung freigegeben. Es verkehrt wie folgt: Cosel ab 5,40 Uhr (nimmt den Anschluß von 6701 Cosel an 5,30 Uhr bzw. Montag P 383 Cosel an 5,39 auf), Reinschdorf an 5,48 ab 5,56 Uhr, Langlieben an 6,05 ab 6,09 Uhr, Sakrau-Suckowitz an 6,17 ab 6,22 Uhr, Jaborowitz an 6,28 ab 6,33 Uhr, Groß-Neukirch an 6,41 Uhr.

Werkhalbjahr im Bunde Königin Luise

Bereits ehe der Staat durch das Gesetz über den Freiwilligen Arbeitsdienst im August des vergangenen Jahres der arbeitslosen deutschen Jugend hilfreich entgegenkam, hat der Bund Königin Luise sich mit der Einrichtung eines Werkhalbjahrs für seine Jugend beschäftigt. Zur Teilnahme an diesem Werkhalbjahr sind 15 Jung-Luisen ausgewählt und in dem schönen Erholungsheim des Bundes in Wernigerode untergebracht worden. Der Unterricht verfolgt die Ziele einer Haushaltungsschule und ist für die Teilnehmerinnen ganz unentgeltlich. Ein Geschenk des Bundes an seine arbeitslosen Jungkameradinnen! So ist, wie die junge Leiterin des Kurses, eine dem Reiffensteiner Verband angehörige Lehrerin, es bestätigt, **dieses Werkhalbjahr eine Verwirklichung der Idee von Ida von Kortzfleisch in edelstem Sinne.** Ernährungslehre, Säuglings- und Krankenpflege, Stenographie, Buchführung, Geschichte, Geländekunde, Gesang und Sport ergänzen die rein praktische Hausarbeit, der die Morgenstunden des Tages gewidmet sind. Der für die im Heim weilenden Gäste zusammengestellte Speisezettel bietet reichlich Gelegenheit, die jungen Mädchen in der Kochkunst auszubilden.

Wie rege das Interesse der weiblichen deutschen Jugend an den großen Zeitfragen der Gegenwart ist, beweist die lebhafte Beteiligung an dem wöchentlichen Vortrags- und Aussprachenabend. Frau und Siedlung, Großstadt und Volkstum, die Not unserer abgetrennten deutschen Gebiete, Wege zu Gott, Ehe und Mutterschaft sind die Themen, die Gemüt und Seele der jungen Teilnehmerinnen an diesen Abenden fortbilden und für das lebendige Erfassen unserer Werdezeit bereit machen sollen. So bildet dieses Werkhalbjahr für 15 deutsche Mädchen aus den verschiedenen Lebensverbänden des Bundes im Alter von 16—25 Jahren eine Wissens- und Kraftquelle.

Niobe-Spende des Bundes Königin Luise

Durch die Sammlung im Kreise seiner Mitglieder, also nur aus eigener Kraft, hat der Bund Königin Luise eine Spende von 10 000,— RM. für die Ersatz-Niobe zusammengebracht und dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Admiral a. D. Bauer, übersandt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Seifter, Bielsko.
Druck: Kirsch & Müller, Sp. ogr. odp., Beuthen OS.

Sportnachrichten

Die neue Eissportsensation in Beuthen

Rund um Rotter-Szollas

Eishockey-Meisterschaft und oberschlesische Kunstläufer beim Schaulaufen der Weltmeister

Am kommenden Donnerstag wartet die Eishockeyabteilung von Beuthen 09 auf der Spritzeisbahn im Beuthener Stadtpark mit einer sensationellen Eissportveranstaltung auf, deren Höhepunkt das Schaulaufen des ungarischen Weltmeisterpaares Rotter/Szollas bildet. Die Ungarn werden ihre große, einzig dastehende Kunst am Nachmittag um 2 Uhr sowie abends um 8 Uhr zeigen. Den Rahmen um das Auftreten des Weltmeisterpaares bilden am Nachmittag das Schaulaufen mehrerer West- sowie Ostoberschlesischer Meister und das Eishockeymeisterschaftsspiel zwischen der bisher ungeschlagenen Mannschaft von Beuthen 09 und dem Eislaufverein „Grün-Gold" Beuthen. Die Abendveranstaltung bringt wiederum ein reichhaltiges Programm. Das Künstlerpaar Rotter/Szollas wird dabei zweimal seine meisterhafte und viel bewunderte Kür laufen. Das Programm der oberschlesischen Meisterläufer steht in allen Einzelheiten bisher noch nicht fest, doch haben bereits Frl. Haßler, Frl. Kleineidam, Wietschorke, Fröhlich und das Oberschlesische Meisterpaar Sliwka/Neugebauer zugesagt. Jedenfalls wird ein in allen Teilen hochwertiges Eissportprogramm geboten, das die oberschlesischen Eissportanhänger begeistern sollte.

Um eine Wiederholung der Vorfälle beim Grenzlandlaufen der Deutschen Meister zu verhindern, ist diesmal der Organisation ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wegen der Raumverhältnisse auf der Spritzeisbahn, wird nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ausgegeben, die auch im Vorverkauf (für die Abendveranstaltung) im Sporthaus Schoedon, Bahnhofstraße, erhältlich sind. Durch diese Maßnahme wird allen Zuschauern eine gute Sichtmöglichkeit gewährleistet. Außerdem werden 3 Kassen, von denen eine nur von Vorverkaufskarten-Inhabern (an dem Aufgang zu den Tennisplätzen) benutzt werden darf, für einen reibungslosen Zugang zu den Zuschauerplätzen sorgen. Sämtliche Promenadenwege werden für den An- und Abmarsch der Zuschauer beleuchtet sein.

Eishockey in Ostoberschlesien

Die Punktkämpfe um die Ostoberschlesische Eishockeymeisterschaft brachten unerwartete Ergebnisse. Der Ostoberschlesische Meister Hockey-Club Laurahütte mußte durch eine 1:0-Niederlage gegen den Teschener Eislaufverein seine Hoffnungen auf die Wiedererlangung des Meistertitels begraben. Der STL. Kattowitz hatte zu kämpfen, um durch einen knappen 1:0-Sieg über den KKT. Kattowitz zu den Punkten zu gelangen. Stadion Myslowitz schlug Silesia Gieschewald erwartungsgemäß mit 2:0. In einem Freundschaftstreffen fertigte Stadion Myslowitz die „Neun" des neugegründeten Hockeyclubs Königshütte hoch mit 4:0 ab.

Ostoberschlesische Kunstlaufmeisterschaften

Die in Krakau ausgetragenen Kunstlaufmeisterschaften des Bezirks Krakau — Ostoberschlesien im Polnischen Eislaufverbande brachten einen glänzenden Erfolg der Kattowitzer Schule. Bei den Herren verteidigte Bergler, Krakau, nur ganz knapp gegen den Kattowitzer Breslauer seinen Titel. Die Damenmeisterschaft errang die Polnische Meisterin, Frl. Popowies, die in Frl. Czora, Kattowitz, schärfste Konkurrenz hatte. Die Meisterschaft im Paarlaufen fiel an das Kattowitzer Ehepaar Zmudzinski.

Deutschlands Eishockeymannschaft für die Weltmeisterschaften

Die deutsche Eishockeymannschaft für die in Prag stattfindenden Weltmeisterschaften soll wie folgt aussehen: **Egginger** (Sport-Club Riessersee); **Schröttl** (SC. Riessersee), **Römer** (BSC. Berlin); 1. Sturm: **Orbanowski**, Rudi **Ball**, **Jaenecke** (alle BSC); 2. Sturm: **Lang**, **Strobl**, **Schäublein** (alle SC. Riessersee).

Da die deutsche Mannschaft insgesamt aus 13 Spielern besteht, fahren noch 4 Ersatzleute mit. Hierfür sind vorgesehen: G. Ball (BSC.), Herker (Brandenburg Berlin), von Bethmann-Hollweg (SC. Riessersee) und Wiedemann (Füßen).

Neusel hat Arbeit mit Cook

In London fand wieder ein Großkampftag statt, in dessen Mittelpunkt die Begegnung dreier Berufsboxer mit ersten Gegnern stand. Den Hauptkampf bestritt der Bochumer Walter Neusel gegen den Australier George Cook. Während der Australier bis zur achten Runde im Vorteil war, fing der Bochumer jetzt an, Punkte zu sammeln. Das Urteil zugunsten des Deutschen wurde vom Publikum wenig beifällig aufgenommen, da zumindest ein Unentschieden erwartet worden war.

Im zweiten Schwergewichtskampf war der in letzter Minute eingesprungene Gühring dem Engländer Cunner Bennett derart überlegen, daß Bennett in der sechsten Runde den Kampf aufgab. Eine sehr mäßige Vorstellung gab der Kölner Pott und der Engländer Seaman Rowles, die dauernd klammerten und herzlich wenig boxerische Kunst zeigten. Der Ringrichter mußte beide mehrmals verwarnen und zum Kampf auffordern. Nach 10 Runden wurde dem Engländer ein knapper Punktsieg zugesprochen.

Deutschlands großer Erfolg

Im Ring-Länderkampf gegen Schweden

Die Kraftprobe zwischen den Amateur-Ringermannschaften von Deutschland und Schweden, die in der Kölner Rheinlandhalle in Gestalt eines Länderkampfes durchgeführt wurde, ergab den **eindeutigen Sieg der deutschen Mannschaft.** Fünf Erfolgen der Deutschen vermochten die Nordländer nur zwei entgegenzusetzen und blieben mit 12:5 Punkten geschlagen, womit unsere Mannschaft den im Vorjahre beim Vier-Länder-Turnier in Stockholm errungenen Erfolg von 4:3 erneut unterstrich.

Vor 6000 Zuschauern nahmen die Kämpfe einen spannenden Verlauf. Im einleitenden Bantamgewichtskampf war der Schwede Thuvesson dem Kölner Ersatzmann Ostermann, der für den erkrankten Olympiasieger Brendel, Nürnberg, einspringen mußte, überlegen. Trotzdem dauerte es 14:30, ehe der Schwede durch Eindrücken der Brücke siegte. Der Münchener Federgewichtler Ehrl stellte aber schnell den Gleichstand her. Nach einem Seitenaufreißer legte er den Schweden Lindelöf in 11:30 auf beide Schultern. In dem nun folgenden Leichtgewichtstreffen war Sperling, Dortmund, gegen Evert Larsson überlegen und wurde Punktsieger. Schneller als erwartet ging der Mittelgewichtskampf zwischen Krämer, Duisburg, und Cadier (Schweden) zu Ende. Schon nach 3 Min. lag der Schwede nach einem Kopfzug aus dem Stand auf beiden Schultern. Im Halbschwergewicht war der schwedische Olympiasieger Svensson hochüberlegen. Heitmann, Hörde, suchte sein Heil in der Flucht, was ihm eine Verwarnung eintrug. Svensson kam durch diese Taktik des Deutschen nur zu einem Punktsiege. Der Schwergewichtskampf zwischen Müller, Köln, und Nilsson (Schweden) wurde überaus kraftvoll durchgeführt und brachte dem beherzter angreifenden Deutschen den verdienten Punktsieg ein. Zum Schluß wurde der Weltergewichtskampf zwischen Gunnar Glans (Schweden) und Möschel, Köln, ausgetragen, nachdem der Schwede sich anfänglich geweigert hatte, anzutreten, da er an einem Abzeß litt. Er hatte demzufolge gegen den Kölner nie eine Chance und mußte sich hoch nach Punkten geschlagen bekennen.

Deutschland — Norwegen in Magdeburg?

Der nächste Fußball-Länderkampf zwischen Deutschland und Norwegen, bei dem es sich um das siebente Zusammentreffen der beiderseitigen Nationalmannschaften handelt, wird voraussichtlich im September im Bereiche des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine zur Durchführung gelangen. Wie verlautet, soll das Spiel auf der neuen Platzanlage von Kricket-Viktoria in Magdeburg stattfinden. Die Länderspielbilanz gegen Norwegen ist die günstigste, die der deutsche Fußballsport aufzuweisen hat. Von den bisherigen sechs Spielen wurden nämlich vier von Deutschland gewonnen und zwei endeten unentschieden. Das Gesamttorverhältnis lautet 14:5.

Berliner Börse 24. Januar 1933

Reichsbankdiskont 4%
Lombard 5%

Diskontsätze

New York 2½% · Prag 5% · Zürich 2% · London 2% · Brüssel 3½% · Paris 2½% · Warschau 6%

Fortlaufende Notierungen

	Anf.-kurse	Schl.-kurse
Hamb. Amerika	17½	17½
Nordd. Lloyd	17¾	17⅝
Bank f. Brauind.	76½	76½
do. elektr. Werte		
Reichsbank-Ant.	158¾	158¾
AG.f.Verkehrsw	43⅝	43½
Aku	36½	38
Allg.Elektr.-Ges	29⅜	29⅞
Bemberg	44½	44⅛
Buderus	46	46½
Chade		139½
Charlott. Wasser	90	90½
Cont Gummi	116½	117¾
Daimler-Benz	21⅜	21⅜
Dt. Reichsb.-Vrz.	92⅞	92⅞
Dt. Conti Gas	110⅞	111
Dt. Erdöl	87⅞	88⅛
Elektr.Schlesien	76	76¼
Elekt. Lieferung	80¾	80¾
I. G. Farben	102⅝	104⅛
Feldmühle	65¼	65½
Gelsenkirchen	60½	61
Gesfürel	79	79½
Harpener	81½	82¼
Hoesch	53	53⅜
Holzmann Ph.	49⅛	49¾
Ilse Bergb.	143½	141½
Kali Aschersl.		
Klöckner	45⅞	45⅝
Koksw. & Ch. F.	70⅛	70
Mannesmann	61	61⅛
Mansfeld. Bergb.	25½	25½
Masch.-Bau-Unt	41	40¾
Orenst.& Koppel	40⅞	41
Otavi	16½	16⅝
Phönix Bergb.	33¾	33⅞
Polyphon	42	40
Rhein. Braunk.	189¾	189¾
Rheinstahl	71¾	72¼
Rütgers	41½	41⅞
Salzdetfurth	172¾	172¾
Schl. El. u. G. B.	109⅛	109
Schles. Zink		
Schuckert	87¼	87½
Schultheiß	103	103
Siemens Halske	124¼	124½
Svenska		
Ver. Stahlwerke	33⅜	33⅜
Westeregeln	116	116
Zellstoff Waldh	50	50

Kassa-Kurse

Versicherungs-Aktien

	heute	vor.
Aachen-Münch.	830	875
Allianz Lebens.	212	210
Allianz Stuttg.	194½	193½

Schiffahrts- und Verkehrs-Aktien

	heute	vor.
AG.f.Verkehrsw	43¾	44½
Allg.Lok. u.Strb.	71½	72½
Canada	24½	24¾
Dt. Reichsb. V.A.	92¾	93
Hapag	17⅜	17⅝
Hamb. Hochb.	63	63
Hamb. Südam	44½	46
Nordd. Lloyd	17⅞	18⅛

Bank-Aktien

	heute	vor.
Adca	58½	58½
Bank f. Br. Ind.	76½	76¾
Bank elekt. W.		63
Bayr. Hyp. u. W	77¾	75½
do. Ver.-Bk.	100½	100½
Berl. Handelsges	96½	94½
do. Hyp.-Bank		120
Comm. u. Pr. B.	53½	53½
Dt. Asiat. B.		145
Dt. Bank u. Disc.	72¾	72¾
Dt. Centralboden	77	77½
Dt. Golddiskont.	72	72
Dt. Hypothek. B.	70½	72
Dresdner Bank	61¾	61¾
Reichsbank neue	158⅜	159
Rhein. Hyp.-Bk.	87½	87
Sächsische Bank		

Brauerei-Aktien

	heute	vor.
Berliner Kindl		280
Dortmund. Akt.		153½
do. Union	180½	180¼
Engelhardt	99	99
Leipz. Riebeck	36¾	37½
Löwenbrauerei	77	78
Reichelbräu	142½	141
Schulth.Patzenh	103	103½

Industrie-Aktien

	heute	vor.
Accum. Fabr.	165¼	168
A. E. G.	29½	29⅝
Alg. Kunstzijde	36¾	37⅞
Ammend. Pap.	74½	76¼
Anhalt. Kohlen		76
Aschaff. Zellst	27	28¼
Augsb. Nürnb.	38	38⅛
Bachm. & Lade.		69¼
Basalt AG.	16	16
Bayer. Spiegel	31½	33
Bemberg	44½	45¼
Berger J., Tiefb.	146	147¾
Bergmann	20¾	20¾
Berl. Gub. Hutf.	126	124½
do. Holzkont.	36½	34½
do. Karlsruh.Ind.	58¼	60½
Bekula	117½	118½
do. Masch.	33	34¼
do. Neurod. K	42	42
Berth. Messg.	35	34½
Beton u. Mon.	59¼	60
Bösp Walzw.		29
Braunk. u. Brik.	145	145
Breitenb. P. Z.	58¼	58¼
Brem. Allg. G.	98½	98½
Brown, Boverie		29¼
Buderus Eisen.	46½	48
Charl. Wasser.	90	90⅞
Chem. v. Heyden	57⅛	58¼
I.G.Chemie vollg	130	129½
Compania Hisp.	139¼	140
Conti Gummi	117½	117⅝
Conti Linoleum		37
Conti Gas Dessau	110⅞	112¼
Daimler	21¼	22⅛
Dt. Atlant. Teleg.	123¾	127¼
do. Erdöl	87¾	89¼
do. Jutespinn.		37
do. Kabelw.	58	59⅜
do. Linoleum		39½
do. Steinzg.	66	66
do. Telephon		46½
do. Ton u. St.	44	44½
do. Eisenhandel	21½	22⅛
Doornkaat	56	54
Dresd. Gard.		19⅞
Dynam. Nobel	49⅞	50⅛
Eintr. Braunk.	154½	155¼
Elektra	125	125
Elektr.Lieferung	80	82
do. Wk.-Lieg.		120
do. do. Schles.	75½	75¾
do. Licht u. Kraft	95¼	95⅜
Erdmsd. Sp.	20	20⅝
Eschweiler Berg.		200
I. G. Farben	103¼	103¾
Feldmühle Pap.	65½	67½
Felten & Guill.	55¾	57
Ford Motor	52½	53
Fraust. Zucker	68½	75
Froeb. Zucker		81⅝
Gelsenkirchen	60⅝	63¼
Germania Ptl.	40½	40
Gesfürel	79½	80¾
Goldschm. Th.	38	39⅜
Gruschwitz T.		71¾
Gritzner Masch.	51½	31⅝
Hackethal Dr.	40½	40½
Hageda		55⅝
Halle Maschinen		51
Hamb. El. W.	114¾	115
Hammersen		51
Harb. E. u. Br.		54
Harp. Bergb.	82	82½
Hemmor Ptl.		89
Hirsch Kupfer	12¾	13
Hoesch Eisen	53⅛	54¼
Hoffm. Stärke		81
Hohenlohe		25
Holzmann Ph.	49½	50
Hotelbetr.-G.	60	59¾
Huta. Breslau	52½	53¾
Hutschenr. C. M.		
Ilse Bergbau	140	144
do.Genußschein.	100⅛	101
Jungh. Gebr.	23⅛	23⅝
Kahla Porz.	12¾	13⅝
Kali Aschersl.	113½	114½
Klöckner	45⅝	47¼
Koksw.&Chem.F.	70	70¾
Köln Gas u. El.	62	60
KronprinzMetall	24½	24⅞
Kunz. Treibriem.	22½	24½
Lahmeyer & Co	116¾	118
Laurahütte	21½	22¾
Leonh. Braunk.		140
Leopoldgrube	37½	38½
Lindes Eism.	73½	74
Lindström		75
Lingel Schuhf.	29	27
Lingner Werke	45½	44¼
Magdeburg. Gas		39
Mannesmann R.	61⅛	62½
Mansfeld.Bergb.	25⅞	25⅞
Maximilianhütte	115½	115¾
Merkurwolle	79	80
Metallbank	37¼	36¼
Meyer H. & Co.		51
Meyer Kauffm.	50	56
Miag		63
Mimosa	194½	194
Mitteldt. Stahlw.	61½	61½
Mix & Genest	35	35
Montecatini		29½
Mühlh. Bergw.	68	68
Neckarwerke	86	84½
Niederlausitz.K.	142⅛	143
Oberschl.Eisb.B.	14½	14¼
Orenst. & Kopp.	40⅞	42
Phönix Bergb.	33⅝	35¼
do. Braunkohle	68	67¼
Polyphonw.	11	42½
Preußengrube		74
Rhein. Braunk.	189¼	191¼
do. Elektrizität	98½	99½
do. Stahlwerk	71¾	
do. Westf. Elek	90¾	91⅛
Riebeck Mont.		66¼
J. D Riedel	56¾	55½
Roddergrube		46
Rosenthal Ph.	44¼	44¼
Rositzer Zucker	48	48½
Rückforth Nachf	40	41
Ruscheweyh		9
Rütgerswerke	41⅝	42½
Sachsenwerk		36¼
Sächs.-Thür. Z.		28¼
Salzdetf. Kali	172	172½
Sarotti	70	70
Saxonia Portl.C.		58½
Schering		
Schles. Bergb. Z.	24	24½
do. Bergw.Beuth.		69¾
do. Cellulose		
do. Gas La. B	109	110½
do. Portland-Z.	47¾	48⅜
Schubert & Salz.	173½	172¾
Schuckert & Co	87¼	88
Siemens Halske	123½	124½
Siemens Glas	39¾	40½
Stock R. & Co.	36½	36½
Stöhr & Co. Kg.	52½	53⅞
Stolberg. Zink.	36½	[illegible]
StollwerckGebr.	42	42¼
Südd. Zucker	140	142
Tack & Cie.		105¼
Thöris V. Oelf.	83¾	83½
Thür. Elek u.Gas.		
Thür.GasLeipzig		106
Tietz Leonh.	42¼	43⅞
Trachenb. Zuck.		78
Transradio	202	196
Tuchf. Aachen	75	76
Union F. chem.	66¾	68½
Varz. Papierf.	19	19
Ver. Altenb. u. Strals. Spielk.	90	92
Ver. Berl. Mört.		45½
do. Dtsch.Nickw.	65¾	66
do. Glanzstoff	53½	52⅞
do. Stahlwerke	33⅝	35⅛
do. Schimisch.Z.	52	52¼
do. Smyrna T.		22
Victoriawerke		42
Vogel Tel. Dr.	30¾	31⅝
do. Tüllfabr.		
Wanderer W	58½	58⅞
Wayss&Freytag	4½	4⅝
Wenderoth	32	31⅞
Westereg. Alk.	116	118
Westfäl. Draht		68¼
Wunderlich & C.		52
Zeitz Masch.	30	30
Zeiß-Ikon	61¾	63
Zellstoff-Ver.	3	3⅛
do. Waldhof	50⅛	51¼
Neu-Guinea		128
Otavi	16⅛	16⅛
Schantung	33	34

Unnotierte Werte

	heute	vor.
Dt. Petroleum	64	64
Kabelw. Rheydt		
Linke Hofmann	18¾	19
Oehringen Bgb.		
Scheidemandel	25	25
Nationalfilm		
Ufa	58½	58½
Adler Kali		
Burbach Kali	21½	22½
Wintershall	77⅝	80
Diamond ord.	2⅞	3
Kaoko		36½
Salitrera		11
Chade 6%		

Renten-Werte

	heute	vor.
Dt.Ablösungsanl	8,70	9,05
do.m.Auslossch.	68¼	68¾
do.Schutzgeb.A.	6½	6.8
6% Dt. wertbest. Anl., fällig 1935	96	96¾
5½% Int. Anl. d. Deutsch. R.	81½	79
6% Dt.Reichsanl.	80,4	80½
7% do. 1929	96	95,3
Dt.Kom.Sammel Abl.-Anl. o. Ausl.	63¼	63
do.m.Ausl.Sch. I	83	83
6% Hess. St.A. 29	78,82	79¼
6% Lüb. St. A. 28	73,37	73
6% Ldsch C.G.Pd.	74	74
5½% Schles. Liq. Goldpf.-Br.	76½	75
6% Schles.Ldsch. Gold-Pfandbr.	76¼	76,8
6% Pr. C.-B.-G.-Pfb. Em. 17	87	87,1
do. Em. 27	85½	85½
6% Pr.Cent.-Bod. G.Kom. 26,27,28	74	74¾
6% Dt.Ctr.Bod.II	85½	85½
6½% Pr.Ctr.Bod. Gold.Hyp.Pfd. I	84¾	84½
6½% Pr.Ctr.Bod. G.Komm.-Obl. I	74	74½
6% Schl.Bodenk. Gold-Pfandbr. 21	84	84¾
do. 23	84	84¾
do. 3	84¼	85
do. 5	84¼	85
do.Kom.Obl. 20	74¼	74¼
8% Pr. Ldpf. 17/18	85½	85½
do. 13/15		85½
do. 4	85½	85½
7% do. R.10	85	85

Unnotierte Rentenwerte

6% R.-Schuldbuchf. a. Kriegsschäd.	heute
fällig 1934	97⅞—98¾
do. fällig 1935	94⅝—95⅝
do. fällig 1936	91⅛-92½
do. fällig 1937	86¾—88⅛
do. fällig 1938	85⅝ B
do. fällig 1939	81⅝—83⅜
do. fällig 1940	81⅛-82⅛
do. fällig 1941	79⅛-80⅝
do. fällig 1942	78¾—80⅛
do. fällig 1943	78⅛—79⅛
do. fällig 1944	77⅞—78⅞
do. fällig 1945	77¾—78⅞
do. fällig 1946	77¾—78⅞
do. fällig 1947	77¾—78⅞
do. fällig 1948	77¾—78⅞

Industrie-Obligationen

	heute	vor.
6% I.G. Farben		
8% Hoesch Stahl	89½	89½
8% Klöckner Obl.	81,90	82
6% Krupp Obl.	83⅜	84
Oberbedarf		79
Obersch.Eis.Ind.		81
7% Ver. Stahlw.	70½	70⅞

Ausländische Anleihen

	heute	vor.
5% Mex.1899 abg.		6¾
4½% Oesterr. St. Schatzanw. 14		10¾
4% do. Goldrent.		
4% Türk. Admin.	4,80	4.95
do. Bagdad	5¾	5.75
do. von 1905	5	
do. Zoll. 1911	5.05	5.14
Türk. 400 Fr. Los	12,70	12¾
4% Ungar. Gold		
do. Kronenr.	0,40	0.40
Ung. Staatsr. 13		6⅜
4½% do. 14		
4½% Budap.St14	30¾	31
Lissaboner Stadt	33	33½

Banknotenkurse

Berlin, 24. Januar

	G	B
Sovereigns	20,38	20,46
20 Francs-St.	16,16	16,22
Gold-Dollars	4,185	4,205
Amer.1000-5 Doll.	4,20	4,22
do. 2 u. 1 Doll	4,20	4,22
Argentinische	0,80	0,82
Brasilianische	—	—
Canadische	3,64	3,66
Englische, große	14,19	14,25
do. 1 Pfd.u.dar.	14,19	14,25
Türkische	1,81	1,83
Belgische	58,23	58,47
Bulgarische	—	—
Dänische	71,11	71,39
Danziger	81,74	82,06
Estnische	—	—
Finnische	6,21	6,25
Französische	16,42	16,48
Holländische	168,91	169,59
Italien. große	21,48	21,56
do. 100 Lire und darunter	21,48	21,56
Jugoslawische	5,47	5,51
Lettländische	—	—
Litauische	41,62	41,78
Norwegische	72,75	73,03
Oesterr. große	—	—
do. 100 Schill. u. darunter	—	—
Rumänische 1000 u. neue 500 Lei	—	—
Rumänische unter 500 Lei	—	—
Schwedische	77,25	77,55
Schweizer gr.	81,29	81,61
do. 100 Francs u. darunter	81,29	81.61
Spanische	34,33	34.47
Tschechoslow. 5000 Kronen u. 1000 Kron.	12,37	12,43
Tschechoslow. 500 Kr. u. dar.	12,37	12,43
Ungarische	—	—

Ostnoten

	G	B
Kl. poln. Noten	—	—
Gr. do. do.	46.85	47,25

Handel • Gewerbe • Industrie



Die Hauszinssteuer kein Objekt für kommunale Umschuldung

Die Commerz- und Privatbank Berlin knüpft in ihrer letzten „Börsen-Rundschau" an die Feststellungen im Jahresbericht der Hamburger Hypothekenbank an und meint, gerade weil es sich bei den Hypothekenbanken um einen Gewerbezweig handelt, dessen Hypothekenforderungen jetzt fast lückenlos von den Moratorien der verschiedenen Notverordnungen erfaßt werden, wird man verlangen dürfen, daß hier alle unnötigen Experimente unterbleiben, und daß alles geschieht, **um eine weitere Entwertung des Grundbesitzes und damit auch der darauf ruhenden Hypotheken zu verhindern.** Ein Plan, der in den letzten Tagen über die Verwendung der Hauszinssteuer für die kommunale Umschuldung bekannt geworden ist, zeugt leider nicht von völliger Einsicht in diese Notwendigkeit. Die Hauszinssteuer, die früher rund 48 Prozent der Friedensmieten betrug, ist am 1. 4. v. J. um 20 effektive Prozent auf etwa 38 Prozent der Friedensmieten gesenkt worden; sie sollte am 1. 4. 1935 und am 1. 4. 1937 um weitere je 25 effektive Prozent herabgesetzt werden und am 1. 4. 1940 ganz verschwinden.

Darüber hinaus wurde dem Eigentümer gestattet, die Hauszinssteuer durch eine einmalige Kapitalzahlung des dreifachen des für 1932/33 geltenden Hauszinssteuersolls bis 31. 3. 1933 abzulösen und zu diesem Zwecke eine Ablösungshypothek aufzunehmen, die in Höhe des Ablösungsbetrages und höchstens 5 Prozent Agio im Vorrange vor der ersten Hypothek eingetragen werden konnte. War diese Regelung wegen des relativ geringen Kapitalbetrages noch erträglich, so gilt dies nicht von dem Plan, zur Abgeltung der Hauszinssteuer **Ablösungshypotheken in Höhe des 4,5fachen Hauszinssteuersolls wiederum im Range vor der ersten Hypothek einzutragen.** Diese Hypotheken sollen ferner in eine neu zu gründende Ablösungsbank eingebracht und als Deckung für neu zu emittierende Ablösungspfandbriefe in der Form verwandt werden, daß diese Pfandbriefe den Kommunen für Umschuldungszwecke ausgehändigt werden. Unter der Voraussetzung, daß diese Hypotheken, wie vorgeschlagen, mit 4½ Prozent verzinst und mit 6,5 Prozent getilgt werden, hätte der Eigentümer auf die Dauer von 12 Jahren eine Annuität von 11 Prozent zu zahlen, und er käme unter der Annahme einer jährlichen Hauszinssteuerschuld von 10 000 RM. auf folgendes Zahlenschema:

	Hauszinssteuerzahlung laut Notverordnung v. 8. Dez. 1931 RM.	Annuitäten bei Eintragung einer Ablösungshypothek des 4,5fachen Hauszinssteuerbetrages RM.
1933 bezw. 1933/34	10 000	4 950
1934 „ 1934/35	10 000	4 950
1935 „ 1935/36	7 500	4 950
1936 „ 1936/37	7 500	4 950
1937 „ 1937/38	5 000	4 950
1938 „ 1938/39	5 000	4 950
1939 „ 1939/40	5 000	4 950
1940 bis 1944	—	je 4 950

Die Barwerte der beiden Zahlenreihen sind etwa dieselben; sie liegen jedoch weit über dem Betrage von 30 000 RM., zu dem die Hauszinssteuer von 10 000 RM. zur Zeit Ablösung finden kann. Sie würde bei Besserung des Pfandbriefmarktes leicht möglich sein. **Durch die Ueberschwemmung mit Ablösungspfandbriefen und ihre Eintragung ist hingegen eine Entwertung des Grundbesitzes zu befürchten.**

(Wd.)

Aussetzung von Aufwertungszahlungen in der Lebensversicherung?

Von seiten des Grundbesitzes ist wiederholt bemängelt worden, daß in einer Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz den Versicherungsunternehmungen die Möglichkeit gegeben worden ist, die Befriedigung aufgewerteter Versicherungsansprüche bis zum 31. 12. 1934 auszusetzen, obwohl das Aufwertungsgesetz die Auszahlung der Aufwertungsbeträge bereits vom 1. 1. 1933 an vorsah. Die Oberschlesische Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt, Ratibor, die den Papiermarkversicherungsbestand der früheren Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, — soweit er auf Oberschlesien entfällt, — verwaltet, legt Wert auf die Feststellung, daß sie von der Möglichkeit der weiteren Aussetzung der Zahlung von Aufwertungsbeträgen keinen Gebrauch macht, daß also die Aufwertungsbeträge den Aufwertungsgläubigern nach wie vor laufend überwiesen werden.

Warschauer Börse

Bank Polski	**81,00—81,25—81,00**
Cukier	**15,40**

Dollar privat 8,91, New York 8,916, New York Kabel 8,920, Belgien 123,90, Danzig 173,80, Holland 358,90, London 30.25, Paris 34,90, Prag 26,43, Schweiz 172,85, Italien 45,72, deutsche Mark 212,40, Pos.Investitionsanleihe 4% 103.75, Pos. Konversionsanleihe 5% 42,50, Bauanleihe 3% 42,50, Eisenbahnanleihe 5% 38, Dollaranleihe 6% 59—60, 4% 56,25—56,75. Tendenz in Aktien erhaltend, in Devisen uneinheitlich.

Berliner Börse

Nach schwächerer Eröffnung leicht erholt

Berlin, 24. Januar. Günstigere Dividendenschätzungen für die Reichskreditgesellschaft und die BHG., höhere Kaliabsatzziffern, bessere Aufträge in der Maschinenindustrie sowie die Pläne einer Elektrifizierung der badischen Haupteisenbahnlinien im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms vermochten nicht stärker anzuregen. Dagegen war die Spekulation eher zu kleinen Abgaben geneigt, zumal die Schwäche des Dollars und das etwas schwächere New York leicht verstimmten. Die Anfangsnotierungen lagen daher vielfach bis zu 2 Prozent niedriger. Montane hatten bis zu 1¾ Prozent eingebüßt, Rheinstahl waren sogar 2½ Prozent gedrückt. Braunkohlenwerte gaben bei kleinem Geschäft bis zu etwa 1 Prozent nach. Rhein. Braunkohlen gingen 1½ Prozent zurück. Kali- und Chemiepapiere verloren bis zu 2 Prozent. Im Verlaufe wurde es besonders am Markt der IG. Farbenaktien etwas freundlicher, dieses Papier erholte sich um 1 Prozent, was auf die übrigen Märkte nicht ohne Einfluß blieb. Von Gummi- und Linoleumwerten verloren Konti-Gummi 1½ Prozent, Elektroaktien gaben bis zu 2 Prozent nach. Gaswerte, Automobilaktien, Maschinenfabriken, Kunstseide- und Textilwerte, Brauereien, Verkehrs- und Schiffahrtswerte, Banken und die Anteile von Wasserwerken gingen bis zu 1½ Prozent zurück. Nur ganz vereinzelt waren geringfügige, mehr zufällige Besserungen zu verzeichnen, Metallwerte lagen bei kleinen Veränderungen nicht ganz einheitlich. Bau-, Papier- und Zellstoffwerte waren bis zu 2½ Prozent gedrückt. Kabel- und Drahtwerte lagen geschäftslos, teilweise leicht abbröckelnd. Von sonstigen Industriepapieren sind Deutsche Atlanten mit einem Verlust von 4½ Prozent zu erwähnen.

Deutsche Anleihen tendierten etwas schwächer, Reichsschuldbuchforderungen verloren bis zu ½ Prozent. Die übrigen Renten gaben bei kleinem Geschäft etwas nach. Ausländer lagen uneinheitlich. Türken und Mexikaner waren schwächer, Bosnier und Anatolier fester. Lissaboner Stadtanleihe ging erneut um fast 1 Prozent zurück. Am Berliner Geldmarkt hat sich an der leichten Lage nichts geändert, die Sätze blieben unverändert, d. h. Tagesgeld 4⅜ bezw. 4¼ Prozent, Monatsgeld 5 bis 7 Prozent. Dem kleinen Angebot am Privatdiskontmarkt stand auch Nachfrage im gleichen Umfange gegenüber. Reichswechsel per 25. April und Reichsschatzanweisungen per 7. Juli blieben weiter gefragt. Der Kassamarkt zeigte eine recht uneinheitliche Haltung, wobei Veränderungen von 1 bis 3 Prozent nach beiden Seiten festzustellen waren. Hypothekenbanken gaben bis zu 2 Prozent nach, von sonstigen Banken stellten sich BHG. 2 Prozent höher. Erwähnenswert war noch die Befestigung der Bayerischen Hypothekenbank um 2½ Prozent. Im Verlaufe der Börse wurde das Geschäft am Markt der IG. Farben-Aktien ziemlich lebhaft, und der Kurs konnte sich über seine gestrigen Notierungen befestigen. Maßgebend hierfür waren wieder die alten Dividendenhoffnungen, ferner wurde die Spekulation durch größere Käufe von sehr guter Seite angeregt. Ausgehend von IG. Farben konnten sich auch an der übrigen Börse zum Teil weitere kleine Besserungen durchsetzen, doch war das Geschäft an diesen Märkten sehr gering, und vereinzelt waren auch Rückgänge von ¼ bis ½ Prozent gegen Anfang zu beobachten. Aku konnten sich bei etwas lebhafterem Umsatz um 1½ Prozent befestigen.

Breslauer Börse

Leicht abgeschwächt

Breslau, 24. Januar. Am Rentenmarkt lag Altbesitz-Anleihe im Angebot. Etwas freundlicher waren Boden-Goldpfandbriefe und 8prozentige Landschaftliche Goldpfandbriefe. Liquidations-Bodenpfandbriefe unverändert, Liquidations-Landschaftliche Pfandbriefe fest. In Stadtanleihen war geringes Geschäft, die Kurse waren wenig verändert. Am Aktienmarkt war bei kleinem Umsatz die Tendenz ungleichmäßig. Deutscher Eisenhandel etwas fester, EW. Schlesien und Reichelt chem. eher schwächer.

Frankfurter Spätbörse

Ruhig, aber freundlich

Frankfurt a. M., 24. Januar. Aku 38, AEG. 30.25, Farben 105, Lahmeyer 116,5, Rütgerswerke 42, Siemens und Halske 125,5, Reichsbahn-Vorzug 93, Hapag 17,5, Ablösungsanleihe 8,75, Altbesitz 68⅜, Reichsbank 159,75, Stahlverein 33⅜.

Berliner Produktenbörse

(1000 kg) — 24. Januar 1933.

Weizen 76 kg (Märk.)		181—188
	Dez.	—
	März	198
	Mai	198 - 198½
Tendenz: ruhig		
Roggen (71/72 kg) (Märk.)		149—151
	Dez	—
	März	160—160½
	Mai	160¾—161
Tendenz: ruhig		
Gerste Braugerste		165—175
Futter-u.Industrie		158—164
Tendenz: ruhig		
Hafer Märk.		110—118
„	Dez.	—
„	März	—
„	Mai	—
Tendenz: stetig		

Weizenmehl 100 kg	22½—25¾
Tendenz: ruhig	
Roggenmehl	19,40—21,50
Tendenz: ruhig	
Weizenkleie	8,70—9.00
Tendenz: ruhig	
Roggenkleie	8,70—9,00
Tendenz: ruhig	
Viktoriaerbsen	20.00—23 00
Kl. Speiseerbsen	19,50—21,00
Futtererbsen	12,00—14.00
Wicken	14.00—16,00
Leinkuchen	10,50
Trockenschnitzel	9,00
Kartoffeln, weiße	—
„ rote	—
„ gelbe	—
„ blaue	—
Fabrikk. % Stärke	—

Breslauer Produktenbörse

24. Januar 1933.

Getreide		1000 kg
Weizen, hl-Gew (schles.)	76 kg	-
	74 kg	178
	72 kg	174
	70 kg	170
	68 kg	164
Roggen, schles.	71 kg	146
	69 kg	142
Hafer		107
Braugerste, feinste		—
gute		—
Sommergerste		—
Inländisch.Gerste	65 kg	163
Wintergerste	61/62 kg	147
Tendenz: matt		

Futtermittel	100 kg
Weizenkleie	8,10—8,60
Roggenkleie	7,60—8,10
Gerstenkleie	—
Tendenz: stetig	
Mehl	100 kg
Weizenmehl (70%)	23½—24
Roggenmehl	19—19½
Auszugmehl	29½—30
Tendenz: ruhiger	

Berliner Schlachtviehmarkt

24. Januar 1933.

Ochsen	
vollfleisch. ausgemäst. höchst. schlachtw. 1. jüngere	31—32
2. ältere	—
sonst. vollfl. 1. jüngere	29—30
2. ältere	—
fleischige	25—27
gering genährte	18—23
Bullen	
jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtwertes	24—25
sonst. vollfl. od. ausgem.	22—24
fleischige	21—22
gering genährte	18—20
Kühe	
jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtwertes	21—23
sonst. vollfl. od. ausgem.	18—20
fleischige	15—17
gering genährte	10—14
Färsen	
vollfl. ausg. h. Schlachtw.	—
vollfleischige	24—28
fleischige	18—23

Fresser	
mäß. genährt. Jungvieh	15—20
Kälber	
Doppellender best. Mast	—
beste Mast- u. Saugkälb.	34—40
mittl. Mast- u. Saugkälb.	25—35
geringe Kälber	17—24
Schafe	
Mastlämmer u. jüngere Masthammel 1. Weidemast	—
2. Stallmast	32—34
mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel	30—31
gut genährte Schafe	21—22
fleischiges Schafvieh	27—29
gering genährt. Schafv.	17—26
Schweine	
Fettschw. üb. 300 Pfd. Lbdgew.	—
vollfl. v. 240—300 „	36
„ 200—240 „	34—36
„ 160—200 „	33—34
fleisch. 120—160 „	30—32
„ unt. 120 „	—
Sauen	32—33

Auftrieb:					
Rinder	1311	z. Schlachth. dir.	26	z. Schlachth. dir	275
darunter:		Auslandsrinder	112	Auslandsschafe	—
Ochsen	254	Kälber	2697	Schweine	12131
Bullen	459	z. Schlachth. dir.	2	z. Schlachth. dir. seit letzt. Viehm.	3031
Kühe u. Färsen	598	Auslandskälber	136	Auslandsschw.	265
		Schafe	2971		

Marktverlauf: Rinder mittelmäßig, Kälber ruhig, Schafe glatt, Schweine ruhig.

Oberschlesischer Schlachtviehmarkt

Bedenkt man, welche Schwierigkeiten die Händler durch den hohen Schnee beim Einkauf und Transport des Viehes zu überwinden hatten, so kann der Auftrieb auf dem heutigen Schlachtviehmarkt als gut bezeichnet werden. Der geringe Unterschied bei Schweinen und Kälbern zwischen dem heutigen Auftrieb und dem der vergangenen Woche ist durch Qualitätsware, besonders bei Rindern, ausgeglichen worden. Die Tendenz blieb gleichwohl in allen Gattungen ruhig. Schließlich ist aber der Markt vollständig geräumt worden, da auch auswärtige Käufer in ansehnlicher Zahl erschienen waren.

Auftrieb: Rinder 158, davon Ochsen 11, Bullen 27, Kühe 95, Färsen 7, Fresser 18, Kälber 105, Schafe 5, Ziegen 1, Schweine 421.

Verlauf: Rinder langsam, Kälber langsam, Schweine langsam.

Ueberstand: —.

Preise: Ochsen: a 1. 23—25, b 1 17—20; Bullen: b) 17—20, c) 14—16, Kühe: a) 20—23, b) 15—18, c) 11—13, d) 6—10; Färsen: a) 22—25, b) 17—20; Kälber: a) 24—26, b) 18—22, c) 15—18; Schweine: ausgesuchte Speckschweine über Notiz: b) 33—37, c) 30—33, d) 25—30; Sauen 28—30.

Londoner Metalle (Schlußkurse)

	24. 1.
Kupfer: willig	
Stand. p. Kasse	28 9/16—28 5/8
3 Monate	28 13/16-28 15/16
Settl. Preis	28 5/8
Elektrolyt	32¾—33¼
Best selected	30½—31¾
Elektrowirebars	33¼
Zinn: ruhig	
Stand. p. Kasse	145⅝—145¾
3 Monate	146⅛—146¼
Settl. Preis	145¾
Banka	151¾
Straits	151¼
Blei: stetig	
ausländ. prompt offizieller Preis	10½
inoffiziell. Preis	10 7/16

	24. 1.
ausl. entf. Sicht. offizieller Preis	10 15/16
inoffiziell. Preis	10⅞ - 10 15/16
ausl. Settl. Preis	10½
Zink: träge	
gewöhnl. prompt offizieller Preis	14 5/16
inoffiziell. Preis	14 5/16—14⅜
gew. entf. Sicht. offizieller Preis	14½
inoffiziell. Preis	14 7/16—14½
gew., Settl. Preis	14⅜
Gold	121/7
Silber	17⅛
Silber-Lieferung	17 3/16
Zinn-Ostenpreis	150¼

*

Berlin, 24. Januar. Kupfer 38 B., 36,5 G., Blei 14,75 B., 13,5 G., Zink 19,75 B., 19 G.

Berlin, 24. Januar. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Preis für 100 kg in Mark: 47.

Posener Produktenbörse

Posen, 24. Januar. Roggen O. 15—15,25, Roggen Tr. 157 To. 15,50, Weizen O. 24,75—25,75, mahlfähige Gerste A 13,25—13,75, B 13,75—14,50, Braugerste 15,50—17,00, Hafer 13,75—14, Roggenmehl 65% 23,75—24,75, Weizenmehl 65% 39,25—41,25, Roggenkleie 9,25—9,50, Weizenkleie 7,75—8,75, grobe Weizenkleie 8,75—9,75. Raps 43—44, Viktoriaerbsen 19—22, Folgererbsen 34—37, roter Klee 90—110, weißer Klee 80—110, schwedischer Klee 90—110, Sommerwicken 12,50—13,50, Peluschken 12—13, Serradelle 8,00—9,00, blaue Lupinen 6,00—7,00, gelbe Lupinen 8,50—9,50. Stimmung ruhig.

Verkehrsbericht des Schiffahrtsvereins zu Breslau

Woche vom 16. bis 22 Januar 1933

Im ganzen Odergebiet, im Oder-Spree-Kanal und im Hohenzollern-Kanal sowie auch auf der Strecke Berlin—Hamburg ist die Schiffahrt im Laufe der Woche überall zur Winterruhe gekommen. Zum größten Teil ist Eisstand oder aber der Eisgang so stark, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr möglich ist. In den einzelnen Häfen ist, soweit eine Bewegung der Fahrzeuge noch erfolgen konnte, schwacher Umschlag. In den oberen Häfen wurden zu Tal umgeschlagen in: Coselhafen 3520,5 t einschließl. 370,5 t verschiedene Güter, Oppeln 218 t verschiedene Güter, Breslau 3697 t einschließl. 3447 t verschiedene Güter, Maltsch 840 t verschiedene Güter. In Stettin beschränkte sich der Umschlag vom Seeschiff in die Binnenfahrzeuge auf Getreide und westfälische Kohlen. Der Kahnraum ist knapp. Auch die Elbe hat starken Eisgang.

Wasserstände:

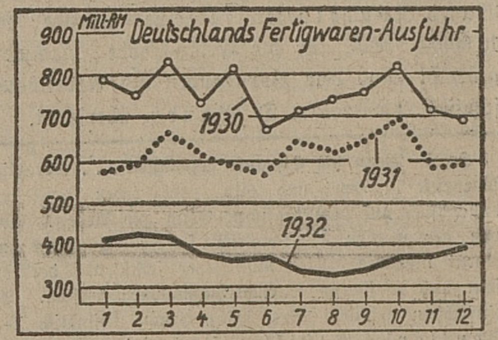
Ratibor am 17. 1. 0,68 m, am 23. 1. 0,82 m. Dyhernfurth am 17. 1. 1,05 m, am 23. 1. 0,96 m.

Neiße-Stadt am 17. 1. —0,81 m, am 23. 1. —0,82 m.

Die Zunahme der Fertigwarenausfuhr

Außenhandelsschrumpfung beendet?

Bei den Betrachtungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels, dessen Abschluß für das Jahr 1932 vor einigen Tagen veröffentlicht worden ist, ist vor allem die Tatsache hervorgehoben worden, daß der Ausfuhrüberschuß von 2,8 Milliarden im Jahre 1931 auf rund 1 Milliarde RM. im Jahre 1932 gesunken ist. Weniger hervorgehoben oder zum Teil ganz übersehen worden ist der Umstand, daß die deutsche Handelsbilanz seit den Herbstmonaten eine beachtliche Veränderung aufweist. Nicht nur die Einfuhr von Rohstoffen ist seit den Herbstmonaten gestiegen, sondern erhöht hat sich auch die Fertigwarenausfuhr, deren Entwicklung in den letzten Monaten das folgende Schaubild zeigt.



Zwar ist die Fertigwarenausfuhr erheblich niedriger als im Jahr 1930 und auch im Jahre 1931. In sämtlichen Jahren nach der Währungsstabilisierung war es aber immer so, daß die Fertigwarenausfuhr im Oktober ihren höchsten Stand erreichte, und dann im November und Dezember abzusinken pflegte. In diesem Jahre war der Verlauf ein anderer. Die Fertigwarenausfuhr betrug im Oktober 371,2 Mill. RM.; im November war sie mit 371,1 Mill. RM. beinahe genau so groß. Und im Dezember ist sogar — also durchaus entgegen der saisonüblichen Entwicklung — eine Erhöhung auf 387,3 Mill. RM. eingetreten. Sollte sich die gleiche Entwicklung — nämlich steigende Rohstoffeinfuhr und steigende Fertigwarenausfuhr — noch einige wenige Monate fortsetzen, so ist das wohl ein Symptom dafür, daß der Schrumpfungsprozeß des deutschen Außenhandels endgültig abgeschlossen ist.

Berliner Devisennotierungen

Für drahtlose Auszahlung auf	24. 1. Geld	24. 1. Brief	23. 1. Geld	23. 1. Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	0,858	0,862	0,858	0,862
Canada 1 Can. Doll.	3,666	3,674	3,666	3,674
Japan 1 Yen	0,879	0,881	0,869	0,871
Kairo 1 ägypt. Pfd.	14,61	14,65	14,51	14,55
Istambul 1 türk. Pfd.	2,008	2,012	2,008	2,012
London 1 Pfd. St.	14,23	14,27	14,13	14,17
New York 1 Doll.	4,209	4,217	4,209	4,217
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,239	0,241	0,239	0,241
Uruguay 1 Goldpeso	1,648	1,652	1,648	1,652
Amstd.-Rottd. 100 Gl.	169,28	169,62	169,23	169,57
Athen 100 Drachm.	2,318	2,322	2,318	2,322
Brüssel-Antw. 100 Bl.	58,39	58,51	58,30	58,42
Bukarest 100 Lei	2,488	2,492	2,488	2,492
Budapest 100 Pengö	—	—	—	—
Danzig 100 Gulden	81,92	82,08	81,87	82,03
Helsingf. 100 finnl. M.	6,274	6,286	6,244	6,256
Italien 100 Lire	21,54	21,58	21,54	21,58
Jugoslawien 100 Din.	5,544	5,566	5,554	5,566
Kowno 100 Litas	41,88	41,96	41,88	41,96
Kopenhagen 100 Kr.	71,48	71,62	71,03	71,17
Lissabon 100 Escudo	12,93	12,95	12,85	12,87
Oslo 100 Kr.	72,93	73,07	72,48	72,62
Paris 100 Frc.	16,46	16,50	16,42	16,46
Prag 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485
Reykjavik 100 isl. Kr.	64,19	64,31	63,69	63,81
Riga 100 Latts	79,72	79,88	79,72	79,88
Schweiz 100 Frc.	81,47	81,63	81,22	81,38
Sofia 100 Leva	3,057	3,063	3,057	3,063
Spanien 100 Peseten	34,47	34,53	34,40	34,46
Stockholm 100 Kr.	77,42	77,58	76,97	77,13
Talinn 100 estn. Kr.	110,59	110,81	110,59	110,81
Wien 100 Schill.	51,95	52,05	51,95	52,05
Warschau 100 Zloty	47,10	47,30	47,10	47,30

Valuten-Freiverkehr

Berlin, den 24. Januar. Polnische Noten: Warschau 47.10 — 47.30 Kattowitz 47,10 - 47.30. Posen 47.10 — 47.30, Gr. Zloty 46,85 — 47,25. Kl. Zloty —

Steuergutschein-Notierungen

Berlin den 24 Januar

1934	94⅞		
1935	88¼	1937	77½
1936	81⅞	1938	74¾